

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

61. Jahrgang · 51–52/2011 · 19. Dezember 2011



USA

Reymer Klüver

Changed? Obama 2012

Andrew B. Denison

Zwischen Wyoming und Washington: Die Republikaner 2012

Henrik Gast · Alexander Kühne

Die Tea Party und ihre Anhänger

Andreas Falke

Die große Ernüchterung: Zur amerikanischen Weltmachtrolle

Dennis Tänzler

USA im Klimawandel: Zwischen Führungsanspruch und Blockaden

Nicole Renvert

Zur Rolle der Mittler in den transatlantischen Beziehungen

Michael Hochgeschwender

Der Amerikanische Bürgerkrieg in der öffentlichen Erinnerung

Bernd Greiner

Antikommunismus, Angst und Kalter Krieg

Alex Gertschen

Das bessere Leben, erträumt und erlitten

Editorial

Im 150. Jahr nach dem Beginn des Amerikanischen Bürgerkriegs (1861–1865), der das Ende der Sklaverei in den USA einleitete, erscheint die US-amerikanische Gesellschaft gespalten wie selten zuvor. Barack Obama, der erste schwarze Präsident in der Geschichte des Landes, ist für viele Amerikaner offenbar eine Reizfigur: Seine Präsidentschaft wurde von Beginn an nicht nur von großen Hoffnungen, sondern auch von scharfen Polemiken gegen seine Person begleitet. Eine Wiederwahl bei der Präsidentschaftswahl im November 2012 ist alles andere als gewiss, auch wenn derzeit noch unklar ist, wen die Republikanische Partei gegen ihn ins Rennen schicken wird.

Die gesellschaftliche Polarisierung manifestiert sich am sichtbarsten in der Entstehung der rechtskonservativen Tea-Party-Bewegung, die vor allem bei den Republikanern einflussreich ist. Die USA sind zudem mit einer tiefen Wirtschafts- und Schuldenkrise konfrontiert, die ihren Status als dominierende Weltmacht zunehmend untergräbt. Bei der Bekämpfung der Krise wie bei eigenen Reformvorhaben sind dem Präsidenten aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Kongress jedoch weitgehend die Hände gebunden. Von ambitionierten Projekten wie der Gesundheitsreform sind meist nur verwässerte Kompromisslösungen übrig geblieben, bei anderen kam es nicht einmal zu einer Einigung, etwa im Falle des Klimaschutzgesetzes oder jüngst im Streit um die Anhebung der Obergrenze für die Staatsverschuldung.

Die internationale Gemeinschaft dürfte einen *second term* für Obama begrüßen, zumal jeder republikanische Amtsinhaber das globale Engagement der USA vermutlich stärker einschränken würde als der jetzige, was erhöhten Handlungsdruck auch auf Europa zur Folge haben dürfte. Im Innern ist indes zu befürchten, dass sich das politische Klima weiter verschärft, sollte Obama das Mandat für eine zweite Amtszeit erhalten.

Johannes Piepenbrink

Reymer Klüver

Changed? Obama 2012

Essay

Der Sommer war immer eine Saison des Missvergnügens für Barack Obama. Schon 2007, im Ringen um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten, war es die Zeit, da selbst begeisterte Anhänger tiefe Zweifel beschlichen, ob er gegen Hillary Clinton würde bestehen können. Im heißen Sommer 2009 brach der Aufstand der Tea Party los, der den jungen

Reymer Klüver

Geb. 1960; politischer Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ in den USA, Süddeutsche Zeitung, Washington Bureau, 7017 Hopewood Street, Bethesda, MD 20817, USA.
reymer.kluever@sueddeutsche.de

Präsidenten und seine hochfahrende Entourage völlig unvorbereitet traf. 2010 blieb dann der von ihm beschworene *summer of recovery* aus. Amerikas Wirtschaft wollte sich partout nicht vom Schock der Finanz- und Wirtschaftskrise zwei Jahre zuvor erholen. Und der Sommer 2011 schließlich brachte den desaströsen Streit um die Erhöhung der Staatsverschuldung. Ihn konnte der Präsident nur mit einem zähneknirschenden Kotau vor den unnachgiebigen Republikanern beenden.

Prompt sanken seine Popularitätswerte auf nicht für möglich gehaltene Tiefen. Im August verzeichnete Gallup, das traditionsreiche Umfrageinstitut, das seit Jahrzehnten den Puls der Nation fühlt, erstmals Zustimmungsraten zur Amtsführung Obamas unter der 40-Prozent-Marke. Präsidenten, so die Faustregel, brauchen Werte zwischen 45 und 50 Prozent für ihre Wiederwahl. Das Wort der *one term presidency* macht die Runde: Immer hartnäckiger wird Obamas Name in einem Atemzug nicht mehr mit Ikonen der Nation wie Franklin D. Roosevelt oder auch Ronald Reagan genannt, wie noch zu Beginn seiner Amtszeit, sondern mit George Bush dem Älteren und Jimmy Carter. Die US-Wähler vertrieben die beiden unglückseligen Präsidenten nach nur einer Wahlperiode aus dem Weißen Haus.

Jedes Mal nach einem verpfuschten Sommer war Obama aber ein Comeback gelungen. Er setzte die Gesundheitsreform durch, und trotz flauer Wirtschaftsdaten galt er noch in der ersten Hälfte dieses Jahres praktisch als uneinholbar bei der Präsidentschaftswahl 2012. Doch nun, nach dem Sommer 2011, ist alles anders. Erstmals glauben die Republikaner tatsächlich, dass sie Obama im November 2012 schlagen können. Drei Jahre nach seinem epochalen Wahltriumph, ein Jahr vor der nächsten Präsidentschaftswahl steht es nicht gut um Barack Obama.

Denn es steht nicht gut um Amerika. Wirtschaftlich will das Land nach der Großen Rezession nicht auf die Beine kommen. Innenpolitisch ist es zerrissener denn je. Und außenpolitisch wirkt der waffenstarrende Gigant seltsam kraft- und machtlos. Das liegt keineswegs nur am Präsidenten. Doch es wird ihm angekreidet, weil er *change* – Wandel, Besserung auf allen Feldern – versprochen hatte. Nun muss Obama rechtfertigen, warum die Erfolge nicht in dem Maße gekommen sind wie erhofft, oder besser gesagt, wie von Abermillionen erträumt.

Wirtschaftlicher Sinkflug

Um einmal mehr den berühmten Schlachtruf „It’s the economy, stupid“ aus Bill Clintons Präsidentschaftswahlkampf 1992 zu bemühen: Wenn die US-Wirtschaft nicht bald auf Touren kommt, wird Obama kaum bestehen können, egal wie sein republikanischer Herausforderer heißen wird. Die Wirtschaftsdaten sind desolat. Und kaum jemand geht davon aus, dass sie sich bis zum Sommer 2012 ändern werden, also bis zu dem Zeitpunkt, wenn die meisten Amerikaner sich ernsthaft mit der Wahl zu beschäftigen beginnen.

Wie eine dunkle Wolke lastet über allem die *jobs crisis*, vor deren Folgen selbst ein Obamatreuer demokratischer Gouverneur wie Martin O’Malley aus Maryland warnt: die alles niederdrückende Beschäftigungskrise. Seit Obamas Amtsantritt hat die US-Wirtschaft nicht weniger als 2,5 Millionen Arbeitsplätze verloren. Dass seine Administration ernsthaft nicht für den Ausbruch der Krise haftbar gemacht werden kann, dass entgegen der landläufigen Meinung sein Konjunkturprogramm sogar Schlimmeres verhindert

hat, dass die von den Republikanern in diesem Jahr durchgesetzte Austeritätspolitik die schwache Konjunktur nur weiter abbremst (noch verstärkt dadurch, dass Bund, Bundesstaaten und Kommunen nun gleichzeitig die Ausgaben zusammenstreichen) – all das spielt keine Rolle. Obama wird die Verantwortung für die Misere übernehmen müssen, ob er will oder nicht. Die Arbeitslosenquote stagniert hartnäckig bei der Neun-Prozent-Marke; Obamas Leute hoffen, dass sie bis Mitte kommenden Jahres gegen 8,25 Prozent tendieren wird. Mit Erwerbslosenquoten jenseits von 7,2 Prozent, so ist immer wieder in den US-Zeitungen zu lesen, erlangte im vergangenen halben Jahrhundert kein Präsident eine zweite Amtszeit. Was indes ein Argument mit historisch begrenzter Reichweite ist: Franklin D. Roosevelt wurde 1936 bei einer Erwerbslosenrate im zweistelligen Bereich triumphal bestätigt. Es geht nicht so sehr um die absolute Höhe der Quote. Es geht vielmehr um die Stimmung im Land. Wenn die Amerikaner glauben, dass es wieder aufwärts gehen wird, sind sie gern bereit, dem Mann im Weißen Haus eine Chance zu geben.

Doch diese Überzeugungsarbeit wird Obama schwer fallen: Die Wirtschaft wächst zwar. Aber die beispielsweise vom Internationalen Währungsfonds prognostizierte Rate von 2,7 Prozent für 2012 ist nicht wirklich dazu angetan, einen Stimmungsumschwung herbeizuführen – erst von drei Prozent Wirtschaftswachstum an aufwärts dürfte die Arbeitslosenzahl nachhaltig sinken. Andere Indikatoren haben im Weißen Haus ohnehin alle Alarmleuchten angehen lassen: Der Consumer Confidence Index, eine Art konjunkturelles Frühwarnsystem, war im Sommer auf Werte abgerutscht wie zum Tiefpunkt der Rezession. Die Automobilindustrie dürfte 2011 fast ein Drittel weniger Fahrzeuge absetzen als noch vor zehn Jahren – und das im Autoland Amerika. Die Häuserpreise sind Monat um Monat gefallen, seitdem Obama im Amt ist. Und „zillow.com“, ein renommiertes Immobilienportal, prognostiziert, dass sie auch 2012 noch weiter sinken werden (zwei von drei Amerikanern leben in den eigenen vier Wänden; sie sind also direkt vom Wertverlust betroffen).

Psychologisch vielleicht aber am verheerendsten wirkt sich eine andere Zahlenket-

te aus: Bis zur Wahl Ende 2012 wird die Verschuldung Washingtons auf 16,7 Billionen Dollar zugenommen und sich damit während der Amtszeit Obamas fast verdoppelt haben. Auch dafür gibt es Gründe, gewiss. Aber Obama wird es schwer fallen, den Anstieg auf eine so unvorstellbare Summe (eine Zahl mit 14 Stellen) so eingängig zu erklären, wie es seine politischen Gegner tun: Sie machen einfach ihn dafür verantwortlich. So zitierte der Washingtoner Insiderdienst „Politico“ einen – verständlicherweise anonym gebliebenen – Präsidentenberater: „Die Zahlen summieren sich zu einer Niederlage.“[¶]

Enttäuschte Hoffnungen

Innenpolitisch sieht es kaum besser aus. Die Amerikaner sind mit ihrer Regierung schwer unzufrieden. Und da dürfte Obama der Umstand wenig Trost spenden, dass der Kongress ungleich unbeliebter ist als er (im Oktober 2011 waren nur noch neun Prozent mit den Parlamentariern in Washington zufrieden, eine historische Tiefstmarke). Denn wie einst sein Vorgänger Harry S. Truman legendär feststellte: „The buck stops here.“[¶] Am Ende wird der Mann im Weißen Haus für den (gefühlten) Zustand des Landes verantwortlich gemacht werden.

Seine Leute führen natürlich seine Verdienste auf: Immerhin hat Obama durch sein entschlossenes Handeln vor und nach seinem Amtsantritt wohl eine Depression verhindert. Er dürfte die amerikanische Autoindustrie mit seiner Milliardenanleihe vor dem Kollaps bewahrt und Abertausende von Arbeitsplätzen in den USA gerettet haben. Die (zugegeben moderate) Reform der Finanzmärkte hat einer außer Rand und Band geratenen Branche jedenfalls ein paar Zügel angelegt. Schärfere Regeln für die Kreditkartenindustrie haben den überschuldeten Verbrauchern etwas Schutz vor schamlos hohen Gebührensätzen und Überziehungszinsen gebracht. Und die Gesundheitsreform (so sie denn bestehen bleibt) wird Millionen bisher unversicherter Amerikaner eine Krankenversicherung verschaffen.

¶ Mike Allen/Jim VandeHei, Obama's big drags, 4.8.2011, online: www.politico.com/news/stories/0811/60640.html (23.9.2011).

¶ In etwa: „Das Weitergeben des Schwarzen Peters (das Abwälzen von Verantwortung) endet hier.“

Der große Nachteil indes ist, dass all diese unbestreitbaren Errungenschaften entweder denkbar unbeliebt sind in der US-Öffentlichkeit oder von ihr kaum zur Kenntnis genommen werden. Mehr als die Hälfte aller Amerikaner befürwortet Erhebungen des (konservativen) Umfrageinstituts Rasmussen Reports zufolge weiterhin den Widerruf der Gesundheitsreform und nimmt Obama den *Auto-bailout* – die teure Rettung von Chrysler und General Motors durch Nothilfekredite – übel. Die neuen Kreditkartenregeln sind schön und gut. Aber viel größer ist die Aufregung der Amerikaner über die schamlos hohen Bonuszahlungen an der Wall Street, gegen die die Regierung offenbar nichts tun kann, obwohl die Banken doch in der Krise 2008/2009 auf die Milliarden aus Washington angewiesen waren.

Und von zahllosen Gruppierungen, die ihn vor drei Jahren enthusiastisch unterstützt hatten, bekommt Obama inzwischen anstatt Lob nur Tadel zu hören: Lautstark kritisieren sie, was er nicht erreicht hat. Amerikas Umweltschützer – voran Al Gore – hat der Präsident nachhaltig verärgert, als er seine Pläne für ein Klimaschutzgesetz aufgab. Die *hispanics*, die Amerikaner lateinamerikanischer Herkunft, sind verbittert, weil er entgegen seinen Zusicherungen nichts für eine Einwanderungsreform getan hat, zugleich aber deutlich mehr illegale Immigranten aus Lateinamerika abgeschoben werden als unter seinem Vorgänger George W. Bush. Bürgerrechtler schlagen die Hände über dem Kopf zusammen, nicht nur weil er Bushs Anti-Terror-Gesetze fortgeschrieben hat, sondern vor allem weil Obama das Gefangenenlager in Guantanamo trotz früherer Versprechen nicht geschlossen hat. Selbst die Schwulen und Lesben sind nicht hundertprozentig zufrieden, obwohl er die unsägliche Diskriminierungspraxis Homosexueller in den US-Streitkräften beendet hat. „Das größte Problem ist“, konstatiert Mark Penn, Hillary Clintons einstiger Wahlkampfstrategie, „dass er nicht genug innenpolitische Erfolge angesammelt hat, an die sich die Leute ohne viel Nachdenken erinnern können.“[¶]

Rotes Amerika, blaues Amerika

Doch am verhängnisvollsten für Obama dürfte sich auswirken, dass er das große Ver-

¶ Zit. nach: M. Allen/J. VandeHei (Anm. 1).

sprechen nicht hat einlösen können, das ihm 2008 den wahlentscheidenden Rückhalt der sogenannten *independents* gebracht hatte, zu Deutsch der Wechselwähler: Hochtraubend hatte er sich verpflichtet, das politisch zerrissene Amerika wieder zusammenzuführen, die ideologische Teilung des Landes in ein rotes (republikanisches) und ein blaues (demokratisches) Amerika zu überwinden. Das Gegenteil ist eingetreten. Statt Konsens bestimmt Konfrontation den politischen Diskurs, sogar mit zunehmender Tendenz: von *change* in Washington – was er so lauthals versprochen hatte – keine Spur. Die ideologischen Gräben zwischen Republikanern und Demokraten sind eher tiefer geworden.

Das ist nicht in erster Linie Schuld des Präsidenten. Trotz manch hochfahrender Sätze – so kanzelte er die Republikaner drei Tage nach seinem Amtsantritt mit der herrischen Bemerkung ab: „Wahlen haben Konsequenzen“ – hat Obama sich immer wieder ernsthaft um Ausgleich bemüht. Er berief zwei Republikaner zu Ministern, suchte das Gespräch mit republikanischen Kongressabgeordneten und machte in den zähen Verhandlungen um die Gesundheitsreform, um Steuern und um die Schulden weitgehende Kompromissangebote, die ihm nichts einbrachten außer den Zorn seiner demokratischen Parteifreunde im Kongress. Dennoch wurden seine Angebote von den Republikanern ohne Ausnahme als ungenügend verschmäht.

Das lag nicht daran, dass Obamas Positionen abseitig gewesen wären – wie es die Republikaner natürlich darzustellen suchten. Ursache für den Dauerkonflikt ist vielmehr die von den Republikanern bereits kurz nach der Wahl Obamas getroffene strategische Entscheidung, buchstäblich alles dafür zu tun, die Präsidentschaft Obamas auf eine Amtszeit zu begrenzen, wie der Vormann der Republikaner im Senat, Mitch McConnell, es formulierte. Obstruktion und Verweigerung bestimmte die parlamentarische Arbeit der Republikaner seither, was unter anderem daran abzulesen ist, dass es in der Wahlperiode zwischen Januar 2009 und Januar 2011 im Senat mehr Filibuster gab, mit denen die Minderheit Entscheidungen mit einfacher Mehrheit in dem Gremium blockieren kann, als je zuvor. Die Bereitschaft zum Kompromiss sank weiter, nachdem bei den

Kongresswahlen im November 2010 so viele Tea-Party-Anhänger ins Repräsentantenhaus einzogen, dass sie den Kurs der republikanischen Mehrheitsfraktion weitgehend bestimmen können.

Die Tea-Party-Bewegung – überwiegend weiß, christlich und halbwegs wohl situiert – wäre kaum entstanden ohne den links-liberalen schwarzen Präsidenten mit dem muslimisch klingenden Mittelnamen Hussein. In ihrer Missachtung Obamas artikuliert sich die Verunsicherung der weißen Mittelklasse über die bunter werdende Gesellschaft der USA, in der der Anteil der Nicht-Weißen ständig zunimmt. Aus dem zeitweise von fast einem Viertel aller Amerikaner (keineswegs nur, aber auch von Tea-Party-Anhängern) geteilten Irrglauben, dass Obama ein Muslim sei, spricht die Furcht vor Überfremdung. Und in ihrer Entrüstung über die enorme Schuldenmacherei in Washington spiegelt sich der Zorn auf eine seit Jahrzehnten vorangetriebene Politik, die soziale Wohltaten verteilt – und das auch noch an Empfänger, die im Gegensatz zu ihnen für ihr Einkommen nicht arbeiten müssten. So jedenfalls empfinden das viele Tea-Party-Leute. Man könnte es eine Ironie der Geschichte nennen: Ausgerechnet der Ausgleichskandidat Obama hat, ungewollt, zur Polarisierung Amerikas beigetragen.

Das politische Kalkül der republikanischen Blockadestrategie ist dabei zweifellos aufgegangen: Ein ums andere Mal haben sie in Spitz-auf-Knopf-Verhandlungen, etwa um die Fortschreibung der Bush'schen Steuer-nachlässe für die wohlhabenden Amerikaner, um den Haushalt und um die Schuldenobergrenze, weitgehende Forderungen durchgesetzt. Sie haben personelle Entscheidungen Obamas verhindert (von Richtern bis zur designierten Chefin der Verbraucherschutzbehörde) und selbst Gesetze verschleppt (wie die Freihandelsabkommen mit Südkorea, Peru und Kolumbien), die sie eigentlich unterstützen, deren Verabschiedung sie aber hinauszögerten, um den Erfolg für den Präsidenten zu minimieren. Zwar haben die meisten Amerikaner beispielsweise im Billionenpoker um die Schuldengrenze die Unnachgiebigkeit der Republikaner kritisiert, die politischen Folgekosten aber muss Obama tragen mit einem enormen Ansehensverlust in der öffentlichen Meinung.

Auch außenpolitisch hat Obama wenig vorzuweisen, um diese Defizite auszugleichen. Zwar hat eine globale Welle der Sympathie für den neuen Präsidenten Amerikas in den Monaten nach seiner Wahl zweifellos dazu beigetragen, dass Ansehen der USA weltweit wieder zu heben. Aber der Glaube Obamas und seiner Berater, dass ihm dies helfen werde, seine außenpolitischen Ziele durchzusetzen, war wohl nur allzu naiv. Russland blieb trotz des Drucks auf den viel beschworenen *reset button* ein zänkischer Partner. China antwortete auf Obamas Werben mit Säbelraseln und größeren strategischen Ambitionen. Beim Klimaschutz und im Streit um die Aufwertung der chinesischen Währung ließen die Chinesen die Amerikaner auflaufen. Und die alten Freunde der USA in Europa unterstützten ihn – Beispiel Afghanistan – kaum mehr als seinen ungeliebten Vorgänger. Vor allem aber hat er die großen internationalen Krisenfälle wie den Nahostkonflikt oder Irans Atomrüstung, anders als zweifellos auch von ihm selbst erwartet, nicht einen Millimeter näher einer Lösung bringen können.

Gewiss ist ihm dagegen nur der Beifall der meisten Amerikaner dafür, dass er das Engagement in Irak entschlossen reduziert hat. Dieses Wahlversprechen konnte er immerhin einlösen. Zugleich aber hat er in Afghanistan praktisch das Gleiche versucht wie sein Vorgänger im Irak und den militärischen Einsatz vor dem projektierten Abzug deutlich erhöht. Das ist nicht sehr populär in den USA. Deutlich mehr als die Hälfte der Amerikaner befürwortet ein rasches Ende dieses längsten Militärkonflikts in der US-Geschichte. Einzig die gewagte Kommandoaktion Anfang Mai gegen Osama bin Laden brachte ihm kurzzeitig Rückhalt. Doch wie wenig selbst die Eliminierung von Amerikas „Staatsfeind Nummer 1“ in diesen Zeiten zählt, zeigt sein jäher Absturz in den Umfragen in den Monaten danach. Alles in allem überwiegt der Eindruck, konstatierte der Bostoner Politik-Professor Daniel Drezner im Sommer 2011, dass Obamas außenpolitischer Ansatz lange Zeit „nicht gerade überwältigende politische Ergebnisse“ hervorgebracht habe.[†]

[†] Daniel Drezner, Does Obama Have a Grand Grand Strategy?, in: Foreign Affairs, 90 (2011) 4, S. 57–68.

Dennoch bleibt völlig offen, wie die US-Amerikaner auf die Jahre tiefer Ernüchterung unter Obama reagieren werden. Die USA sind trotz allem eine *fifty-fifty-nation*, wie es im politischen Jargon heißt, also ein Land, das politisch in zwei große Lager zerfällt und in dem die Wahlentscheidung der *independents* den Ausschlag gibt, in welche Richtung es sich bewegt. Bei der Wahl 2008 gewann Obama mehr als die Hälfte der *independents*, mittlerweile würde ihn nur noch ein Drittel wiederwählen. Deshalb wird er sie gezielt mit einer Doppelstrategie umwerben, die seinem Wesen sehr entgegenkommt, wie der angesehene Kolumnist E. J. Dionne schreibt: „Er ist gleichzeitig konfliktstreu und stark wettbewerbsorientiert.“[¶] Er wird einerseits immer wieder den Kompromiss mit den Republikanern suchen, also sich an sein altes, so erfolgreiches Wahlversprechen halten, dass er derjenige ist, der dem Land den Ausgleich zwischen den verfeindeten politischen Lagern bringen kann. Zugleich aber wird er zunehmend aggressiv darauf verweisen, dass es die Republikaner sind, die den Ausgleich verhindern: „Es gibt gerade einige im Kongress, denen es wichtiger ist, dass ihre Gegner verlieren, als dass Amerika gewinnt.“[¶]

Wie schwer es indes sein wird für Obama, die Wechselwähler zurückzugewinnen, zeigen Straßeninterviews, die der öffentlich-rechtliche Rundfunksender NPR zu Beginn des Vorwahlkampfes der Republikaner im August 2011 aufzeichnete. Darin wird ein *independent* mit dem denkwürdigen Satz zitiert, der vielleicht am besten die politische Stimmung im Land ein Jahr vor der Wahl einfängt: „Ich glaube, Obama hätte vieles besser machen können, aber er ist das geringere von zwei Übeln.“[¶] Das ist weit vom Überschwang der Wahl 2008 entfernt. Himmelweit.

¶ E. J. Dionne, *The gloves are back off*, in: *Washington Post* vom 15. 8. 2011, S. A 17.

¶ Barack Obama, „Put Country ahead of Party“, 12. 8. 2011, online: www.barackobama.com/news/put-country-ahead-of-party/ (23. 9. 2011).

¶ Ari Shapiro, *Obama Seeks to Rekindle Campaign Passion in 2012*, NPR, 12. 8. 2011, online: www.npr.org/2011/08/12/139580995/obama-seeks-to-rekindle-campaign-passion-in-2012 (23. 9. 2011).

Zwischen Wyoming und Washington: Die Republikaner 2012

Wyoming ist eine Hochburg der Republikaner. Republikanischer geht es nicht, als in diesem menschenleeren Bundesstaat der hohen Prärie, der kargen Rocky Mountains und der steifen Cowboyhüte. Nirgendwo sonst hat ein so großer Anteil der Bevölkerung 2008 den republikanischen Präsidentschaftskandidaten John McCain gewählt (65 Prozent). In keinem

Andrew B. Denison

Ph. D., geb. 1962; Direktor von Transatlantic Networks, Pleiserhohner Straße 93, 53639 Königswinter; im Herbst 2011 viermonatiger Forschungsaufenthalt in Laramie, Wyoming. denison@transatlantic-networks.de

anderen Bundesstaat besitzen so viele Bürger eine Waffe (60 Prozent). Entsprechend sind die Botschaften der Aufkleber auf den großen *pickup trucks*, die – oft mit Gewehr im Hinterfenster – auf den Straßen Wyomings unterwegs sind: „Barack Hussein Obama: Clear and Present Danger!“ oder „I Love My Country, I Fear My Government“ oder „The Government Puts Thieves in Jail. It Doesn't Like the Competition“. Der Bundesstaat liegt auf einer hohen, kalten Ebene *in the middle of nowhere*. Die 563 000 Menschen, die dort leben, verteilen sich auf einer Fläche, die etwa vier Fünftel der Fläche Deutschlands entspricht. Wyoming hat zwar wenige Einwohner, dafür aber pro Kopf überdurchschnittlich viel Einfluss in Washington. Die Rancher und Eisenbahner, Bergbauer und Ölfeldarbeiter, Lastwagenfahrer und Windmastenbauer (sowie alle anderen) werden in der US-Hauptstadt von zwei Senatoren und einer Repräsentantin vertreten. Und bei der Präsidentschaftswahl am 6. November 2012 stellt Wyoming drei Wahlmänner, also je einen pro 187 000 Bürger. Das demokratisch regierte Kalifornien dagegen vereint auf jeden Wahlmann 676 000 Bürger (37,2 Millionen Einwohner, 55 Wahlmänner).

Meinungsumfragen zeigen auch, dass die kleinen Städte und ländlichen Gegenden der USA überwiegend republikanisch stimmen; Städte und Großstädte dagegen überwiegend

demokratisch.[¶] Entsprechend überrascht es nicht, dass die menschenarmen Staaten des Südens, der Great Plains und der Rocky Mountains, deren Einwohner zu großen Teilen in Kleinstädten oder auf Bauernhöfen und Ranches wohnen, traditionell eher republikanisch sind. Daraus folgt, dass die Stimmen vieler republikanischer US-Bürger de facto mehr Gewicht haben.

Republikanische Geschichten

Als Abraham Lincoln 1861 ins Weiße Haus einzog, war Wyoming eher noch unter indianischer als unter republikanischer Kontrolle. Der „Befreier der Sklaven“ war zwar kein Konservativer, aber er war der erste republikanische Präsident (1861–1865). Nach dem gewonnenen Bürgerkrieg setzte seine Regierung die demobilisierten Soldaten ein, um die erste transkontinentale Eisenbahn zu bauen. Diese öffnete die *frontier*, einte das Land und brachte Amerika auf den Weg zur Weltmacht. Zehntausende Eisenbahnbastrupps zogen 1868 durch Wyoming, um Ost- und Westküste per Schiene zu verbinden. Heute würde der Durchschnittsrepublikaner seinem Staat nicht trauen, so ein Projekt zu organisieren.

Es folgte eine lange Ära republikanischer Vorherrschaft, die erst von der großen Wirtschaftskrise ab 1929 vorübergehend beendet wurde. Der demokratische Präsident Franklin D. Roosevelt (1933–1945), ein reicher linksliberaler Patrizier des Bundesstaats New York, schmiedete eine Koalition mit Süddemokraten, wobei die Bürgerrechte der Schwarzen ausgeblendet blieben. Schließlich gab es Arbeitsplätze zu schaffen und einen Weltkrieg zu gewinnen. Erst Ende der 1950er Jahre begann diese demokratische *New-Deal*-Koalition zu bröckeln, als die Frage der Bürgerrechte wieder politisch brisant wurde.

Der Republikaner Dwight D. Eisenhower (1953–1961) bildete die Ausnahme von der Regel. Er hätte auch Demokrat sein können – er rüstete ab und baute das National System of Interstate and Defense Highways auf. Wyoming profitierte mal wieder von einer republikanischen Regierung, als Staatsgeld und Bastrupps die „Interstate 80“ durch die hohe Prärie zo-

gen. Seither prägen die gigantischen *semi trucks* das Bild Wyomings. Als Transitstaat für Bürgerrechtler, später Hippies und Friedensbewegte, bekamen die Bürger Wyomings Mitte der 1960er Jahre Kulturwandel des Landes mit, den sie überwiegend als unangenehm empfanden. Aus dem Unbehagen diesem Wandel gegenüber erwuchs die Stärke der Republikaner, während sich die Demokraten über Bürgerrechte für Schwarze und Frieden in Vietnam entzweiten. Die Republikaner fanden vor allem in den Südstaaten neue Sympathisanten, aber auch unter sozialkonservativen Arbeitern und sogar bei den Gewerkschaften.

Richard Nixon (1969–1974) beendete den Vietnam-Krieg, etablierte auch die erste Umweltbehörde der USA, missbrauchte seine Macht aber auf eine Weise, die der Vokabel „Amtsmissbrauch“ ganz neue Bedeutung verlieh (Watergate-Affäre). Nach Nixons Rücktritt im August 1974 übernahm sein Vize Gerald Ford die Zügel (bis 1977). Als seinen Stabschef, der die Geschäfte im Weißen Haus koordinieren sollte, engagierte Ford den 32-jährigen Richard (Dick) Cheney. Der in Casper, Wyoming aufgewachsene Politikwissenschaftler war damit innerhalb von nur fünf Jahren in Washington vom Praktikanten in den innersten Zirkel der Macht aufgestiegen. 1977 wurde der Demokrat Jimmy Carter Präsident (bis 1981); Dick Cheney ließ sich kurz darauf als Vertreter Wyomings ins Repräsentantenhaus wählen. Die demokratische Mehrheit flaute jedoch rasch wieder ab, als das Land unter Ronald Reagan (1981–1988) eine republikanische Renaissance erlebte. Cheney war nicht der einzige einflussreiche Vertreter Wyomings in dieser Zeit. 1978 in den Senat gewählt, ging Allen K. Simpson, der aus einer etablierten Politikerfamilie Wyomings stammte, nach Washington und wurde zu einem der erfolgreichsten Senatoren der nächsten zwei Jahrzehnte. Seinen ersten großen legislativen Erfolg erlangte er 1985 mit einer überparteilichen, sehr fortschrittlichen Einwanderungsreform, dem „Simpson-Mazoli-Gesetz“. Von 1985 bis 1995 war er Minderheitsführer im Senat. Auch Cheney stieg weiter auf: Reagans Nachfolger George H. W. Bush (1989–1993) machte ihn zum Verteidigungsminister, als welcher er das Ende des Kalten Krieges und die Befreiung Kuwaits mitgestaltete.

Nach acht Jahren Bill Clinton (1993–2001) zogen erneut die Republikaner ins Weiße Haus, dieses Mal unter George W. Bush (2001–2009)

[¶] Vgl. Joseph Rosco/Ralph Baker, *American Government* 2011, New York 2011, S. 223.

und Dick Cheney als Vizepräsident. Bush senkte die Steuern für Wohlhabende, verabschiedete einen sehr teuren Medikamentenzuschuss für Senioren, zog nach dem 11. September 2001 in einen langen Krieg, schaute 2005 zu, wie Hurrikan „Katrina“ New Orleans verwüstete, duldete einen enormen Anstieg der Staatsschulden und erlebte am Ende seiner Amtszeit, wie die amerikanische Wirtschaft abstürzte. Meinungsumfragen zeigten nur noch 33 Prozent Unterstützung für Bush. Nur der abtretende Vize Dick Cheney durfte einen Heldenempfang erleben, als er von Washington nach Wyoming zurückkehrte.[¶]

Die Republikaner sind in vielerlei Hinsicht wie Dick Cheney: streng, kämpferisch, und in besonderer Sorge was innere und äußere Feinde Amerikas angeht. Cheney ist der Falke unter den Falken. Wie viele einflussreiche Republikaner ist er auch ein Mann der Energieindustrie, deren Freunde in der Politik immer wieder behaupten, eine Erhöhung der Energiesteuern koste nur Arbeitsplätze. Gleichzeitig gibt es Republikaner, die der Macht, insbesondere der Staatsmacht, zutiefst misstrauen. Der Rancher, der Nachfolger des Pioniers, genießt die Freiheit des offenen Landes, meint, der Staat wolle ihn nur ausbeuten, den Machtinteressen der Ostküste auf seine Kosten dienen. Zugleich gibt es auch Republikaner, die dem Staat misstrauen, weil sie meinen, er sei zu liberal: Er tue nichts gegen Abtreibung, verbiete Privatclubs, die Schwarzen oder Frauen den Zutritt verweigern, erlaube die Homo-Ehe, verbiete das Gebet in der Schule, begrenze die Todesstrafe. Und schließlich gibt es natürlich auch liberale Republikaner wie Allen Simpson, der nach seinem Dienst im Senat viel überparteiliche Arbeit geleistet hat. Letztere trauen dem Staat – und den Demokraten – um einiges mehr als der Durchschnittsrepublikaner. Sie sind fähig, überparteiliche Koalitionen zu schmieden und pragmatisch zu regieren. Sie sind besonders beliebt unter den Wechselwählern und den Parteilosen. Für Tea-Party-Anhänger sind diese gemäßigten Republikaner allerdings oft schlimmer als die Demokraten selbst. Traditionell und modern, liberal und konservativ: Die Republikanische Partei zeigt sich vielseitig in Wyoming – aber auch verwundbar. So spotten Umweltschützer: „Republicans: Welfare Mining, Drilling, Ran-

¶ Vgl. Matt Joyce/Ben Neary, Dick Cheney Returns to Standing Ovation in Wyoming, 26.11.2011, online: www.huffingtonpost.com (26.11.2011).

ching, Logging and Trucking.“ Diese führenden Wirtschaftszweige Wyomings wären nämlich ohne staatliches Land (48 Prozent) und staatliches Geld chancenlos.

Chancen und Programm

Für die Republikaner steht 2012 viel auf dem Spiel. Werden sie ihren großen Erfolg der Zwischenwahlen 2010 wiederholen können? Mit genügend Frust gegen Washington, wenn nicht gegen den Präsidenten selbst, bleiben die jungen Wähler, die Barack Obama einst den Sieg bescherten, vielleicht zu Hause. Vielleicht gelingt es der Tea Party auch erneut, die weniger gebildeten weißen Männer zahlreich zu mobilisieren, und den Republikanern, die Weißen mit College-Abschlüssen zurückzugewinnen. Vielleicht ist es den Republikanern möglich, mehr Stimmen der *hispanics* auf sich zu vereinen oder entscheidende Bundesstaaten wie Florida, Virginia, Ohio, Colorado, Nevada oder Indiana für sich zu entscheiden. All dies würde den republikanischen Herausforderer Obamas einem Wahlsieg deutlich näher bringen. Auch könnte es passieren, dass ein Kandidat einer dritten Partei (wie Ralph Nader im Jahr 2000) den Wahlausgang entscheidend beeinflusst, indem er Obama wichtige Stimmen „wegnimmt“. Dann könnte diesen das gleiche Schicksal wie George Bush senior oder Jimmy Carter ereilen und seine Präsidentschaft nach dem *first term* enden.

2012 steht nicht nur das Weiße Haus, sondern auch 33 von 100 Senatssitzen und das gesamte Repräsentantenhaus stehen zur Wahl. Um neun der Senatssitze gibt es Kopf-an-Kopf-Rennen, wobei die Republikaner nur vier dieser Sitze brauchen, um die Mehrheit in dieser Kammer des Kongresses zurückzugewinnen. Auch bei 20 von 435 Sitzen im Repräsentantenhaus ist eine Voraussage derzeit kaum möglich. Ein Jahr vor den Bundeswahlen ist also noch offen, ob die Republikaner auf dem *Capitol Hill* Macht gewinnen oder verlieren werden. Zugleich finden in elf Bundesstaaten auch Gouverneurswahlen statt, hier wird das Rennen vor allem in vier Staaten noch als spannend eingestuft.[¶]

Die Republikaner knüpfen an das uramerikanische Konzept der begrenzten, daher gu-

¶ Für aktuelle Übersichten vgl. online: www.cookpolitical.com (26.11.2011).

ten, Staatsmacht an: Auch in diesem Wahlkampf behaupten sie, wie damals Ronald Reagan, der Staat sei nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. In der Tat gibt es für viele Amerikaner zu viel Staat, zu viele Steuern, zu viele Schulden und zu viele Absichten, die gut gemeint sind, aber nicht gut funktionieren. Obamas Ausgaben für Banken, Autofirmen und Konjunkturprogramme seien keine Rettung des Kapitalismus, sondern pure Verschwendung gewesen. In dieser verbreiteten Einstellung liegt das besondere Mobilisierungspotenzial für die Republikaner.

Gleichzeitig wird erwartet, dass der begrenzte Staat für Sicherheit sorgt, im Inneren wie im Äußeren. Unter den stärksten Unterstützern der Republikaner sind solche, die meinen, die Globalisierung und vor allem die Einwanderung veränderten die USA zu schnell. Eine harte Einwanderungspolitik findet daher bei der republikanischen Basis große Unterstützung. Allerdings gibt es immer mehr Einwanderer, und der Anteil der Minderheiten an der Wählerschaft wächst von Jahr zu Jahr – 2012 wird bei den abgegebenen Stimmen ein „Minderheitenanteil“ zwischen 27 und 28 Prozent erwartet. Da dieser eher den Demokraten zuneigt, stellt dies ein doppeltes Problem für die Republikaner dar.

Eine große Mehrheit der Republikaner lehnt Kürzungen des fast eine Billion US-Dollar hohen Budgets für Nationale Sicherheit ab. An der republikanischen Basis zeigt sich bislang offenbar keine Kriegsmüdigkeit, stattdessen wird Präsident Obama für sein „naives“ Konzept der indirekten Führung (*leading from behind*) beschimpft, das anderen Nationen bei internationalen Einsätzen die Führungsrolle überlässt (wie etwa bei der NATO-Intervention in Libyen). In öffentlichen Debatten scheuen die republikanischen Kandidaten aber ein Bekenntnis zur engen Zusammenarbeit mit Freunden und Partnern rund um die Welt. Republikaner sind eben häufiger der Auffassung als Demokraten, dass jeder auf sich selbst gestellt ist und sich für einen Erfolg oder Misserfolg selbst verantworten muss – auch in der internationalen Politik.

Doch letztlich werden sich bei den Wahlen 2012 auch die Republikaner für ihre Politik zu verantworten haben, nicht nur die amtierende Regierung. Obamas Gesundheitsreform haben die Abgeordneten der *Grand Old Par-*

ty zwar nicht verhindern können, aber es ist ihnen gelungen, sie schwer zu beschädigen. Sie haben den Präsidenten oft blockiert und hoch gepokert mit ihrer Drohung, die Zahlungsfähigkeit des Landes herbeizuführen. Vor allem haben sie neue Steuern für die Reichen verhindert, obwohl Gallup-Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit der Amerikaner es für richtig hält, diese zu erhöhen. Ende 2011 scheint es, als ob die Blockadepolitik in dieser Frage eher die Republikaner selbst als den politischen Gegner beschädigt habe.^f

2008 sammelte Obama im Wahlkampf 744 Millionen US-Dollar, mehr als dreimal so viel wie John McCain mit 227 Millionen.^f Und die Republikaner befürchten zu Recht, sie könnten auch 2012 den Spendenwettbewerb gegen die Demokraten verlieren. Die Masse der demokratischen Kleinspender wird wahrscheinlich mehr Geld generieren, als die weniger zahlreichen Großspender der Republikaner, obwohl eine umstrittene Entscheidung des Verfassungsgerichts 2010 mehr Spende-freiheit bei weniger Transparenz ermöglicht hat, was den Republikanern eventuell helfen könnte. Die Wahlkampfmanager werden ihr Geld sorgfältig investieren müssen und sich auf aussichtsreiche Kandidaten und Bundesstaaten konzentrieren. Es geht dabei vor allem um die Wechselwähler (und Nichtwähler) der sogenannten *swing states*, bei denen der Ausgang der Wahl bis zuletzt ungewiss ist. Die Strategie wird entscheidend sein: Wollen die Republikaner alles auf die Präsidentschaft setzen, eher auf eine Mehrheit im Senat pochen oder sind sie dazu geneigt, etwas defensiver, nur die vielversprechendsten Wahlkämpfe zu unterstützen?

Kandidatenpalette

Auch wenn Ideologie und Organisation zu 100 Prozent „richtig“ sind, ist eine Wahlniederlage nie auszuschließen. Denn es sind die Kandidaten, die letztendlich entscheidend sind. Sie müssen Autorität und Intelligenz ausstrahlen, aber auch freundlich, verständ-

^f Für Umfrageergebnisse vgl. online: www.realclearpolitics.com/epolls/other/generic_congressional_vote-2170.html#polls (26.11.2011).

^f Vgl. Jonathan D. Salant, *Spending Doubled as Obama Led Billion-Dollar Campaign* (Update 1), 27.12.2008, online: www.bloomberg.com/apps/news?pid=newsarchive&sid=anLDS9WWPQW8 (26.11.2011).

lich und menschlich sein. Am Ende, so heißt es, gewinnt derjenige, mit dem man am liebsten ein Bier trinken gehen würde. Republikaner schicken Kandidaten auf allen Ebenen ins Rennen. Hauptaugenmerk gilt aber der Präsidentschaftswahl. Hier hat sich eine bunte Kandidatenpalette herauskristallisiert. Außenseiter und Wahlkampfveternanen, Männer und Frauen, Schwarze und Weiße, Gouverneure, Legislatoren, Geschäftsmänner, Favoriten und Aufsteiger – und zwei Mormonen. Keiner der Anwärter hat aber in der ersten Phase mehr als 20 bis 25 Prozent der Wähler hinter sich bringen können. Alles deutet darauf hin, dass dieses Patt die ersten Vorwahlen überdauern könnte (Iowa 3. Januar, New Hampshire 10. Januar 2012). Selbst nach dem *Super Tuesday* am 6. März 2012, an dem in Wyoming und zwölf anderen Staaten Vorwahlen stattfinden, könnte Obama noch nicht wissen, wer gegen ihn antreten wird.

Mitt Romney steht Anfang Dezember 2011 zwar als leichter Favorit da, hat seine Unterstützung aber nicht eindeutig ausbauen können. Schon lange für den Kronprinzen gehalten, kandidierte er schon 2008 für die republikanische Nomination. Schwergewichte der Partei haben sich hinter ihn gestellt, sein Stab ist größer und besser organisiert als die der anderen. Er hat eine Art Schattenkabinett und schon jede Menge Positionspapiere vorgelegt. Sein Auftreten ist glänzend, er macht selten Fehler. Dafür ist er etwas langweilig; zudem wird ihm vorgeworfen, er ändere seine Meinung zu oft, schau nur auf die politische Windrichtung. Seine Regierungserfahrung als Gouverneur von Massachusetts wird zweischneidig bewertet. Bei manchen überzeugten Republikanern erweckt er Misstrauen. Dass er in seinem Bundesstaat eine Gesundheitsreform durchgesetzt hat, die Obamas nicht unähnlich ist, hilft ihm in den Vorwahlen nicht. Andererseits könnte Romney dadurch, dass er in seinen Zielsetzungen dem Präsidenten noch am ähnlichsten ist, die Stimmen vieler *independents* gewinnen.

Michele Bachmann aus Minnesota ist unter den Kandidaten am ehesten die Fahnenträgerin der Sozialkonservativen. Gut im Wortgefecht und im Repräsentantenhaus Mitglied des wichtigen Intelligence Committee hat sie auch die Unterstützung vieler Tea-Party-Anhänger. Als Frau könnte sie den Demokraten vor allem wichtige weibliche Wählerschaften streitig machen.

Jon Huntsman ist die weniger bekannte, weniger vernetzte Version von Mitt Romney. Er war Gouverneur von Utah und dann bis vor kurzem Obamas Botschafter in Peking. Wie Mitt Romney ist er Mormone. Seine wortgewandte Intelligenz und seine Erfahrung im Ausland machen ihn bei den gemäßigeren Republikanern zu einer echten Alternative.

Newt Gingrich, dramatisch und intelligent, ist vor allem dafür bekannt, 1994 das Repräsentantenhaus für die Republikaner zurückgewonnen zu haben, um dann dort bis 1999 als Mehrheitsführer zu amtieren. Er ist sowohl bei der Parteibasis als auch unter den *independents* beliebt. Inzwischen erntet er auch Respekt für seine oft innovativen, vorwärtsdenkenden, teilweise radikalen politischen Ideen. Seine Schwäche ist jedoch sein Charakter, vor allem die Geschichte, er habe seine sterbende Frau betrogen. Er ist interessant, kann Schlagzeilen machen, ist aber letztendlich sehr umstritten.

Rick Perry, acht Jahre lang Gouverneur in Texas, war kurz nach der Ankündigung seiner Kandidatur für viele Republikaner der große Hoffnungsträger. Aber sein schlechtes Auftreten bei den Fernsehduellen hat ihn einiges an Unterstützung gekostet. Obwohl er als harter Konservativer auftritt, wird ihm unter anderem von Mitt Romney häufig vorgeworfen, er habe es „illegalen Einwanderern“ in Texas zu einfach gemacht.

Rick Santorum, der einzige Senator im Kandidatenkreis, ist ein Außenseiter ohne herausragende Eigenschaften. Ebenfalls nur Außenseiterchancen hat der texanische Kongressabgeordnete Ron Paul, der bereits 2008 versuchte, seine libertären, isolationistischen Positionen unter Republikanern hoffähig zu machen. Obwohl er sich in den Fernsehduellen gut schlägt, hat er es schwer, über 15 Prozent Unterstützung hinauszukommen.

Der charismatische schwarze Geschäftsmann Herman Cain ist Anfang Dezember 2011 aus dem Rennen ausgestiegen. Er war der Kandidat, der sich am besten gegen Washington, wenn nicht gegen die etablierte Politik insgesamt profilieren konnte. Seine Unerfahrenheit war seine Schwäche und Stärke zugleich. Doch letztlich waren es nicht komplexe politische Fragen, bei denen er gelegentlich ins Schwanken kam, die seine Kampagne zum Stillstand

brachten, sondern Vorwürfe, er habe sich der sexuellen Belästigung schuldig gemacht.

Blick in die Zukunft

Ein alter Spruch lautet: Ein Präsident wird nicht gewählt, sondern abgewählt. Sei der Frust mit dem Amtsinhaber groß genug, sei fast egal, wer gegen ihn kandidiert. Der Frust mit Obama ist eindeutig hoch (mit 49 Prozent der Amerikaner gegen und 43 Prozent für ihn, laut Gallup). Die Arbeitslosigkeit, besonders unter der Jugend, ist sehr hoch, die Staatsschulden steigen. Die miserable Lage der Wirtschaft erhöht sicherlich die Siegchancen der Republikaner. Gegen sie spricht allerdings die demografische Entwicklung:¹⁶ Die wichtigsten Wählerschaften der Demokraten – unter anderem die *millennial generation* der 18 bis 34-Jährigen, die Minderheiten und die alleinstehenden Frauen – haben seit 2008 alle ihren Anteil an der Bevölkerung überdurchschnittlich gesteigert. Unter diesen Umständen sind die Republikaner die „Partei der weißen Männer“ geblieben, vor allem derjenigen ohne College-Abschluss, und der Senioren, die sich allerdings bei zu starken Kürzungen von Medicare und Social Security (Kranken- bzw. Rentenversicherung) den Demokraten zuwenden könnten.

Wollen Republikaner unter Jugendlichen an Einfluss gewinnen, müssen sie sich von ihrer sozialkonservativen Einstellung verabschieden; wollen sie mehr Einfluss unter Minderheiten haben, müssen sie eine offenere Einwanderungspolitik wagen; wollen sie ihren Einfluss unter Senioren halten, müssen sie bereit sein, Medicare und Social Security bezahlbar zu machen; wollen sie Einfluss unter den Vorortbewohnern mit College-Abschluss bekommen, müssen sie dazu bereit sein, Bildungspolitik zu fördern und die Superreichen stärker zu versteuern. Die Zukunft der Republikaner entscheidet sich somit in einem Spannungsfeld aus schwierigerem Wandel und schrumpfenden Wählerschaften – denn anders als früher sieht Amerika immer weniger wie Wyoming aus.

¹⁶ Vgl. Center for American Progress, *The Path to 270. Demographics Versus Economics in the 2012 Election*, 22. 11. 2011, online: www.americanprogress.org (26. 11. 2011).

Henrik Gast · Alexander Kühne

Zwischen Markt- radikalität und sozialer Misgunst: Die Tea Party und ihre Anhänger

Wohl kaum eine Bewegung hat die politische Agenda der USA in den vergangenen Jahren so bestimmt wie die Tea Party.¹⁷

Nach den Erfolgen bei den Vorwahlen (*primaries*) und den Zwischenwahlen (*midterm-elections*, Wahlen zum Kongress) 2010 hat sie im parlamentarischen Alltagsgeschäft des 112. Kongresses keineswegs an politischer Kraft eingebüßt – auch wenn sich jüngst bei Umfragen ein leichter Abwärtstrend abzeichnet. Bei den Verhandlungen um die Erhöhungen der Schuldengrenze im Juli und August 2011 zeigten sich ihre Vertreter unnachgiebig und durchsetzungsstark. Sie torpedierten Kompromisse zwischen dem republikanischen Sprecher des Repräsentantenhauses, John Boehner, und Präsident Barack Obama und forderten radikale Einschnitte im Bundeshaushalt. Schließlich setzten sie ein Sparpaket von mindestens 2,1 Billionen US-Dollar durch und verhinderten jegliche Steuererhöhungen, auf die Obamas Demokraten bis zuletzt gepocht hatten.¹⁸ Mitch McConnell, der republikanische Fraktionsführer im Senat, erklärte die Tea Party zum „Sieger in dieser Schlacht“.¹⁹ Die „Tea Party tidal wave“,²⁰ von der der Senator Rand Paul am Rande der *midterm-elections* 2010 sprach, zeigt ohne Zweifel Wirkung. Es ist zu erwarten, dass die Tea Party auch in

Henrik Gast

Dr. phil., geb. 1979; Akademischer Rat auf Zeit am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft, Universität Regensburg, Universitätsstraße 31, 93040 Regensburg. henrik.gast@politik.uni-regensburg.de

Alexander Kühne

Dipl.-Pol., geb. 1982; wissenschaftlicher Mitarbeiter und Redaktionsassistent der „Zeitschrift für Parlamentsfragen“ am Institut für Politikwissenschaft und Japanologie, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 06099 Halle/S. alexander.kuehne@politik.uni-halle.de

Zukunft die politische Agenda, die Ausrichtung der *Grand Old Party* (der Republikaner) und möglicherweise auch den republikanischen Präsidentschaftskandidaten mitbestimmen wird. Die Bewegung gewinnt aber auch deswegen an Relevanz für den politikwissenschaftlichen wie öffentlichen Diskurs, weil sie aufzeigt, wie weit die gesellschaftliche Polarisierung in den USA vorangeschritten ist.

Obwohl die Tea Party den Begriff im Namen trägt, ist sie nicht als Partei zu bezeichnen: Sie hat keine Parteiführung, keinen gewählten Vorstand, keine Satzung und keine hierarchische Organisation, sondern besteht aus lose miteinander verbundenen Gruppen, die sehr heterogen sind. Umso erstaunlicher ist es, dass es ihr gelungen ist, erheblichen Druck auf die Entscheidungsträger in Washington auszuüben.[¶] Doch was treibt die Anhänger an, und wie haben sie es geschafft, sich in relativ kurzer Zeit zu einer bedeutenden Kraft im amerikanischen politischen System zu entwickeln?

Entstehung der Bewegung

Die Tea Party entstand im Frühjahr 2009 als Reaktion auf legislative Vorhaben, die die USA aus der Wirtschaftskrise führen sollten, wie der Emergency Economic Stabilization Act (2008) oder der American Recovery and Reinvestment Act (2009). In Erinnerung an den amerikanischen Widerstand gegen die britische Kolonialpolitik (Boston Tea Party, 1773) fanden im Februar 2009 die ersten Treffen von politischen Aktivisten statt. „Tea“ steht dabei auch als Abkürzung für *taxed enough already*, was eine zentrale Forderung der Bewegung zusammenfasst. Die Tea Party artikuliert zugleich Positionen, die seit der Amerikanischen Revolution eine zentrale Rolle im öffentlichen Diskurs

¶ Vgl. Henrik Gast/Alexander Kühne, „Tea Party“-Time in den USA? Zu Profil und Einfluss einer heterogenen Bewegung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), 42 (2011) 2, S. 247–269.

¶ Vgl. Moritz Koch, Sparen statt höherer Steuern, in: Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 2. 8. 2011, S. 7.

¶ Zit. nach: Christian Wernicke, Amerikas Parlament wendet Staatsbankrott ab, in: SZ vom 3. 8. 2011, S. 1.

¶ Zit. nach: Campbell Robertson, A Victorious Paul Vows to Stick to Message, in: The New York Times vom 3. 11. 2010, S. 7.

¶ Vgl. Matthew Continetti, The Two Faces of the Tea Party, in: Weekly Standard vom 28. 6. 2010, online: www.weeklystandard.com/articles/two-faces-tea-party (5. 12. 2011).

gespielt haben. So ist etwa die Auseinandersetzung zwischen *federalists* und *anti-federalists* um die Frage, wie Bundes- und Staatenebene auszutarieren sind, so alt wie die USA selbst. In gewisser Weise folgen die Tea-Party-Anhänger hier der Argumentation der frühen Präsidenten Thomas Jefferson und James Madison, die grundsätzliche Bedenken gegenüber einer starken Bundesebene hegten. Gleichzeitig weist die Tea Party aber auch Merkmale auf, die sie in eine Reihe mit Bewegungen wie die American Liberty League oder die John Birch Society stellt.[¶] Insbesondere seit den als *New Deal* bekannt gewordenen Wirtschafts- und Sozialreformen von Franklin D. Roosevelt während der Großen Depression in den 1930er Jahren haben unterschiedliche Gruppen eine Rückkehr zu begrenzter Bundesstaatlichkeit (*limited government*) propagiert.[¶]

Was neben der allgemeinen Unzufriedenheit mit der Obama-Administration den Auslöser für das Entstehen der Tea Party darstellt, lässt sich schwer rekonstruieren.[¶] Zweifellos hatte die im Fernsehkanal CNBC ausgestrahlte Brandrede des Kommentators Rick Santelli im Februar 2009 eine katalysierende Wirkung. Er kritisierte, dass die Regierung mit der Unterstützung für in Not geratene Schuldner (*mortgage plan*) schlechtes Verhalten belohnen würde und erzeugte damit eine beispiellose Resonanz: Zahllose lokale Protestveranstaltungen wurden organisiert, die im September 2009 in einen großen *taxpayers*-Protestmarsch mündeten. Der politische Aufstieg dieser Bewegung, die „The Economist“ im Januar 2010 als „America’s most vibrant political force“[¶] einstufte, vollzog sich rasant. Erste nationale Organisationen wie die Tea Party Patriots oder Tea Party Nation gründeten sich bereits im Frühsommer 2009. Elektrisierend wirkte für die gesamte Bewegung die Gesundheitsreform (Patient Protection and Affordable Care

¶ Die 1934 von konservativen Demokraten gegründete American Liberty League richtete sich gegen die *New-Deal*-Politik Roosevelts; Gründungsmotiv der 1958 gebildeten, rechtsgerichteten John Birch Society war der Schutz vor kommunistischer Einflussnahme.

¶ Vgl. Brian J. Glenn/Steven M. Teles (eds.), Conservatism and American Political Development, Oxford u. a. 2009.

¶ Vgl. Kate Zernike, Boiling Mad. Inside Tea Party America, New York 2010, S. 13–32.

¶ Stop! The Size and Power of the State is Growing, and Discontent is on the Rise, in: The Economist vom 21. 1. 2010, online: www.economist.com/node/15330481 (5. 12. 2012).

Act sowie Health Care and Education Reconciliation Act), die Obama 2010 gegen zahlreiche Widerstände durchgesetzt hatte. Vor allem von der Versicherungspflicht, die das Gesetz vorsieht und dem Staatsverständnis der Tea-Party-Anhänger grundlegend widerspricht, sind mobilisierende Effekte ausgegangen.

Profil der Tea-Party-Anhänger

Eine seit April 2010 fortlaufende Erhebung der „New York Times“ und CBS News (National Survey of Tea Party Supporters, NSTP) zeigt, dass die Tea Party nennenswerte Unterstützung aus der Bevölkerung erfährt.¹⁰ Im Durchschnitt stuften sich bis zum Juli 2011 rund 23 Prozent der Bürger als Unterstützer ein. Allerdings ist dieser Wert allein im August 2011 um acht Prozentpunkte gefallen, was durchaus auf das kompromisslose Auftreten der Tea-Party-Vertreter während der Verhandlungen um die Anhebung der Schuldengrenze zurückzuführen ist.¹¹ Innerhalb des Lagers der Anhänger ist zwischen passiven und aktiven Mitgliedern zu unterscheiden: Nur ungefähr 20 Prozent der Unterstützer oder vier Prozent aller Amerikaner haben schon einmal Geld für die Tea Party gespendet oder an einem Treffen teilgenommen. Der Anteil der Aktiven fällt somit – und das ist typisch für soziale Bewegungen und Parteien – deutlich geringer aus. Wie unterscheiden sich nun die Tea-Party-Anhänger von der übrigen Bevölkerung? Wie sind ihre Motive zu charakterisieren?

Die Tea Party reklamiert zwar, dass sie eine überparteiliche Bewegung sei, die sowohl gegenüber den Demokraten als auch den Republikanern eine kritische Distanz wahrt. Ein Blick auf das Profil der Anhänger zeigt aber, dass ihre Anhänger keineswegs politische Neutren sind, sondern überwiegend der Republikanischen Partei zuneigen. Nach

den Umfragen des Instituts Greenberg Quinlan Rosner trifft dies für 86 Prozent der Tea-Party-Anhänger zu.¹² 79 Prozent stuften sich selbst als Konservative ein. Hinsichtlich des demografischen Profils ist anzumerken, dass die Tea-Party-Anhänger deutlich älter als die Gesamtbevölkerung, zumeist Männer (59 Prozent) und überwiegend weiß sind (89 Prozent). Nur ein Prozent sind Afroamerikaner.¹³

Ferner ist charakteristisch, dass sie religiöser sind als der Durchschnitt: Während 27 Prozent der Gesamtbevölkerung angeben, einmal in der Woche den Gottesdienst zu besuchen, liegt der Anteil bei den Tea-Party-Vertretern mit 38 Prozent deutlich höher.¹⁴ Politische Beobachter machen aus, dass die Religion zumindest bei der Basis der Tea Party eine wesentlich größere Rolle spielt, als die führenden Akteure dies glauben machen wollen. Innerhalb der Tea Party manifestiert sich nicht nur die Strömung des marktliberalen, sondern auch die des christlichen Konservatismus. Letztere ist hinsichtlich ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen: Die Politikwissenschaftler David E. Campbell und Robert D. Putnam haben beginnend mit dem Jahr 2006 über 3000 US-Amerikaner interviewt und ihre Entwicklung mit wiederholten Befragungen nachvollzogen.¹⁵ Anhand dieser Panelstudie zeigt sich, dass die Religiosität der Befragten ausschlaggebend für eine spätere positive Haltung gegenüber der Tea Party war. Aus den Umfragedaten des NSTP ergibt sich ein weiterer interessanter Befund: Der Erfolg der Tea Party lässt sich nicht allein durch wirtschaftliche Abstiegsängste erklären. Die Anhänger unterscheiden sich in dieser Hinsicht nicht signifikant vom Rest der Bevölkerung.

Politische Ansichten der Anhängerschaft

Traditionell besteht in den USA ein starkes Misstrauen gegenüber den bundesstaatlichen Institutionen; dieses ist bei den Tea-Par-

¹⁰ Vgl. The New York Times/CBS News (eds.), National Survey of Tea Party Supporters (NSTP), April 5–12, 2010, online: <http://s3.amazonaws.com/nytdocs/docs/312/312.pdf> (21.11.2011), Zusammenfassung unter: www.cbsnews.com/htdocs/pdf/poll_tea_party_041410.pdf (21.11.2011). Sofern nicht anders angegeben, stammen die zitierten Daten aus dem NSTP, für den 1580 Erwachsene telefonisch befragt wurden.

¹¹ Vgl. NSTP, August 2–3, 2011, online: www.nytimes.com/interactive/2011/08/05/us/politics/20110805_Poll-docs.html?ref=politics (27.11.2011), S.10.

¹² Vgl. Stanley B. Greenberg et al., Special Report on the Tea Party Movement, hrsg. von Greenberg Quinlan Rosner Research, Democracy Corps, 19.7.2010, online: www.democracycorps.com/wp-content/files/Tea-Party-Report-FINAL.pdf (31.8.2011).

¹³ Vgl. NSTP (Anm. 10), S. 41.

¹⁴ Vgl. ebd., S. 39.

¹⁵ Vgl. David E. Campbell/Robert D. Putnam, Crashing the Tea Party, in: The New York Times vom 17.8.2011, S. 23.

Tabelle: Tea-Party-Anhänger und Republikaner im Vergleich (Zustimmung in Prozent)

Aussagen	Tea Party	Republikaner	Gesamtbevölkerung
Die Einwanderung ist ein sehr ernstes Problem.	82	72	60
Die staatliche Bankenrettung (<i>bailout</i>) war unnötig.	74	63	51
Die globale Erwärmung wird keine Auswirkungen haben.	66	51	29
Die gesetzliche Ermöglichung der Abtreibung ist falsch.	53	45	34
Gleichgeschlechtliche Ehen und eheähnliche Lebensgemeinschaften sind falsch.	40	41	30
Waffengesetze sollen gelockert werden.	30	22	16

Quelle: NSTP Zusammenfassung (Anm. 10), S. 7

ty-Anhängern besonders stark ausgeprägt: 96 Prozent von ihnen lehnen es ab, wie der Kongress arbeitet.¹⁶ Jeder zweite beschreibt seine Haltung gegenüber „Washington“ als wütend (*angry*).¹⁷ Diese ausufernde und zum Teil irrationale Wut ist ein zentrales Identitätsmerkmal der Bewegung. Die Unzufriedenheit manifestiert sich auch darin, dass 92 Prozent der Tea-Party-Anhänger der Ansicht sind, dass die USA den falschen Weg (*wrong track*) eingeschlagen haben.¹⁸

Im Vergleich mit den Republikanern zeigt sich, dass die Zustimmung zu bestimmten pointierten politischen Statements unter den Tea-Party-Anhängern zum Teil deutlich höher ist (*Tabelle*). Dies gilt unter anderem für die Einwanderungspolitik, die Wirtschafts- und auch die Klimapolitik. Politisch von verheerender Wirkung ist, dass eine Zweidrittelmehrheit der Tea-Party-Anhänger den Klimawandel vollkommen ignoriert. Auch bei den Fragen, ob Abtreibungen ermöglicht oder die Waffenkontrollgesetze gelockert werden sollen, zeigen sich Zustimmung Unterschiede zwischen Tea-Party-Anhängern und Republikanern, während gleichgeschlechtliche Ehen in beiden Gruppen ähnlich bewertet werden.

Bemerkenswert ist, dass sich die Wut – und vielfach auch der Hass – der Tea-Party-Anhänger auf Präsident Barack Obama konzentriert. Dies lässt sich nur bedingt dadurch erklären, dass er für die Verschuldung oder wirtschaftspolitische Interventionen verantwortlich gemacht wird. Denn es war schließlich sein Vorgänger George W. Bush, der mit

¹⁶ Vgl. NSTP (Anm. 10), S. 7.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 14.

¹⁸ Vgl. ebd., S. 4.

dem Afghanistan- und dem Irak-Krieg einen erheblichen Teil der Staatsverschuldung mitverursacht und mit dem Emergency Economic Stabilization Act ebenso das Finanzsystem unterstützt hat.¹⁹ Die Abneigung gegenüber Obama geht deutlich über Gründe hinaus, die mit makroökonomischen Strukturdaten zusammenhängen: 73 Prozent der Tea-Party-Anhänger sagen, dass Obama ihre Bedürfnisse und Probleme nicht verstehe, 75 Prozent sind sogar der Ansicht, dass er die Werte der meisten Amerikaner nicht teilen würde.²⁰ Die Tatsache, dass die Bewegung erst mit dem Amtsantritt des ersten schwarzen Präsidenten ins Leben gerufen wurde, zeigt, dass Obama eine Reizfigur für die Tea Party darstellt: Er symbolisiert ein Amerika, das die Anhänger ablehnen. Sie unterstellen ihm hartnäckig, dass er nicht christlich sei, sondern muslimischen Glaubens sei und bestreiten die Echtheit seiner amerikanischen Geburtsurkunde. Von prominenten Akteuren wie der Senatskandidatin Christine O'Donnell ist er gar schon als „anti-American“²¹ denunziert worden. Es ist zu vermuten, dass vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen und dem sinkenden Anteil der weißen (*non-hispanic*) Bevölkerung gerade die Wahl eines afroamerikanischen Präsidenten Furcht vor dem Verlust von Statusprivilegien ausgelöst hat.²² Es ist nicht nur die Furcht vor ökonomischem Abstieg, sondern vor dem Verlust von kultureller Suprematie, die den Kern der Bewegung

¹⁹ Vgl. Shaun Halper, Der wahre Gegner der Tea Party, 24.9.2010, online: www.zeit.de/politik/ausland/2010-09/teaparty-usa-republikaner (9.9.2011).

²⁰ Vgl. NSTP (Anm. 10), S. 23.

²¹ Zit. nach: Jennifer Steinhauer/Jim Rutenberg, Rebel Republican Marching On, With Baggage, in: The New York Times vom 16.9.2010, S. 1.

²² Vgl. Frank Rich, The Rage is Not About Health Care, in: The New York Times vom 28.3.2010, S. 10.

darstellt. Die Anhänger haben das Gefühl, dass Obama ihnen „ihr“ Amerika wegnimmt. Dass 92 Prozent der Tea-Party-Anhänger annehmen, dass Obamas Politik zum „Sozialismus“ führen wird,²³ drückt also zum einen sicherlich Bedenken hinsichtlich der staatlichen Sanierungspläne in der Wirtschaftskrise aus, zum anderen zeigt es, dass sie Obama als Fremdkörper begreifen und als gegensätzlich zu ihrer eigenen Identität empfinden.

In der Öffentlichkeit dominiert jedoch der wirtschaftspolitische Diskurs. Die Tea Party vertritt hier einen *limited-government*-Konservatismus, wobei die Glaubwürdigkeit dieser Position bisweilen angezweifelt wird. Laut NSTP bezieht fast jeder zweite Tea-Party-Anhänger (oder eine bei ihm im Haushalt lebende Person) Leistungen vom Staat. 62 Prozent von ihnen erachten diese Programme als wertvoll.²⁴ Unter denjenigen, die Leistungen bekommen, ist die Zustimmung noch deutlich höher (72 Prozent)²⁵ – dabei sind diese Programme auch Teil des *big government*, das von der Tea Party immerfort kritisiert wird.

Qualitative Erhebungen im Bundesstaat Massachusetts zeigen, dass die Tea-Party-Anhänger eine differenzierte Haltung gegenüber den bundesstaatlichen Programmen einnehmen, die keinesfalls so eindeutig sind, wie manch standardisierte Umfrage vermuten lässt. Die Anhänger stufen sich selbst als *worker*, als produktive Menschen ein, die sich gemäß ihrer eigenen Wahrnehmung die sozialstaatlichen Ansprüche durch lebenslanges Arbeiten verdient haben. Genau diesen Verdienst sprechen sie anderen Bevölkerungsgruppen ab – insbesondere Immigranten und auch Menschen jüngerer Bevölkerungskohorten, die aufgrund demografischer Veränderungen ethnisch unterschiedlicher sind.²⁶ Der Kampf gegen die Bundesprogramme gründet in der Befürchtung, diese Gruppen würden davon profitieren: Insbesondere die allgemeine Versicherungspflicht, die in Obamas Gesundheitsreform enthalten ist, hat die Furcht der Tea-Party-Anhänger geschürt, dass die Sozialprogramme, die bisher älteren Men-

schen vorbehalten waren, auf weitere Bevölkerungsschichten ausgeweitet würden.²⁷ Es passt durchaus ins Bild, dass die Tea-Party-Anhänger kritisieren, dass sich die gegenwärtige Administration zu sehr um die Belange der schwarzen Bevölkerung gekümmert habe.²⁸

Die Ergebnisse zeigen ein differenziertes Bild: Nicht alle Tea-Party-Sympathisanten sind ausschließlich als Anhänger einer orthodoxen Marktlehre einzustufen. Vielmehr vermengen sich wirtschaftspolitische Haltungen mit anderen Motiven – etwa der Aversion gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen, eines spezifischen Verständnisses des individuellen Verdienstes, das durch rassistisch unterlegte Stereotype beeinflusst wird, der Furcht vor einem kulturellen Wandel des Landes und der nostalgischen Verklärung des Amerikas des 18. Jahrhunderts. Aus dieser weltanschaulichen Melange erklärt sich die Abneigung gegenüber der Obama-Administration und der Ausweitung bundesstaatlicher Programme. Das Psychogramm der Tea-Party-Anhänger ist damit komplexer, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Organisationen wie FreedomWorks oder die Tea Party Patriots versuchen naturgemäß, ein vorteilhafteres Bild der Bewegung zu zeichnen und heben viel stärker auf die abstrakten Prinzipien der liberalen Marktwirtschaft und die vermeintlichen Intentionen der Gründerväter ab. Hinsichtlich der Vermarktung der Bewegung haben die Tea-Party-Anhänger damit eine geschickte Strategie gewählt.

Graswurzelbewegung oder top-down-Organisation?

Zur Frage, wie sich die Aktivisten der Tea Party vernetzen und ihrer politischen Bewegung damit Dynamik und Durchschlagskraft verleihen, ist zunächst festzustellen, dass sich ein Großteil der Tea-Party-Aktivitäten außerhalb der politischen Institutionen vollzieht und sich Interaktionen der Mitglieder kaum durch Rollenzuweisungen verstetigt haben, wie es für Parteien oder Verbände typisch wäre. Bei näherer Betrachtung ist zu erkennen, dass unter dem Label „Tea Party“

²³ Vgl. NSTP (Anm. 10), S. 24.

²⁴ Vgl. ebd., S. 26.

²⁵ Vgl. NSTP Zusammenfassung (Anm. 10), S. 9.

²⁶ Vgl. Vanessa Williamson/Theda Skocpol/John Coggin, *The Tea Party and the Remaking of Republican Conservatism*, in: *Perspectives on Politics*, 9 (2011) 1, S. 25–43, hier: S. 32 ff.

²⁷ Zur Konstruktion von *white citizenship* in den sozialstaatlichen Programmen vgl. Lisa Disch, *Tea Party Movement: The America „Precariat“?*, in: *Representation*, 47 (2011) 2, S. 123–135, hier: S. 129 ff.

²⁸ Vgl. NSTP (Anm. 10), S. 30.

ganz unterschiedliche Phänomene subsumiert werden:^{f29} Je nach Perspektive wird sie als basisdemokratische Graswurzelbewegung oder als *top-down*-Bewegung charakterisiert.

Viele Teilgruppen tragen zu Recht das Etikett eines *grassroots movement*, das heißt einer spontanen, in erster Linie von Privatpersonen getragenen Initiative „von unten“. Eine Untersuchung der „Washington Post“ ergab, dass 40 Prozent der 647 befragten lokalen Tea-Party-Gruppen mit keiner nationalen Organisation zusammenarbeiten und somit auch keine maßgebliche externe Unterstützung erfahren. Die nationale Gruppierung, die am ehesten für sich in Anspruch nehmen kann, eine Graswurzelbewegung zu sein und zugleich die meisten Mitglieder verzeichnet, sind die Tea Party Patriots. Sie haben sich 2009 gegründet und verfügen nach eigenen Angaben über mehr als 1000 lokale Gruppen, die primär ökonomische Ziele verfolgen.^{f30}

Wer den Zusammenhalt dieser oder ähnlicher Gruppen erklären möchte, kann die mediale Begleitung, die die Tea Party erfahren hat, nicht außer Acht lassen. So kommen dem rechtskonservativen Fox News Channel und dem zur Ikone avancierten Moderator Glenn Beck mehr als nur eine flankierende Rolle zu: 63 Prozent der Anhänger gaben an, dass sie sich in erster Linie über Fox News informieren.^{f31} Es liegt somit nahe, die Dynamik der Tea Party unter anderem auf ein relativ homogenes Medienrezeptionsverhalten ihrer Anhänger zurückzuführen. Fox News hat für eine konsonante Wahrnehmung der politischen Ereignisse und damit für den notwendigen ideologischen Kitt gesorgt. Die enorme Heterogenität der über das ganze Land verteilten Tea-Party-Gruppierungen konnte auf diese Weise überbrückt werden.

Gegner führen allerdings an, dass manche Gruppen in der Bewegung dem Bild der Graswurzelbewegung kaum entsprechen würden. Teile der Tea Party wurden und werden schließlich von Wirtschaftsunternehmen, politischen Organisationen und Parteien derart stark unterstützt, dass unklar ist, wie basisdemokratisch die Bewegung tatsächlich ist. Pro-

minent zeigen sich etwa bei der Organisation FreedomWorks, die vom ehemaligen *majority leader* im Repräsentantenhaus, Dick Armey, geleitet wird, Verknüpfungen zwischen der Tea Party und der Republikanischen Partei. Durch vielfältige organisatorische und finanzielle Hilfe vermochte es FreedomWorks, den Unmut der Bevölkerung in Proteste zu kanalisieren und diese zu verstetigen. So veranstaltete die Organisation unter anderem 2009 und 2010 zentrale Protestmärsche und bot in diesem Rahmen auch Workshops zu Themen wie Spendeneinwerbung und Mobilisierung an, an denen über 2000 lokale Aktivisten teilnahmen.^{f32} Die Tea-Party-Sympathisanten erfuhren auf diese Weise vielfältige Hilfe bei der Koordination und Artikulation ihrer Interessen. Ein anderes Beispiel stellt die vom Milliardär David Koch gegründete Organisation Americans for Prosperity dar, die schon 2009 sogenannte Tea Party Talking Points anbot, um eine effiziente Koordination zu ermöglichen, und die Bewegung auch finanziell maßgeblich unterstützt.^{f33} Es zeigt sich, dass die erhebliche Unzufriedenheit der Bürger teils in *bottom-up*-Initiativen artikuliert und teils durch die schon bestehenden Interessengruppen aufgenommen und in gut organisierte Proteste überführt wurde. Letzteres soll nicht als Makel der Tea Party verstanden werden, da es ein legitimes Anliegen von Interessengruppen ist, die Ansichten der Bürger zu formen und in den politischen Prozess einzuspeisen.

Die weitere Entwicklung der Tea Party ist schwer zu prognostizieren: Aufgrund des Selbstverständnisses als Bewegung ist nicht zu erwarten, dass sich die Aktivisten und Sympathisanten vollends in das Korsett einer straffen Organisation oder Partei drängen lassen. So wird auch die von der Abgeordneten Michele Bachmann im Kongress gegründete parlamentarische Vertretung der Bewegung (Tea Party Caucus) von den eigenen Anhängern durchaus kritisch bewertet, da sie als ein erneuter Versuch der Republikanischen Partei gedeutet wird, die Bewegung zu vereinnahmen. Einfluss wird die Tea Party weiterhin

^{f29} Vgl. L. Disch (Anm. 27), S. 127.

^{f30} Vgl. Angaben auf der Homepage der Organisation: www.teapartypatriots.org/AboutUs.aspx (15.3.2011).

^{f31} Vgl. NSTP (Anm. 10), S. 35.

^{f32} Vgl. Rebecca Sinderbrand, Freedomworks. Tea Party Patriots Head for the Hill, 3.9.2009, online: www.freedomworks.org/news/freedomworks-tea-party-patriots-head-for-the-hill (15.3.2011).

^{f33} Vgl. Jane Mayer, Covert Operations. The Billionaire Brothers Who are Waging a War Against Obama, in: *The New Yorker* vom 30.8.2010.

er dadurch behalten, dass sie politischen Druck auf die *Grand Old Party* ausübt.

Konflikt oder Kompromiss?

Innerhalb von nur zwei Jahren hat sich die Tea-Party-Bewegung in den USA etabliert. Die Ziele ihrer einzelnen Gruppierungen sind widersprüchlich und jenseits einer diffusen Unzufriedenheit mit der Politik nur schwerlich vereinbar. Es ist zwar zu bezweifeln, dass die Tea Party ihr zu den Wahlen 2010 erreichtes Mobilisierungsniveau dauerhaft halten können wird. Der Blick in die Vergangenheit zeigt aber – etwa zur American Liberty League in den 1930er, zur John Birch Society in den 1960/70er und Ross Perots Reform Party in den 1990er Jahren –, dass die Denkmuster der überzeugten Aktivisten auch bei einem Rückgang der Aufmerksamkeit für die Tea Party und ihre Abgeordneten im Kongress keinesfalls verschwinden werden.¹³⁴ Hinsichtlich ihrer parlamentarischen Vertreter ist zu erwarten, dass sie sich auch weiterhin nicht mit der Rolle als Wahlkampftruppe zufrieden geben, sondern an zentralen inhaltlichen und personellen Entscheidungen beteiligt werden wollen. Die Republikanische Parteiführung wird abwägen müssen, ob sie – mit dem Risiko, moderate und unabhängige Wähler bei den Präsidentschafts- und Kongresswahlen 2012 zu enttäuschen – den extremen Positionen der Tea Party nachgibt oder andernfalls bei einem Konfrontationskurs Gefahr läuft, dass die Bewegung massiv in die Nominierungsverfahren im Vorfeld der Wahlen eingreift.¹³⁵

Bemerkenswert ist, dass die Tea Party seit September 2011 von einer anderen Protestbewegung Konkurrenz bekommen hat: Unter dem unmissverständlichen Slogan „Occupy Wall Street“ demonstrieren vor allem junge Amerikaner gegen die wirtschaftlichen Machtstrukturen. Sie wollen – wie sie selbst sagen – eine echte Graswurzelbewegung sein und gleichzeitig ein Gegengewicht zur Tea Party bilden. Ob sie dabei ähnlichen Einfluss entwickeln können, bleibt abzuwarten.

¹³⁴ Vgl. V. Williamson/T. Skocpol/J. Coggin (Anm. 26), S. 36f.

¹³⁵ Vgl. Michael Kolkman, Die Wahlen zum US-Kongress am 2. November 2010: Herbe Niederlage der Demokraten, aber auch ein Sieg der Republikaner?, in: ZParl, 42 (2011) 2, S. 229–246, S. 243f.

Andreas Falke

Die große Ernüchterung: Zur Transformation der amerikanischen Weltmachtrolle

„I have often said to European friends: So, you didn't like a world of too much American power? See how you like a world of too little American power – because it is coming to a geopolitical theater near you.“¹

Präsident Obama ist 2009 mit dem Anspruch einer umfassenden Transformation der amerikanischen Politik angetreten. Dieser bezog sich zuallererst zwar auf die Innen- und Wirtschaftspolitik, aber auch in der Außenpolitik war das Ziel, ein Kontrastprogramm zu der Politik seines Vorgängers George W. Bush zu entwickeln, das heißt stärker auf

multilaterale Diplomatie, Einhaltung internationaler Normen und Konsultationen zu setzen. Hier war er nur partiell erfolgreich. Eine Weiterentwicklung internationaler multilateraler Regelsysteme und Institutionen ist trotz rhetorischer Bekenntnisse ausgeblieben. Die USA sind weder dem Internationalen Strafgerichtshof beigetreten noch haben sie das Kyoto-Protokoll unterstützt. Auch zum Abschluss der Doha-Runde der Welthandelsorganisation WTO tragen sie zu wenig bei. Die Vorstellungen liberaler amerikanischer Theoretiker über eine neue, posthegemoniale Weltordnung scheinen sich nicht verwirklichen zu lassen, und auch die Aussichten auf eine „neu verhandelte“ internationale Ordnung, in der die USA ihre Führungsposition durch Teilung von Führungsansprüchen und multilatera-

Andreas Falke

Dr. phil., geb. 1952; Professor für Auslandswissenschaften an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Findelgasse 7–9, 90402 Nürnberg.
andreas.falke@wiso.uni-erlangen.de

ler Entscheidungsgewalt behalten, sind gering, zumal die US-amerikanische Einstellung zur Aufgabe von Souveränität und zum Eingehen von Bindungen an multilaterale Regelsysteme traditionell höchst ambivalent ist.[¶] Die einzigartige Stellung, die das Land nach dem Ende des Kalten Krieges im internationalen System einnahm, ist nicht mehr gegeben. Der „unipolare Moment“ war ein kurzer, und die USA werden heute durch neue Mächte herausgefordert, insbesondere von China, das die USA als Ordnungsmacht wirtschaftlich wie sicherheitspolitisch aus Asien verdrängen will. Dabei ist unklar, wie weit die amerikanische Gegenmachtbildung gehen und ob man China in liberale, westliche Ordnungsvorstellungen einbinden kann. Schon in wenigen Jahren wird China die dominante Weltwirtschaftsmacht sein.[¶]

Schließlich wollte Obama das militärische Engagement im Irak beenden (der Abzug der US-Truppen soll Ende 2011 abgeschlossen sein), in Afghanistan dagegen die Truppen aufstocken, um die Taliban und al-Qaida zurückzudrängen, obgleich die Administration die Spannung zwischen *counterinsurgency* und *counterterrorism* nie zufriedenstellend auflösen konnte. Obama wies zwar die umfassende Definition eines *war on terror* zurück, doch die Sicherheitspolitik der USA kennzeichnet weiterhin eine aktive und invasive Terrorismusbekämpfung. Der Präsident hat zwar Korrekturen an Methoden der Terrorbekämpfung im Hinblick auf Folter, außerordentliche Auslieferungen und gerichtliche Überprüfungen von Inhaftierungen vorgenommen, gleichzeitig aber umstrittene Instrumente beibehalten. Die Praxis der unbegrenzten Inhaftierung ohne Prozess und der Militärtribunale gibt es nach wie vor, ebenso das Lager von Guantánamo. Entgegen offizieller Verlautbarungen sind die USA zu einem Abwägen zwischen nationaler Sicherheit und

¶ Thomas L. Friedman, *Superbroke, Superfrugal, Superpower?*, in: *The New York Times* vom 4. 9. 2010, online: www.nytimes.com/2010/09/05/opinion/05friedman.html (23. 11. 2011).

¶ Vgl. G. John Ikenberry, *Liberal Leviathan*, Princeton 2011, S. 279–332.

¶ Vgl. Aaron L. Friedberg, *A Contest for Supremacy. China, America, and the Struggle for Mastery in Asia*, New York 2011; Martin Jaques, *The Case for Countering China's Rise*, in: *The New York Times Book Review* vom 23. 9. 2011; G. J. Ikenberry (Anm. 2), S. 342–348.

freiheitlichen Werten gezwungen.[¶] Insgesamt bestehen erhebliche Kontinuitätslinien zu der Bush-Administration, obwohl sich Ton, Stil und ursprüngliche Motivation unterscheiden.

In diesem Beitrag argumentiere ich jedoch, dass die Transformation der amerikanischen Außenpolitik unter Obama nicht daran zu messen ist, inwieweit sich die Politik Obamas von der Vorgängeradministration unterscheidet, sondern daran, ob die USA weiterhin in der Lage sein werden, ihre Weltmachtrolle auf dem hergebrachten Niveau zu erhalten. Beide Administrationen haben auf eine expansive, interventionistische Rolle der USA gesetzt, ohne je kritisch zu hinterfragen, ob die ökonomische und politische Basis dafür gesichert ist. Die globale Finanzkrise und eine ausufernde Staatsverschuldung weisen jedoch darauf hin, dass diese Basis nicht mehr im gewohnten Ausmaße gegeben ist. In der öffentlichen Meinung machen sich bereits neo-isolationistische Tendenzen bemerkbar. Gleichwohl ist es voreilig, daraus auf eine neue Grunddeterminante der amerikanischen Außenpolitik zu schließen. Doch auch Experten fordern eine klare und genauer umrissene Definition amerikanischer Sicherheitsinteressen, die nicht ständig schwankt zwischen unpräzisen oder aufgebauchten Bedrohungsszenarien, dem missionarischen Hang zur demokratischen Transformation anderer Gesellschaften (*democracy creationism*) und dem Glauben, man sei in der Lage, die Probleme anderer Nationen durch humanitäre oder militärisch-interventionistische Instrumente zu lösen.[¶]

Die große Ernüchterung bezieht sich also nicht darauf, dass die Obama- der Bush-Administration ähnlich sei, sondern darauf, dass sich die Ansprüche auf eine globale Führungsrolle unter dramatisch veränderten Umständen nicht mehr so einfach einlösen lassen. Die aktuelle Regierung sprach in ihrer National Security Strategy von 2010 von „nationaler Erneuerung und globalem Führungsanspruch“, wobei erstere als die Vo-

¶ Vgl. Martha Crenshaw, *The Obama Administration and Counterterrorism*, in: James A. Thurber (ed.), *Obama in Office*, Boulder 2011, S. 243–253; Benjamin Wittes, *Detention and Denial*, Washington, DC 2011, S. 139–146.

¶ Vgl. Leslie H. Gelb, *Our Foreign Policy Blind Spots*, in: *Democracy*, (2011) 22, S. 19–22, online: www.democracyjournal.org/pdf/22/our_foreign_policy_blind_spots.pdf (23. 11. 2011).

raussetzung für die Durchsetzung des globalen Führungsanspruchs genannt wurde.¹⁶ Wie es aussieht, werden beim Führungsanspruch erhebliche Abstriche in Kauf genommen werden müssen. Es mag dann ausschließlich das Gebot Obamas gelten: „America, it is time to focus on nation-building here at home.“¹⁷

Schwindende ökonomische und fiskalische Basis

Die seit 2007 laufende Wirtschafts- und Finanzkrise hat das amerikanische Wirtschaftsmodell, das auf einer kreditgetriebenen Aufblähung des Immobilien- und Bausektors beruhte, nachhaltig geschwächt. Die Wirtschaft zeigt langfristige Stagnationserscheinungen, wobei der überschuldete Immobiliensektor die Achillesferse bleibt.¹⁸ Die sich über die vergangenen zehn Jahre hinziehenden kriegerischen Verwicklungen kosteten die USA durchschnittlich zwischen 150 und 200 Milliarden US-Dollar im Jahr und haben zusammen mit dem Kampf gegen den Terror zu einer Verdopplung des Verteidigungshaushaltes seit 2001 geführt. Die Kriege wurden auf Kredit finanziert, Steuererhöhungen beziehungsweise die Aussetzung von Steuersenkungen wurden nicht ins Auge gefasst. Allein die Kosten des Engagements im Irak werden von Experten auf drei Billionen Dollar geschätzt, was die Handlungsfähigkeit der USA dauerhaft einschränken werde.¹⁹

Unabhängig davon, wie realistisch diese Schätzungen sind, ist es eine Tatsache, dass die USA mit einer ernsthaften Haushalts- und Schuldenkrise konfrontiert sind. Die

Neuverschuldung wird 2011 mit 1,5 Billionen Dollar fast zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erreichen, und die Gesamtverschuldung wird von 40 Prozent des BIP vor der Krise auf über 70 Prozent steigen.¹⁰ Die auch von Obama lange vernachlässigte Staatsverschuldung ist somit zu einem der Hauptprobleme der USA geworden. Die von der Regierung einberufene Commission on Fiscal Responsibility zeichnete 2010 ein dramatisches Szenario: Die Ausgaben beliefen sich auf fast 24 Prozent des BIP, die Einnahmen dagegen nur auf 15 Prozent. Bei unverändertem Ausgabeverhalten und Fortschreibung des geltenden Steuerrechtes würden die Einnahmen 2025 gerade ausreichen, um die Gesundheits- und Rentenprogramme und den Schuldendienst abzudecken. Die Gesamtverschuldung würde größer sein als die amerikanische Volkswirtschaft und bis 2035 185 Prozent des BIP erreichen. Die zu erwartende Verschuldung bewege sich auf bislang unbekannt Dimensionen zu, was eine Schuldenkrise und den Verlust des Vertrauens der Finanzmärkte zur Folge haben könnte.¹¹

Eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung ist unumgänglich geworden. Die parteiübergreifende Kommission hielt eine Defizitreduzierung von vier Billionen US-Dollar für notwendig, die zu zwei Dritteln aus Ausgabenkürzungen und zu einem Drittel aus Einnahmeverbesserungen bestehen sollte. Zum Beitrag des Verteidigungshaushalts machte die Kommission nur vage Angaben. Die Kürzungsvorschläge betrafen vor allem die Gesundheits- und Sozialprogramme.¹² Obama ignorierte jedoch die Vorschläge und sah sich schließlich nach den Zwischenwahlen im November 2010 im Kongress mit einer republikanischen Mehrheit konfrontiert, welche die Haushaltskonsolidierung alleine durch Ausgabenkürzungen erreichen wollte. Damit wurde aber auch die Frage nach einer Kürzung des nationalen Sicherheitsetats aufgeworfen. Die von Erpressungsmanövern durch die Republikaner gekennzeichnete Auseinandersetzung um die

¹⁶ Vgl. Anne-Marie Slaughter, *Our Waning Confidence*, in: *Democracy*, (2011) 22, S. 30–33, online: www.democracyjournal.org/pdf/22/our_waning_confidence.pdf (23. 11. 2011).

¹⁷ Zit. nach: CNN, *Obama announces Afghanistan troop withdrawal plan*, 22. 6. 2011, online: <http://articles.cnn.com/2011-06-22/politics/afghanistan.troops.drawdown> (23. 11. 2011).

¹⁸ Vgl. Peter I. Crabbe/Michael Kuczynski, *Debt-for-lease swap could revive US housing market*, in: *Financial Times* vom 28. 9. 2011, S. 10.

¹⁹ Vgl. Linda J. Biles/Joseph E. Stiglitz, *The Iraq War Will Cost Us \$ 3 Trillion, and Much More*, in: *The Washington Post* vom 9. 3. 2008, online: www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2008/03/07/AR2008030702846.html (23. 11. 2011).

¹⁰ Vgl. Andreas Falke, *US-amerikanische Haushaltspolitik: Politik am Rande des Abgrundes?*, in: *Orientierungen*, (2011) 129, S. 32–38.

¹¹ Vgl. National Commission on Fiscal Responsibility and Reform, *The Moment of Truth*, Washington, DC Dezember 2010, S. 10f.

¹² Vgl. ebd., S. 21f.

Defizitreduzierung führten schließlich zu einem Kompromiss, dem zufolge die vereinbarten Reduzierungsziele – sollte in einem überparteilichen Sonderausschuss des Kongresses („Super-Komitee“) keine Einigung erreicht werden – bis 2021 durch automatische Kürzungen um 1,2 Billionen US-Dollar zu erreichen sind, die zu gleichen Teilen den Verteidigungshaushalt und innenpolitische Programme betreffen.¹³ Dieser Fall ist Ende November 2011 eingetreten: Der Ausschuss erklärte die Verhandlungen für gescheitert. Entscheidend und besonders verhängnisvoll ist hier nicht allein der Umfang der Kürzungen, sondern dass diese nun voraussichtlich mechanisch, ohne Diskussion strategischer Ziele vorgenommen werden. Schlimmstenfalls könnten die Kürzungen im nationalen Sicherheitsbereich nun eine Billion Dollar betragen, was die Möglichkeit militärischer Machtprojektion erheblich einschränken würde.

Die Diskussion darüber ist jedoch facettenreich. Der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses, Admiral Mike Mullen, bezeichnete die wachsende Neuverschuldung und das staatliche Verschuldungsniveau selbst als „die größte Sicherheitsbedrohung“.¹⁴ Da eine ausufernde nationale Verschuldung zu wirtschaftlichen Instabilitäten führen könnte, dient letztlich auch eine zielgerichtete Haushaltskonsolidierung der Aufrechterhaltung der Weltmachtrolle der USA. Die USA vereinigen immer noch fast die Hälfte aller globalen Militärausgaben auf sich (45 Prozent).¹⁵ Der verteidigungspolitische Experte der Brookings Institution, Michael O’Hanlon, hält eine Kürzung des Verteidigungsetats um zehn Prozent über einen Zeitraum von zehn Jahren für möglich, was im Einklang mit einer weniger ausgreifenden Außenpolitik (*less assertive foreign policy*) stünde. Allerdings verweisen konservative Sicherheitsexperten auf strategische Risiken, insbesondere im Hinblick auf mögliche Konfliktszenarien mit Nordkorea, Iran und insbesondere China, sollte es angesichts der chinesischen Aufrüstung

¹³ Vgl. A. Falke (Anm. 10), S. 36f.

¹⁴ Adm. Mike Mullen: ‚National Debt Is Our Biggest Security Threat‘, 26.10.2010, online: www.huffingtonpost.com/2010/06/24/adm-mike-mullen-national_n_624096.html (23.11.2011).

¹⁵ Vgl. Michael O’Hanlon, *Defense Budgets and American Power*, Washington, DC 2010, S. 3.

zu einer verstärkten Sicherheitskonkurrenz kommen.¹⁶

Die budgetäre Lage zeigt jetzt schon Auswirkungen auf die Strategiediskussion. So wird für eine Revitalisierung der Powell-Doktrin geworben, nach der die USA nur bei klarer strategischer Zielsetzung überwältigende militärische Macht einsetzen sollen, um ihre Ziele rasch zu erreichen. Auszuschließen wären budgetär belastende, langwierige militärische Unternehmungen mit diffusen Zielsetzungen.¹⁷ Insofern bieten die budgetären Restriktionen einen gewissen Schutz gegen ausufernde militärische Machtprojektion, vor allem gegen sogenannte Kriege nach Belieben (*wars of choice*). Die „frugale“ Supermacht wird weniger interventionsfreudig, allerdings auch weniger fehleranfällig sein, weil budgetäre Kontrollmechanismen greifen werden. Aber auch die Reichweite strategischer Entwürfe wird beschränkt sein.¹⁸ Nach diesen Ansätzen wäre die Aufrechterhaltung einer enger umschriebenen Weltmachtrolle möglich, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass die Anpassung rational erfolgt und nicht durch dysfunktionale Entscheidungsprozesse oder populistische Tendenzen untergraben wird. Dies ist aber nach den jüngsten Erfahrungen mit der Haushalts- und Fiskalpolitik und mit dem Aufstieg der Tea Party nicht ausgeschlossen.

Dysfunktionalität des politischen Systems

Die Auseinandersetzung um Haushaltskonsolidierung und die Anhebung der Verschuldungsobergrenze haben die ganze Dysfunktionalität der amerikanischen Politik offen gelegt, welche die Entscheidungsfindung selbst in Rou-

¹⁶ Vgl. *The Future of National Defense and the U.S. Military Ten Years After 9/11: Perspectives from Outside Experts*. Anhörung vor dem Armed Services Committee, 13.9.2011, online: http://armedservices.house.gov/index.cfm/hearings-display?ContentRecord_id=2a1516c6-c8b1-48a7-9717-6f1dcbc06eb4 (23.11.2011).

¹⁷ Vgl. M. O’Hanlon (Anm. 15), S. 22; Martin Indyk et al., *The Defense Budget and American Power*, 22.12.2010, online: www.brookings.edu/events/2010/1222_defense_budget.aspx (23.11.2011).

¹⁸ Vgl. Michael Mandelbaum, *The Frugal Superpower*, New York 2010, S. 1–7.

tinefragen lähmt.¹⁹ Dieser Zustand hat mit der asymmetrischen Polarisierung zwischen den Parteien zu tun, die auf den extremen Schwenk der Republikaner nach rechts zurückzuführen ist und starke Merkmale der Realitätsverweigerung in sich trägt. Diese zeigt sich besonders bei der dogmatischen Ablehnung jeglicher Steuererhöhungen zur Haushaltskonsolidierung (*tax pledge*). Selbst Kompromisse, die weitgehend den Vorstellungen der Republikaner entsprechen, scheiterten am radikalen Flügel. Doch ein System der ausgefeilten Gewaltenteilung funktioniert nur, wenn moderate Kräfte Brücken der Kooperation schaffen können. Dies ist aber bei dem gegenwärtigen Zustand der Republikaner äußerst fraglich.²⁰ Und es hat wenig Anschein, dass sich dies bis zu den Wahlen 2012 ändert. Die festgefahrenen Konfliktlinien haben sich auch im gescheiterten „Super-Komitee“ wiedergefunden, mit der Folge, dass bis auf weiteres keine Klarheit über den Umfang der für Außen- und Sicherheitspolitik zur Verfügung stehenden Ressourcen zu erwarten ist. Außerdem sind Präsident Obama und der Kongress durch die Auseinandersetzungen um die Fiskalpolitik beschädigt: Obama hat sich als erpressbar gezeigt, der Kongress hat sich in Grabenkämpfen verschlissen, wodurch das politische System insgesamt an Vertrauen verloren hat.²¹

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Dysfunktionalität und der Ansehensverlust des politischen Systems auf außenpolitische und strategische Fragen übergreifen. Diese Lähmung im politischen Entscheidungsprozess zu Zeiten einer ungelösten Wirtschafts- und Finanzkrise wirft die Frage nach der Führungsfähigkeit der USA auf. Der Zustand der USA wird von Rivalen und Partnern besonders in Asien beobachtet, tangiert sie doch die Einschätzung ihrer zukünftigen Weltmachtrolle.²² Ein System, das in essentiellen Fragen wie der Verschuldung und des Verteidigungshaushaltes keine klaren Entscheidungen tref-

fen kann, verliert an Glaubwürdigkeit. So schwindet nicht nur die ökonomische Basis für die Aufrechterhaltung der eigenen Weltmachtrolle, sondern auch das Ansehen.

Amerikanischer Neo-Isolationismus?

Anders als bei den Zwischenwahlen 2006 haben die aktuellen außenpolitischen Konflikte und die langfristigen strategischen Optionen bei den *midterm elections* 2010 keine Rolle gespielt. Schon dieser Befund verweist darauf, dass die Wählerschaft nach innen gekehrt und die Fortschreibung der amerikanischen Weltmachtrolle, zumindest in ihrer bisherigen Form, unsicher ist. Ob man derartige Tendenzen schon als Neo-Isolationismus bezeichnen sollte, sei dahin gestellt, sicherlich gibt es aber strukturelle Faktoren, die isolationistische Tendenzen begünstigen. Richard N. Haass vom Council on Foreign Relations hat eine zeitgemäße Definition des Neo-Isolationismus gegeben: „Isolationism is the willful turning away from the world even when a rigorous assessment of U.S. interests argues for acting“,²³ also die bewusste Abkehr von außenpolitischem Engagement, wenn die nationalen Interessen der USA aktive Beteiligung nahelegen.

Ein Symptom für neo-isolationistische Tendenzen ist die Entstehung der Tea Party, einer heterogenen Bewegung des rechten Anti-Establishment-Populismus. Während sich die bisherigen Themen der Tea Party auf Zurückdrängung des Staates in der Wirtschaft, Ausgabenkürzungen und Rückkehr zu einem Staats- und Verfassungsverständnis des 19. Jahrhunderts konzentrieren, ist ihre Positionierung hinsichtlich der amerikanischen Weltmachtrolle nicht klar. Eindeutig isolationistisch ist der libertäre Flügel, der vom republikanischen Abgeordneten Ron Paul repräsentiert wird. Hier wird jeglichem internationalem Engagement, vor allem der Rolle der USA als Weltpolizist, abgeschworen. Der andere, von Gouverneur Rick Perry und Michele Bachmann vertretene Flügel setzt auf eine robuste Reaktion auf den internationalen Terrorismus, verbunden mit einer vorbehaltlosen Unterstützung Israels im

¹⁹ Vgl. Toni Johnson, *Washington's Decision Deficit*, 30.9.2011, online: www.cfr.org/united-states/washingtons-decision-deficit/p26083 (23.11.2011).

²⁰ Vgl. Martin Indyk et al., *Has America's Political Dysfunction Undermined Its Position as the World's Remaining Superpower?*, 16.8.2011, online: www.brookings-tsinghua.cn/~media/Files/events/2011/0816_superpower/20110816_america_superpower.pdf (23.11.2011), S. 4.

²¹ Vgl. A. Falke (Anm. 10), S. 6.

²² Vgl. M. Indyk et al. (Anm. 20), S. 14.

²³ Richard N. Haass, *Bringing Our Foreign Policy Home*, in: *Time Magazin* vom 8.8.2011, online: www.cfr.org/us-strategy-and-politics/bringing-our-foreign-policy-home/p25514 (23.11.2011).

Nahostkonflikt, während nicht nur der laufende Abzug aus dem Irak befürwortet, sondern auch für einen raschen Abzug aus Afghanistan plädiert wird. Der Fokus auf Israel und die Abwehr terroristischer Bedrohung halten isolationistische Impulse ebenso in Schach wie die Perzeption des iranischen Atomprogramms als Risikofaktor. Was die beiden Flügel vereint, ist eine Ablehnung des liberalen Internationalismus, der Förderung multilateraler Institutionen und rechtlicher Verpflichtungen, sei es der Internationale Strafgerichtshof oder ein internationales Klimaschutzregime.

Nicht unerheblich ist zudem, dass sich der Anti-Elitismus der Tea-Party-Bewegung in einer Abneigung gegen Experten, geschultes und abwägendes Urteilsvermögen und informierte Expertise manifestiert und sich damit gegen alle Institutionen wendet, welche die internationale Verflechtung der USA organisieren, analysieren und befürworten. Zur Bewertung der außenpolitischen Rolle der USA genügt ihren Anhängern das eigene moralistische Werteraster und eine krude Risikoperzeption, aus der sich die notwendigen Aktionen und Reaktionen ergeben. Genaue Vorstellungen über die Komplexität internationaler Problemlagen, spezifischer kultureller, politischer und wirtschaftlicher Faktoren werden von Tea-Party-Exponenten nicht für nötig erachtet.²⁴ In dieser Abwendung von der Perzeption der komplexen Problemlagen des internationalen System liegt der Kern des Neo-Isolationismus, dessen konkrete Auswirkungen gegenwärtig noch nicht abzuschätzen sind.

Laut Anfang 2011 veröffentlichter Umfragen halten zwei Drittel der Amerikaner den Krieg in Afghanistan für nicht länger fähenswert.²⁵ Kann dies noch als Kriegsmüdigkeit interpretiert werden, lassen sich andere Ergebnisse deutlicher als Zeichen einer neo-isolationistischen Stimmung werten: 58 Prozent der Amerikaner glauben, dass sich die USA weniger um Probleme jenseits der Grenzen kümmern

²⁴ Vgl. Walter Russell Mead, *The Tea Party and American Foreign Policy*, in: *Foreign Affairs*, 90 (2011) 2, S. 28–44.

²⁵ Vgl. Nearly two-thirds of Americans say Afghan war isn't worth fighting, in: *The Washington Post* vom 15. 3. 2011, online: www.washingtonpost.com/world/poll-nearly-two-thirds-of-americans-say-afghan-war-isnt-worth-fighting/2011/03/14/ABRbeEW_story.html (23. 11. 2011).

sollten, 65 Prozent wollen Verpflichtungen im Ausland reduzieren. Besonders unpopulär ist Entwicklungshilfe, gegen die sich 72 Prozent aussprechen. Am stärksten ist die Veränderung bei Republikanern, die zu 58 Prozent für einen Rückzug aus Afghanistan plädieren (2009: 36 Prozent); 57 Prozent sprechen sich dafür aus, dass die USA in transatlantischen Fragen auf Distanz zu den Europäern gehen sollten; 51 Prozent halten asiatische Nationen für wichtiger. Allerdings wird China von zwei Dritteln der Republikaner als negativ gesehen, 72 Prozent nehmen China vor allem als ökonomische Bedrohung wahr. Die Basis der Republikanischen Partei vollzieht einen isolationistischen Schwenk, der sie sowohl von der Politik von George W. Bush wie der von Barack Obama absetzt. Traditionell stärkere neo-isolationistische Tendenzen zeigt die demokratische Kernwählerschaft. Sie unterstützt mit mehr als 70 Prozent eine Reduzierung militärischer Verpflichtungen und lehnt eine Außenpolitik auf der Basis von militärischer Stärke ab.²⁶

In einer interdependenten Welt ist ein konsequenter Neo-Isolationismus keine Option, und öffentliche Stimmungen übersetzen sich nicht automatisch in Politik, zumal das internationalistische Establishment in Wissenschaft, Wirtschaft und Medien an Ost- und Westküste immer noch stark ist. Doch die amerikanische Politik wird sich wachsenden neo-isolationistischen Stimmungen nicht einfach entziehen können. Die Strukturen und Ereignisse, die diese Stimmungen befördern – die Wirtschaftskrise und die Desillusionierung hinsichtlich militärischen Engagements –, werden weiterhin wirksam sein. Für die amerikanische Politik gilt es also, eine Strategie zu entwickeln, die diese Trends berücksichtigt.

Zukunft der amerikanischen Weltmachtrolle

Die Debatte über die Zukunft der amerikanischen Weltmachtrolle hat begonnen und wird von den drei hier genannten Faktoren geprägt

²⁶ Vgl. Bruce Stokes, *The US Public Wants Disengagement*, 14. 9. 2011, online: <http://yaleglobal.yale.edu/content/us-public-wants-disengagement> (23. 11. 2011); Pew Research Center, *Strong on Defense and Israel, Tough on China. The Tea Party and Foreign Policy*, 7. 10. 2011, online: www.people-press.org/2011/10/07/strong-on-defense-and-israel-tough-on-china (23. 11. 2011).

werden: der schwindenden ökonomischen Basis, der Dysfunktionalität des politischen Systems und den starken neo-isolationistischen Strömungen in der amerikanischen Bevölkerung. All diese Faktoren sprechen für eine reduzierte Weltmachtrolle, für eine Rücknahme von Verpflichtungen und für eine Konzentration auf klar umrissene strategische Optionen. Doch welche Optionen bieten sich an?²⁷ Demokratieförderung, humanitäre Interventionen oder die Bekämpfung des Terrorismus sind als Konzepte schwierig durchzuführen, teilweise sehr kostspielig oder wie der „Krieg gegen den Terror“ keine nachhaltige außenpolitische Strategie. Einem Ausbau liberaler multilateraler Regelsysteme – obwohl langfristig sicherlich wünschenswert, um die neuen Mächte wie China in Fragen der internationalen Klimaschutzpolitik, der Konkurrenz um Ressourcen oder des Schutzes geistigen Eigentums zu binden – fehlt gegenwärtig die Unterstützung aller relevanten Akteure. Dies spricht für eine Strategie der Wiedergewinnung innerer Stärke, also der Wiederherstellung humaner und physischer Infrastruktur und Ressourcen. Daraus leitet sich eine fiskalische Konsolidierungsstrategie ab, die sowohl die Ausgabendynamik begrenzt als auch Einnahmeverbesserungen und wichtige Investitionen in Bildung und Infrastruktur zulässt. Wenn die Wiedergewinnung innerer Stärke im Vordergrund steht, muss auch der explizit sicherheitspolitische Sektor einen Beitrag leisten. Außenpolitisch bedeutet eine derartige Strategie den Verzicht auf kostspielige internationale Interventionen, die den Test der Übereinstimmung mit vitalen nationalen Interessen nicht bestehen. Dies zeigt sich in der Hinwendung zu einer *counterterrorism*-Strategie im Afghanistan-Krieg sowie in der sehr viel sorgfältigeren Bewertung von Bedrohungsszenarien und Handlungsoptionen bezüglich des iranischen Atomprogramms.²⁸

Die große Ernüchterung besteht im Kern darin, dass die politische und wirtschaftliche Lage die USA dazu zwingt, eine Bestandsaufnahme amerikanischer Handlungsoptionen vorzunehmen. Damit steht die bisherige Annahme zur Disposition, man könne alles erreichen, ohne je eine Kostenrechnung aufzumachen. Auch ist nicht abzusehen, wie die Strategiedebatte für die „frugale Super-

macht“ ausgehen wird. Sie findet innerhalb der Zwänge eines dysfunktionalen politischen Systems statt, das leicht argumentativ wie reale Verwerfungen und Verzerrungen produziert. Auch wird die Debatte nicht linear oder konsistent sein. Die Tea Party mag augenblicklich isolationistische Signale senden, doch Meinungsumfragen zeigen, dass ihre Anhänger – wenn auch mit knappen Mehrheiten – auf Frieden durch militärische Stärke setzen und eine Reduzierung des Verteidigungshaushaltes ablehnen, was sie in diametralen Gegensatz zum demokratisch-liberalen Spektrum setzt.²⁹ Auch der bedingungslose Einsatz der Tea Party für Israel ist mit Isolationismus nicht vereinbar. Umgekehrt ist es durchaus möglich, dass eine auf automatische Kürzungen und Ausgewogenheit setzende Haushaltskonsolidierung das strategisch akzeptable Maximum an Kürzungen überschreitet und die militärischen Handlungsoptionen beschneidet.³⁰

Die Debatte um die Rolle der USA als Weltmacht steht noch am Anfang. Sie wird zudem über Stellvertreterdebatten geführt, etwa über den Umfang des Verteidigungshaushalts oder die Geschwindigkeit des Rückzugs aus Afghanistan. Die schrumpfende Ressourcenbasis muss nicht notwendig in einen Neo-Isolationismus münden. Zu rechnen ist vielmehr mit einer permanenten Auseinandersetzung zwischen jenen, die sich für die Fortsetzung des internationalen Engagements und die Aufrechterhaltung militärischer Kapazitäten aussprechen, und den Befürwortern einer verstärkten Binnenorientierung, die sich aber den ökonomischen und budgetären Zwängen sowie den nicht kontrollierbaren Tendenzen des polarisierten politischen Diskurses kaum werden entziehen können. Dass die Debatte unter solch widrigen Umständen geführt werden muss, ist die eigentliche Ernüchterung, gerade für die außenpolitische Elite in den USA. Sie könnte sich nur dann versachlichen, sollte sich das strategische Umfeld günstig gestalten. Doch dafür gibt es keine Garantie, wie die historischen Umwälzungen im Nahen Osten und die immer selbstbewusstere Artikulation hegemonialer Ansprüche Chinas in Ostasien zeigen.

²⁹ Vgl. Pew Research Center (Anm. 26).

³⁰ Vgl. James Blitz, *Nato's Libyan triumphs conceal deeper malaise*, in: *Financial Times* vom 3. 10. 2011.

²⁷ Vgl. dazu die Diskussion in R. N. Haass (Anm. 23).
²⁸ Ähnlich wie Haass argumentiert T. L. Friedman (Anm. 1).

Dennis Tänzler

Die USA im Klimawandel: Zwischen Führungsanspruch und Politikblockaden

Mit der Wahl Barack Obamas zum 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten im November 2008 gingen auch weitreichende klimapolitische Hoffnungen einher. Durch die Präsidentschaft des „Messias der Moderne“¹ sollten Fortschritte in der amerikanischen wie auch in der internationalen Klimapolitik herbeigeführt werden. Seit dem Ausstieg der USA aus dem Kyoto-Protokoll unter dem Präsidenten George W. Bush im Jahre 2001 gingen wesentliche klimapolitische Impulse von Pionieren auf Einzelstaatsebene oder in den Städten aus. Die internationalen Klimaverhandlungen warteten vergeblich auf ein Signal, welche alternativen Wege die USA beschreiten würden, um die notwendigen Minderungen beim Treibhausgasausstoß zu erreichen.

Dennis Tänzler

Dipl.-Pol., M.A., geb. 1973;
Leiter Klima- und Energiepolitik
bei Adelphi, Caspar-Theyssen-
Straße 14a, 14193 Berlin.
taenzler@adelphi.de

Die Anfänge von Obamas Präsidentschaft gestalteten sich vielversprechend: Die Konturen eines Programms wurden deutlich, um in den USA einen Pfad einzuschlagen, der zu einer Transformation der Energiesysteme und hin zu einer kohlenstoffarmen Gesellschaft führt. Gleichzeitig wurden Bemühungen sichtbar, das Land nach langjähriger Abstinenz wieder an den Tisch der Klimaverhandlungen zurückzuführen und dort eine konstruktive Rolle einzunehmen. Ein Jahr vor Ende der ersten Amtszeit Obamas klappt jedoch eine deutliche Kluft zwischen Anspruch und Realität. Und die Aussichten, dass sich dies in den kommenden Jahren ändern wird, sind nicht nur unter dem Gesichtspunkt einer möglichen Wahlniederlage des Amtsinhabers alles andere als rosig. Die klimapolitische Zwischenbilanz der Präsidentschaft Obamas zeigt, dass es einer Bündelung aller gesellschaftlichen Kräfte bedarf,

um in der politischen Konfliktlandschaft der USA nach 2012 Veränderungen herbeiführen zu können.

Neuer Führungsanspruch

Präsident Obama kündigte zu Beginn seiner Präsidentschaft an, bei der Bekämpfung des Klimawandels eine Führungsrolle übernehmen zu wollen. Der Aufbau eines auf der Nutzung sauberer Energien basierenden Wirtschaftssystems sei Merkmal internationaler Führerschaft. Er unterstütze eine umfassende Klimagesetzgebung und setze auf die amerikanische Innovationskraft, welche die USA im friedlichen Wettstreit um die Energien der Zukunft weltweit wirtschaftlich wieder an die Spitze bringen könne – eine Position, die insbesondere von China streitig gemacht werde. Die Wichtigkeit einer stärkeren Unabhängigkeit von fossilen Energieimporten zusammen mit den Chancen durch saubere Technologie auch Arbeitsplätze zu schaffen, bildeten zunächst das Leitbild einer Reihe von Reden des Präsidenten.²

Dieser Ansatz wurde auch institutionell durch die Auswahl des politischen Personals flankiert. Mit dem Physik-Nobelpreisträger Stephen Chu im Energieministerium zog ein Befürworter von alternativen Energien in das Ressort ein. Bemerkenswert auch die Auswahl des klimapolitischen Stabs der Administration: Der Klimabeauftragte der Außenministerin, Todd Stern, war bereits führend an der Aushandlung des Kyoto-Protokolls beteiligt, und der stellvertretende Chefunterhändler Jonathan Pershing hat sich vorher beim World Resources Institute einschlägig mit klima- und energiepolitischen Fragen befasst.

Der Führungsanspruch des Präsidenten wurde schließlich durch eine Reihe politischer Initiativen untermauert.³ So verschärfte Obama die Vorgaben für Abgasnormen und gestattete ambitionierte Ausnahmen in einzelnen Bundesstaaten wie Kalifornien. Im Rahmen

¹ Thomas Kleine-Brockhoff, Ein ganz normaler Präsident, in: APuZ, (2010) 4, S. 3–6.

² Vgl. u. a. Remarks by the President at United Nations Secretary General Ban Ki-Moon's Climate Change Summit, New York, 22. 9. 2009.

³ Für eine Übersicht vgl. World Resources Institute, WRI Fact Sheet. U.S. Climate Action in 2009–2010, Washington, DC 2010.

des amerikanischen Konjunkturpakets erhöhte er massiv die Forschungsförderung für erneuerbare Energien sowie zur Erneuerung der maroden Stromnetze und bewilligte Unternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien Steuervergünstigungen.¹⁴ Gleichzeitig wurden durch die starke Kopplung mit Fragen der Energiesicherheit respektive -unabhängigkeit jedoch auch andere Akzente gesetzt als etwa in der deutschen Klima- und Energiepolitik. So stellte Obama staatliche Beihilfen für den Bau neuer Atomkraftwerke in Aussicht. Der am 3. Februar 2010 veröffentlichte Energieplan des Präsidenten sieht zudem vor allem die Förderung von Ethanol sowie sogenannte *clean-coal*-Technologien vor.

Fossile Abhängigkeiten

Der klima- und energiepolitische Ansatz der Regierung Obama ist, wie die seiner Vorgänger auch, maßgeblich von den fossilen Ausgangsbedingungen der Energienutzung geprägt.¹⁵ Die USA verfügen über die weltweit größten Kohlereserven, welche auch maßgeblich für die Stromerzeugung genutzt werden. Der gesamte Energieverbrauch des Landes stützt sich zu etwa 85 Prozent auf die Nutzung fossiler Energieträger, wobei Kohle mehr als ein Viertel beiträgt. Entsprechend zeichnet die Kohlenutzung auch für mehr als 80 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich.¹⁶ Mit einem Anteil von etwa einem Fünftel der globalen Emissionen sind die USA zweitgrößter Emittent knapp hinter China, dessen Bevölkerung aber mehr als viermal so groß ist.

Es fällt offenkundig schwer, sich von dieser kohlenstofflastigen Ausgangsbasis weg zu bewegen, auch wenn Obama bereits im Wahlkampf angekündigt hatte, bis 2025 ein Viertel des Strombedarfs über erneuerbare Energien abdecken zu wollen. Zusätzlich soll die Abhängigkeit von Erdölimporten durch den Ausbau von heimischen Biokraftstoffen gemindert werden. Um die Herausforderungen der Ener-

giesicherheit anzugehen, setzt die US-Regierung auf einen Ansatz, der im Wesentlichen die Energiequellen diversifiziert und hierbei auch klimaschädliche wie riskante Optionen weiter verfolgt. Weder das Erdöl-Desaster im Golf von Mexiko 2009 hat hier zu einem Umsteuern geführt noch die Fukushima-Katastrophe 2011. Die von Obama für die internationalen Klimaverhandlungen angekündigte Emissionsreduzierung in den USA um 17 Prozent zwischen 2005 bis 2020 fällt deutlich hinter den internationalen Erwartungen zurück, da er auf das Basisjahr der internationalen Klimaverhandlungen bezogen (1990) nicht einmal an die 1997 vereinbarte Minderungsverpflichtung unter dem Kyoto-Protokoll heranreicht.

Dass die amerikanische Energiebehörde für das Jahr 2009 dennoch eine Minderung der Treibhausgasemissionen von etwa sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr berichten kann, ist wesentlich auf die vermehrte Nutzung von Erdgas zurückzuführen, das aufgrund der verstärkten Schiefergasgewinnung den Preiskampf mit der Kohle aufnehmen kann. Das unter Einsatz von enormen Wasser- und Chemikalienmengen aus dem Erdinneren geförderte Schiefergas hat die USA in kurzer Zeit zum weltweit größten Gasproduzenten gemacht. Ein energiepolitisches Umdenken unter klimapolitischen Gesichtspunkten wird aber nicht nur durch diese neue Option bei den verfügbaren Energiequellen gebremst, sondern viel stärker noch durch die parteipolitische Frontstellung im US-Kongress.

Energieblockaden im Kongress

Noch im 110. Kongress (2007–2009) sah es durch die demokratische Mehrheit in beiden Kammern so aus, als ob nach jahrelanger gesetzgeberischer Zurückhaltung in Washington eine neue Dynamik entstehen könnte, die unter der Führung von Obama einen umfassenden klimapolitischen Ansatz ermöglicht.¹⁷ Auch hieraus mag sich die Zuversicht des Präsidenten auf die Einlösung des eigenen gestalterischen Anspruchs in diesem Politikfeld abgeleitet haben. Doch spätestens im Sommer 2010, unmittelbar vor den Zwischenwahlen zum 112. Kongress, wurde das Scheitern der

¹⁷ Vgl. Guri Bang, *Energy Security and climate change concerns. Triggers for energy policy change in the United States?*, in: *Energy Policy*, (2010) 38, S. 1645–1653.

¹⁴ Für die Bestimmungen des American Recovery and Reinvestment Act von 2009 vgl. online: http://frwebgate.access.gpo.gov/cgi-bin/getdoc.cgi?dbname=111_cong_bills&docid=f:h1tenr.pdf (1.12.2011).

¹⁵ Vgl. Stephan Liedtke, *Amerikas Energiepolitik im Wandel*, Bonn 2011.

¹⁶ Vgl. U.S. Environmental Protection Agency, *Inventory of U.S. Greenhouse Gas Emissions and Sinks: 1990–2009*, April 2011.

angestrebten umfassenden Klima- und Energiegesetzgebung besiegt, da es in den beiden Kongresskammern zu keinem Kompromiss über die vorliegenden Gesetzesentwürfe gekommen ist. Als Kernstück dieses Pakets sahen die von den Demokraten eingebrachten Entwürfe einen nationalen Emissionshandel vor. Bereits während der Bush-Präsidentschaft hatten sich selbst prominente Republikaner wie der spätere Präsidentschaftskandidat John McCain für die Nutzung dieses in den USA schon zur Verbesserung der Luftqualität erprobten Instruments eingesetzt.

Doch die Stimmung kippte zu Beginn der Obama-Präsidentschaft. Bei der Republikanischen Partei baute sich vehementer Widerstand gegen die Einführung eines Emissionshandelsystems auf. Wesentlich von Vertretern der zunehmend an Einfluss gewinnenden Tea Party befördert, kehrten schon längst überwunden geglaubte Zweifel an der Existenz des Klimawandels in die innenpolitische Debatte zurück. Auch einige demokratische Parteigänger Obamas, die angesichts der Wirtschaftskrise, hoher Arbeitslosigkeit und steigender Energiepreise nicht zuletzt um ihre Wiederwahl fürchteten, schlossen sich dieser Opposition an.

Im Repräsentantenhaus fand der Entwurf eines American Clean Energy and Security Act der demokratischen Abgeordneten Henry Waxman und Edward Markey im Juni 2009 noch eine knappe Mehrheit. Der Entwurf sah vor, gegenüber 2005 den Treibhausgasausstoß bis 2020 um 17 Prozent, bis 2030 um 42 Prozent und bis 2050 um 83 Prozent zu mindern.⁸ Bis zum Sommer 2010 versuchte der Senat eine Mehrheit für die Klimaschutzgesetzgebung zu finden, zuletzt mit dem durch die Senatoren John Kerry (Demokraten) und Joe Lieberman (unabhängig) eingebrachten American Power Act. Dieser nach monatelangen Konsultationen vorgelegte Kompromissentwurf, der durch erhebliche Konzessionen an die von Kohle, Schwerindustrie und Landwirtschaft geprägten Bundesstaaten doch noch die notwendige Zustimmung für ein umfassendes Gesetzespaket erreichen sollte, wurde jedoch abgelehnt. Das Scheitern dieser Gesetzesinitiativen vor den *midterm elections* im Herbst 2010 markierte den Wendepunkt auch für den klimapolitischen Führungsanspruch des Präsidenten,

umso mehr, als sich die Republikanische Partei durch ihren deutlichen Machtzuwachs bei den Zwischenwahlen in ihrem Blockadekurs von Seiten der Wähler bestätigt fühlen durfte.

Während sich die Bewerber um die republikanische Präsidentschaftskandidatur, die eine aktive Klimapolitik ablehnen, gegenwärtig warmlaufen, muss Obama selbst bei der demokratischen Wählerschaft um den notwendigen Rückhalt bangen. Dies zeigt sich unter anderem an dem heftigen Widerstand von Umweltgruppen gegen das geplante Projekt der Erdölpipeline „Keystone XL“, die durch sechs Bundesstaaten hindurch Rohöl aus den enormen Ölsandvorkommen in Kanada in den Süden der USA transportieren soll. Das Projekt wurde mittlerweile zurückgestellt.

Gebremstes internationales Klimaschutzengagement

Ohne die notwendige innenpolitische Rückenbedeckung hat es die Obama-Administration in den internationalen Klimaschutzverhandlungen nicht geschafft, die erhofften Akzente zu setzen und den Weg für ein umfassendes Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls zu ebnen. Hierfür hätten die USA auf den Verpflichtungspfad zurückkehren müssen, um die großen Schwellenländer wie China und Indien zu vergleichbaren Schritten zu ermutigen. Ohne das angestrebte nationale Klimaschutzprogramm, welches entsprechende Minde-rungsverpflichtungen zunächst national etabliert, fehlt dem amerikanischen Präsidenten ein hinreichendes innenpolitisches Mandat.⁹ Die resultierende Machtlosigkeit verdeutlichten eindrücklich die Bilder der gescheiterten Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009. Auch wenn die internationalen Verhandlungen seitdem wieder an Dynamik gewonnen haben (wie jüngst in Durban), so sind Fortschritte doch nur in Teilbereichen zu erwarten, etwa in Bezug auf die Regelungen zur Kontrolle von Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern, welche die USA im Copen-hagen Accord gegenüber China durchsetzen konnten.

Darüber hinaus versucht die US-Regierung der internationalen Klima- und Energiepo-

⁸ Die Gesetzesvorlage ist online unter: www.opencongress.org/bill/111-h2454/actions_votes (1.12.2011).

⁹ Vgl. Nigel Purvis, *Weathering the Transatlantic Climate Policy Recession*, Washington, DC 2011.

litik auf anderen Wegen neuen Schwung zu verleihen. In gewisser Kontinuität zu seinem Vorgänger hat Obama mit dem Major Economies Forum (MEF) eine Komplementärplattform zu den internationalen Klimaverhandlungen etabliert.¹⁰ In diesem regelmäßig tagenden Forum sollen die 16 größten Volkswirtschaften einzelne Verhandlungspunkte der internationalen Klimaschutzagenda vorab eruieren. Dies gilt für Fragen wie die Messung, Berichterstattung und Überprüfung von Minderungsanstrengungen (*Measurement, Reporting, Verification*, MRV).

Aus diesem Prozess heraus ist ein zusätzliches Format namens Clean Energy Ministerial (CEM) entstanden, in dem wiederum eine begrenzte Zahl von Regierungen die Partnerschaft für verschiedene Technologiepfade übernimmt und Technologieaktionspläne umsetzt.¹¹ Während sich die USA der weltweiten Verbesserung der Energieeffizienz widmen, ist die Deutsche Bundesregierung zusammen mit weiteren Partnerregierungen im Bereich Solar- und Windenergie tätig. Diese Ansätze in ihrem Zusammenspiel veranschaulichen recht gut die Konturen einer amerikanischen Klimaaußenpolitik: Die USA und ihre Partner definieren jeweils selbstbestimmt den Fokus und das Ausmaß ihres Engagements für mehr Klimaschutz und Energiesicherheit. Dieses geschieht zudem wesentlich in Abstimmung mit den übrigen Hauptverursachern des globalen Treibhausgasausstoßes, um den Kooperationskreis überschaubar sowie – im Sinne der erhofften Minderungswirkung – relevant zu halten.

Angesichts alarmierender Berichte über zum Teil bereits sichtbare Klimaveränderungen reicht dieses begrenzte Engagement indes kaum aus, um verlässliche Leitplanken für den notwendigen globalen Klimaschutz zu etablieren. Die Hoffnungen ruhen daher auf gesellschaftlichen Kräften innerhalb der USA, die zusammen mit den Klimaschutzbefürwortern in Washington eine neue Allianz bilden können. Oftmals finden sich solche Kräfte fernab der politischen Elite in Washington.

¹⁰ Vgl. online: www.majoreconomiesforum.org (1. 12. 2011).

¹¹ Vgl. online: www.cleanenergyministerial.org (1. 12. 2011).

Das föderale System der USA gibt den Einzelstaaten vielfach den regulatorischen Raum, um in einzelnen Politikfeldern durch Standardsetzung und politische Innovationen ambitionierte Steuerungsansätze zu gestalten. Als Folge entsteht somit eine Politik unterschiedlicher Geschwindigkeiten in verschiedenen Regionen des Landes. Ähnliches gilt auch für die Rolle von Städten und Gemeinden. In der Klima- und Energiepolitik hat sich auf diese Weise in den vergangenen Jahren mitunter eine Dynamik entwickelt, die zumindest zum Teil die ausbleibenden Aktivitäten zur Etablierung eines umfassenden klima- und energiepolitischen Rahmens kompensieren konnte. Mittlerweile existieren in über 40 Staaten Zielsetzungen für den Ausbau erneuerbarer Energien, in 30 Staaten wurden Klimaschutzpläne verabschiedet.¹² Zudem haben sich an der West- wie an der Ostküste Verbände aus Einzelstaaten und kanadischen Provinzen gebildet, um regionale Emissionshandelssysteme einzurichten. Was an der Ostküste mit der Regional Greenhouse Gas Initiative (RGGI) seit 2009 mit bislang begrenztem Erfolg Realität ist, sollte im Westen des Landes unter Führung Kaliforniens ursprünglich mit dem Jahr 2012 beginnen.

Mittlerweile zeigen sich aber auch die Grenzen solcher *bottom-up*-Klimapolitik. Von der ursprünglich sechs US-Staaten umfassenden Western Climate Initiative ist im November 2011 nur noch Kalifornien übriggeblieben, der dortige Beginn des Handelssystems zudem auf 2013 vertagt. In den restlichen Staaten haben sich vorerst die Klimaschutzgegner durchgesetzt, die Ängste vor den Kosten durch die Etablierung dieses Instruments geschürt haben. Berechnungen aus dem Jahr 2010 zeigen auch, dass die Wirkungen einzelner Klimaschutzpläne auf bundesstaatlicher Ebene zusammen mit den angekündigten Maßnahmen auf Bundesebene nicht ausreichen, um das von Obama ausgewiesene Emissionsminderungsziel für 2020 zu erreichen.¹³ Einzelstaaten, Städte und

¹² Für eine Übersicht vgl. Database of State Incentives for Renewables & Efficiency (DSIRE), online: www.dsireusa.org; Center for Climate and Energy Solutions (C2ES), Climate Actions. State & Regions, online: www.pewclimate.org (1. 12. 2011).

¹³ Vgl. Nicholas M. Bianco/Franz T. Litz, Reducing Greenhouse Gas Emissions in the United States, Washington, DC 2010.

Kommunen sind demnach auf die Bildung einer kritischen Masse zusätzlicher Partner angewiesen.

Hoffnung auf neue Allianzen

Mögliche Partner in einer solchen Allianz sind bereits verschiedentlich identifiziert worden:¹⁴ Neben Umweltgruppen und Unternehmen könnten dies außerdem Vertreter von Glaubensgemeinschaften, Interessenvertretungen aus der Landwirtschaft, die sich durch den Ausbau erneuerbarer Energien wirtschaftliche Chancen ausrechnen, bis hin zu Vertretern aus dem verteidigungspolitischen Spektrum sein. Letztere haben bereits wiederholt ein stärkeres amerikanisches Engagement für eine proaktive Klimaschutzpolitik und den Ausbau alternativer Energien gefordert, sehen sie doch zunehmende Sicherheitsrisiken durch bereits nicht mehr zu vermeidende Klimaveränderungen.¹⁵

Auch international bestehen Ansatzpunkte, entsprechende Allianzen im inneramerikanischen Diskurs zu stärken: Noch zu Zeiten der Präsidentschaft von George W. Bush ist von der Bundesregierung mit der „Transatlantischen Klimabrücke“ auf die schwierige Ausgangslage in den USA reagiert worden. Diese Initiative soll dazu beitragen, das Verständnis gemeinsamer Lösungsansätze für Klimaschutz und Energiesicherheit zu stärken und hierfür unterschiedliche Akteure auf substaatlicher Ebene, aus der Zivilgesellschaft oder der Wirtschaft einzubinden.¹⁶ Dieses transatlantische Gesprächsangebot wird jedoch mittelfristig nur dann eine Wirkung entfalten können, wenn es von Seiten der Obama-Administration erwidert und zusammen mit gesellschaftlichen Allianzen die Frage von Klimaschutz und nachhaltiger Energieversorgung ins Zentrum der politischen Debatten geführt wird.

¹⁴ Vgl. Dennis Tänzler/Alexander Carius, Perspektiven einer transatlantischen Klimapolitik, in: APuZ, (2003) 27, S. 12–17; Heinrich Boell Foundation, Sharing Solutions. Transatlantic Cooperation for a Low-Carbon Economy, online: www.boell.org/web/index-825.html (1.12.2011).

¹⁵ Vgl. Steven Anderson et al., Why we must support clean energy in U.S.: our national security, Special to The Tampa Tribune, 9.10.2011.

¹⁶ Vgl. online: www.transatlantic-climate-bridge.org (1.12.2011).

Daniel W. Drezner, Professor für Internationale Politik und Mitglied im Council on Foreign Relations, fragte in einem Beitrag für „Foreign Affairs“ im Sommer 2011, ob Obamas Politik einer *Grand Strategy* folge.¹⁷ Ein Teil der Antwort ist, dass Barack Obama es bislang versäumt hat, seine außenpolitische Rhetorik der zunehmenden Komplexität des globalen Systems anzupassen. So konnte er innenpolitisch noch nicht vermitteln, warum China als großer weltpolitischer Konkurrent zugleich Partner sein kann, etwa im Kampf gegen den Klimawandel. Indem die Investitionen in die aus vielerlei Hinsicht notwendige Transformation der Energiesysteme mit der drohenden Macht Chinas begründet und hier der Vergleich mit dem Sputnik-Schock von 1957 bemüht wird,¹⁸ befördert Obama innerhalb Amerikas eher einen Angstdiskurs, als dass er eine systematische Debatte über die Vorzüge eines klimapolitisch nachhaltigen Wirtschaftssystems befördert. So berechtigt Warnungen seitens des US-Außenministeriums vor zukünftigen Wasserkonflikten und Nahrungsmittelkrisen angesichts des nahezu ungebremsten Klimawandels auch sein mögen: Sie erweisen sich als wenig handlungsleitend, wenn es darum geht, innenpolitisch eine Diskussion über die positiven sozialen und wirtschaftlichen Wirkungen einer klimaschonenden Wirtschaftsweise anzuführen.

Das heißt nicht, dass die Potenziale technologischer Innovationen auf der politischen Landkarte der Obama-Regierung fehlen würden. Vielmehr ist es ihr bislang nicht gelungen, diese im Rahmen einer gesellschaftlichen Großallianz gegen die sich innenpolitisch zunehmend polarisierende Stimmung gegen jegliche Form von Klimapolitik wirkungsmächtig in Stellung zu bringen. Die verbleibenden elf Monate bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen werden kaum von weiteren klimapolitischen Initiativen im Kongress bestimmt sein. Der ohnedies zu erwartende konfliktreiche Wahlkampf bietet jedoch die Möglichkeit, dem Wahlvolk das eigene klima- und energiepolitische Konzept – auch als Mittel gegen die Wirtschaftskrise – zu erklären und somit ein Leitbild für eine mögliche zweite Amtszeit zu entwerfen.

¹⁷ Vgl. Daniel W. Drezner, Does Obama Have a Grand Strategy?, in: Foreign Affairs, (2011) 4, S. 57–68.

¹⁸ Vgl. Remarks by the President in State of Union Address 2011, Washington, DC 25.1.2011.

Nicole Renvert

Von Soft Power zu Smart Power: Zur Rolle der Mittler in den transatlantischen Beziehungen

Die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA werden oft durch das Prisma der jeweiligen Regierungen wahrgenommen und der aktuelle

Nicole Renvert

Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP); forscht zur Rolle transnationaler Akteure an der NRW School of Governance der Universität Duisburg-Essen und der Georgetown University, Washington, DC; SWP, Ludwigkirchplatz 3–4, 10719 Berlin. nicole.renvert@swp-berlin.org

Zustand des transatlantischen Verhältnisses daran gemessen. Bekannt sind die engen Bindungen zwischen John F. Kennedy und Willy Brandt, der seinen Wahlkampf 1961 als „deutscher Kennedy“ bestritt, die Animositäten zwischen Helmut Schmidt

und Jimmy Carter in den 1970er Jahren, das freundschaftliche Verhältnis von Helmut Kohl und George Bush Senior vor dem Hintergrund der deutschen Wiedervereinigung, aber auch die offene Auseinandersetzung anlässlich der US-Intervention im Irak 2003 zwischen Gerhard Schröder und George W. Bush.¹

Bei dieser personalisierten und auf die Regierungsvertreter konzentrierten Sichtweise der transatlantischen Beziehungen wird zuweilen unterschätzt, dass das Verhältnis auch von zahlreichen anderen Akteuren mit geprägt wird. Dabei ist nicht allein deren große Anzahl und die Vielfältigkeit der bestehenden Projekte beeindruckend, sondern die Rolle, die sie in Zeiten von politischen Spannungen spielen. Besonderes Merkmal dieser Akteure ist ihre „weiche Macht“ beziehungsweise *soft power*. Diese zeigt sich in der Fähigkeit, bestimmte Positionen zu beeinflussen und Bindungen zu schaffen, nicht etwa aufgrund wirtschaftlicher Anreize oder militärischer Drohungen, sondern durch die Anziehungskraft der Werte, für die diese Akteure stehen. Laut Joseph Nye ist die Beherrschung dieser

soft power Garant dafür, sich in einer veränderten Weltlage erfolgreich zu behaupten.² Am Beispiel ausgewählter Mittlerorganisationen, der Sonderbeauftragten für deutsch-amerikanische Beziehungen und der deutschen politischen Stiftungen soll in diesem Beitrag gezeigt werden, welches Potenzial diese Akteure in der Mitgestaltung der transatlantischen Beziehungen haben.

Das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland ist eine von Interessen geleitete Beziehung. Deutlicher als in den Nachkriegsjahren geht es um die Wahrung von eigenen Identitäten und Befindlichkeiten, aber auch um die Erhaltung einer Basis zur Kooperation und Kommunikation. Es ist eine an den Glauben an gemeinsame Werte gefestigte Bindung, die aber immer wieder die Unterstützung durch vertrauensbildende Maßnahmen, persönliche und institutionelle Bindungen und gemeinsame Projekte braucht. Dabei nehmen die Mittlerorganisationen sowie andere in der transatlantischen Zusammenarbeit engagierte Akteure eine besondere Rolle ein. Sie erfüllen unterschiedliche Aufgaben mit jeweils verschiedenen Methoden und sind in den USA und in Deutschland in unterschiedliche kulturpolitische Konzepte eingebettet. Ihnen ist gemein, dass sie durch ihre Brückenfunktion jenseits des politischen Tagesgeschehens und unabhängig von der Regierungsebene den transatlantischen Dialog kontinuierlich beleben.

Die „Mittler“ lassen sich in zwei Kategorien einteilen: Zum einen in kulturpolitische *Mittlerorganisationen* des Auswärtigen Amtes (AA) sowie nichtstaatliche Akteure, die transatlantische Projekte und Initiativen fördern; zum anderen in *Vermittler* wie die deutschen politischen Stiftungen oder die Sonderbeauftragten für transatlantische Beziehungen.

Mittlerorganisationen und auswärtige Kulturpolitik

Bei den kulturpolitischen Mittlerorganisationen des AA handelt es sich um das Goethe-Institut, den Deutschen Akademischen

¹ Vgl. Hans Peter Schwarz, Die deutsche Außenpolitik nach dem Irakkrieg, in: Politische Studien, 55 (2003) 393, S. 78–91.

² Vgl. Joseph S. Nye, *Soft Power: The means to success in world politics*, New York 2004.

Austauschdienst (DAAD), das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa), die Europäische Bewegung sowie die Alexander-von-Humboldt-Stiftung (AvH). Sie werden zum größten Teil staatlich finanziert und orientieren sich an den Zielen der deutschen auswärtigen Kulturpolitik als Teil der deutschen Außenpolitik. Nach der Wiedervereinigung 1990 wurde als Rahmen für ihre Tätigkeit ein gesamtdeutsches Konzept zur auswärtigen Kulturpolitik erstellt, die „Konzeption 2000“,^f die auch Maßnahmen zur Konfliktprävention und Friedenssicherung enthält.^f Das Ziel ist, „über offizielle Positionen hinaus gezielt zum Austausch von Werten beizutragen und damit auch die Zivilgesellschaft zu stärken“. ^f Zu den Instrumenten gehören feste Vertretungen und Strukturen im jeweiligen Partnerland, die Förderung der Mobilität und Begegnung von Personen, das Angebot von Informationen, materielle Hilfen und Sprachvermittlung sowie eine Vielzahl von Einzelprojekten.

Im transatlantischen Austausch gewähren die Mittlerorganisationen Stipendien für Austauschprogramme, unterstützen Kontakte zwischen Parlamentariern in Deutschland und den USA oder organisieren Konferenzen und Fachgespräche. Das Goethe-Institut ist mit sieben Büros in den USA vertreten, es gibt zwei Fachberater der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA), der DAAD unterhält neben New York ein Informationsbüro in San Francisco, es gibt das Deutsche Historische Institut (DHI) in Washington, DC sowie das German Book Office, zwei Büros der Film Service und Marketing GmbH und das Verbindungsbüro der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in New York.

Ferner sind weitere Akteure als die Mittlerorganisationen des Auswärtigen Amtes im transatlantischen Dialog eingebunden, wie etwa der German Marshall Fund of the United States (GMF), die Atlantik-Brücke, die American Academy in Berlin oder das As-

^f Vgl. Auswärtiges Amt (Kulturabteilung), Auswärtige Kulturpolitik – Konzeption 2000, online: www.ifa.de/pdf/aa/akbp_konzeption2000.pdf (23.11.2011).

^f Vgl. Deutsche Bundesregierung, Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, Berlin 12.5.2004, online: www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/384230/publicationFile/4345/Aktionsplan-De.pdf (23.11.2011).

^f Kurt-Jürgen Maaß (Hrsg.), Kultur und Außenpolitik, Baden-Baden 2005, S. 28.

pen Institut Berlin. Zudem kooperieren private Unternehmensstiftungen mit den Mittlerorganisationen oder anderen Partnern. Die Körber-Stiftung fördert im Ideenwettbewerb „Usable“ mehr bürgergesellschaftliches Engagement, die Robert Bosch Stiftung unterstützt den Austausch durch das Kongress-Bundestagsforum und die Gerda Henkel Stiftung die wissenschaftliche Forschung. In den vergangenen Jahren entstanden darüber hinaus weitere Initiativen und Projekte wie das Global Public Policy Institute (GPPI) oder die Transatlantic Strategy Group on Security der Bertelsmann Stiftung. Dieses Engagement setzt sich auf Länderebene fort. Allein Baden-Württemberg zählt mehr als 300 Organisationen, Vereine und deutsch-amerikanische Clubs, es gibt eine Vielzahl an Städte- und Schulpartnerschaften und einen lebendigen Austausch auf vielen anderen Ebenen.^f

Auf amerikanischer Seite existiert auswärtige Kulturpolitik nicht als politisch eigenständige, vom staatlichen Einfluss und staatlicher Förderung geprägte Einrichtung im Rahmen einer nationalen Strategie. Vielmehr handelt es sich um eine Sammlung vertrauensbildender und den Dialog fördernder Maßnahmen, die viele private Unterstützer haben. Diese engagieren sich mit einem Vielfachen des Jahresetats des US-Außenministeriums, vor allem durch selbst finanzierte kultur- und bildungspolitische Projekte und Programme, die in anderen Industrieländern ausschließlich auswärtiger Kulturpolitik und staatlicher Finanzierung vorbehalten wären.

Wichtigster Partner der amerikanischen Regierung ist das Institute for International Education (IIE) in New York mit seinem Council for International Exchange of Scholars (CIES). Der wichtigste Mittler der amerikanischen Kulturpolitik ist die Fulbright Kommission, eine „Quasi-Nichtregierungsorganisation“ (Quango), die sich in bilateralen Austauschprogrammen engagiert. Deutschland ist seit 1952 der mit Abstand größte Partner der USA mit weit über 40 000 Geförderten.^f

^f Vgl. Nicole Renvert, Werte und Interessen im Wandel. Die deutsch-amerikanischen Kulturbeziehungen, Stuttgart 2006, S. 7.

^f Vgl. Rolf Hoffmann, In diplomatischer Mission. Die Außenkulturpolitik der USA, in: K.-J. Maaß (Anm. 5), S. 281–286.

Politische Stiftungen

Die politischen Stiftungen sind keine Mittlerorganisationen, aber *Vermittler* in der Auswärtigen Kulturpolitik Deutschlands und trotz gestalterischer Unabhängigkeit finanziell und organisatorisch an die offizielle deutsche Außenpolitik gebunden. Ihre Geschichte ist eng mit denen der internationalen und europäischen Institutionen nach dem Zweiten Weltkrieg verknüpft.⁸ Ursprünglich als Instrument demokratischer Bildung gedacht, wurden die politischen Stiftungen im Rahmen der *reeducation*-Programme begründet oder in neuer Form weitergeführt und entwickelten sich als Bildungs- und Forschungsinstitute, Parteiarchive, Begegnungsstätten und Entwicklungshilfeorganisationen mit zum Teil weltweiter Präsenz.

Nach 1945 bildeten die transatlantischen Beziehungen den Pfeiler westlicher sicherheits-, wirtschafts- und kulturpolitischer Beziehungen. Es gab die Notwendigkeit, die Bindungen mit den USA zu fördern, aber auch ein genuines Interesse, den Dialog mit Osteuropa und somit auch mit der DDR zu ermöglichen. Durch die Ostpolitik wurde die allmähliche graduelle Emanzipation und veränderte politische Rolle des geteilten Deutschland eingeleitet, führte aber zu Spannungen mit den amerikanischen Verbündeten.⁹ Das Verhältnis zwischen den jeweiligen Regierungschefs war von persönlichen Animositäten geprägt, aber auch die deutsche Opposition litt unter den ungünstigen äußeren Bedingungen für einen transatlantischen Dialog.¹⁰ Die Motivation für die Stiftungen, Büros in den USA zu eröffnen, war daher von starkem Eigeninteresse geleitet:¹¹ Zunächst waren die politischen Stiftungen in den USA „Schadensbegrenzer“, um entstandene Spannungen

abzubauen. Sie konnten über die Arbeit der Deutschen Botschaft hinaus und davon unabhängig amerikanische Akteure in einen Dialog einbinden, Impulse geben, die wichtig für meinungsbildende Prozesse in den USA waren, und deutsche Entscheidungsträger mit Informationen versorgen. Der Schwerpunkt lag in dieser Phase auf der Unterstützung der Partnerschaften von Parlamentsmitarbeitern und Regierungsvertretern mit dem US-Kongress durch die sogenannte Congressional Staffer Briefing Tour, Besuche deutscher Parlamentarier in die USA oder amerikanischer Abgeordneter nach Deutschland.¹² Zudem verstärkten sie Kooperationsprojekte mit amerikanischen Institutionen und Think-Tanks und legten damit den Grundstein für einen tieferen Zugang zu amerikanischen Gesellschafts-, Wirtschafts-, und Politikkreisen.

Die Büros der deutschen Stiftungen in den USA widmen sich traditionell vor allem außen- und sicherheitspolitischen Themen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung nimmt sich zudem dem deutsch-jüdischen Dialog in den USA und wirtschaftspolitischen Themen an, die Friedrich-Ebert-Stiftung konzentriert sich auf die Veränderung der Zivilgesellschaft durch Globalisierung und die Reform des Sozialstaats. Die Friedrich-Naumann-Stiftung fördert wirtschaftliche Zusammenarbeit und Bildung, die Hanns-Seidel-Stiftung hat einen Schwerpunkt auf der Wirtschafts- und Handelspolitik. Die Heinrich-Böll-Stiftung widmet sich Menschenrechts- und Minderheitenfragen sowie Gender- und Umweltpolitik. Die Stiftungen fördern Austauschprogramme, vergeben Stipendien zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und verfassen Policy-Analysen zu aktuellen Themen.

Engagement und Dissens seit 1990

Direkt nach der Wiedervereinigung erlebten die deutschen Mittlerorganisationen, wie auch die Stiftungen und private Initiativen, in den USA eine Art Hochzeit. Das Goethe-Institut präsentierte Filme und Gespräche über die Geschichte der Berliner Mauer und des geteilten Landes, die Austauschorganisationen des

⁸ Vgl. Henning von Vieregge, *Parteistiftungen: Zur Rolle der Konrad-Adenauer-, Friedrich-Ebert-, Friedrich-Naumann- und Hanns-Seidel-Stiftung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden 1977.

⁹ Vgl. Peter Bender, *Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen: vom Mauerbau bis zur Vereinigung*, München 1995.

¹⁰ Vgl. Klaus Wiegrefe, *Das Zerwürfnis. Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen*, Berlin 2005.

¹¹ Vgl. Ann L. Philipps, *Transatlantische Brücken: Die deutschen politischen Stiftungen in den USA*, in: Detlef Junker et al. (Hrsg.), *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kaltes 1945–1990*, Band II, Stuttgart–München 2001, S. 675–695.

¹² Vgl. Presse- und Informationsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung, *„USA-Bundesrepublik Deutschland“*. Der Beitrag der Friedrich-Ebert-Stiftung zum gesellschaftlichen Dialog über den Atlantik, Bonn 1986.

DAAD und der AvH schickten Nachwuchswissenschaftler aus den USA nach Deutschland oder ermöglichten es jungen deutschen Akademikern etwa an den neu gegründeten Exzellenzzentren für Deutschland- und Europastudien der Universitäten Harvard, Berkeley und Georgetown zu studieren.

Doch im Rahmen des Normalisierungsprozesses und durch die Verlagerung des geopolitischen Interesses der USA von Deutschland und Europa auf andere Regionen eröffnete sich eine neue Phase in den Beziehungen, aber auch eine neue Orientierung und Rolle für die Mittler und politischen Stiftungen. Dies deutete sich bereits in den 1990er Jahren an, wurde jedoch erst nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und der darauf folgenden amerikanischen Intervention im Irak politisch bedeutsam. Mit der unterschiedlichen Haltung zum Irak-Einsatz kam es 2003 nicht nur zu einem schwerwiegenden Dissens zwischen der deutschen und amerikanischen Regierung, sondern auch zu einer ernsthaften innereuropäischen Krise.¹³ Hierin offenbarte sich eine grundsätzliche Problematik, die sich an den unterschiedlichen militärischen Kapazitäten und der finanziellen Bereitschaft zur Finanzierung solcher Einsätze auch am Bild von der „Venus Europa“ und dem „Mars USA“ entzündete.¹⁴

Nicht nur Frankreich, sondern vor allem Deutschland bekam das Unverständnis für diese Haltung von amerikanischer Seite aus zu spüren. So wurde deutschen Diplomaten der Zugang zu Informationen und Ansprechpartnern in Washington erschwert oder gänzlich versagt.¹⁵ Hier ergaben sich neue Chancen für die Mittler und Vermittler: Die politischen Stiftungen waren gefragt, vor dem Kongress die deutsche Haltung in der Irak-Frage darzulegen. Die Friedrich-Ebert-

¹³ Vgl. Helga Haftendorn, Changes in the transatlantic relations after 9/11 and the impact on Germany's role, in: Niklaas Hoekstra/Netherlands Atlantic Association (eds.), Transatlantic relations at crossroads, Amsterdam 2003, S. 21–25.

¹⁴ Vgl. Robert Kagan, Of paradise and power: America and Europe in the new world order, New York 2003.

¹⁵ Vgl. Nicole Renvert, Mission possible? The Role of German Political Foundations in the USA, DAAD/AICGS Working Paper, 2004, online: www.aicgs.org/documents/Renvert%20final%20ger.pdf (23.11.2011).

Stiftung initiierte das Programm der „Globalen Atlantiker“, das junge Parlamentarier in Deutschland und den USA trotz der schwierigen Rahmenbedingungen zu Gesprächen zusammenbrachte. Die Heinrich-Böll-Stiftung versuchte der Krise durch erhöhtes Engagement entgegenzuwirken, indem sie sich neben neuen Schwerpunkten (Terrorismus, *nation building*) auch auf traditionelle „grüne“ Themen konzentrierte, wie erneuerbare Energien oder Umgang mit dem Klimawandel. Trotz der offiziell negativen Haltung der USA gegenüber der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls fand sie zahlreiche Gesprächspartner. Bemerkenswert war zudem, dass die Stiftungen in dieser Zeit gemeinsam Projekte auf den Weg brachen, auch wenn sie eine unterschiedliche USA-Politik verfolgten. Die schwierigen Umstände machten es notwendig, dass sie mit einem überparteilichen Ansatz versuchten, ein differenziertes Deutschland- und Europa-Bild zu vermitteln. Länder wie Frankreich¹⁶ und die Schweiz verfügten nicht über die Kanäle der deutschen politischen Stiftungen¹⁷ und entwickelten ein besonderes Interesse an der Schaffung ähnlicher Instrumente.

Nur die gewachsenen Bindungen, persönliche Kontakte und Programme der unterschiedlichen Mittler konnten helfen, den diplomatisch-politischen Dissens zumindest auf der Ebene der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit etwas abzufedern. Größerer Schaden, etwa im Bildungsbereich, konnte so abgewendet werden. Zum Beispiel gingen in den Austauschprogrammen die Bewerberzahlen in dieser Zeit zwar leicht zurück, aber die Anzahl der Teilnehmer blieb stabil.

Sonderbeauftragte

Der Irak-Einsatz hatte nicht nur einen dramatischen Glaubwürdigkeitsverlust für die Bush-Administration zur Folge, sondern für das amerikanische Gesellschaftsmodell insgesamt. Während der zweiten Amtszeit George W. Bushs wurde deshalb verstärkt auf die Möglichkeiten verbesserter *public di-*

¹⁶ Vgl. William Horsley, France defiant over tough US stance, 23.4.2003, online: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/2969975.stm> (23.11.2011).

¹⁷ Inzwischen gibt es sechs deutsche politische Stiftungen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat allerdings bislang kein Büro in den USA.

plomacy gesetzt.¹⁸ 2005 besetzte George W. Bush die Position des Under Secretary for Public Diplomacy mit einer engen Vertrauten, Karen Hughes. Sie sollte das durch den Irak-Krieg beschädigte Image der USA verändern helfen. Dazu wurden verschiedene Programme ins Leben gerufen, die zum Beispiel die Einrichtung von Leseecken mit amerikanischer Fachliteratur in öffentlichen Bibliotheken finanzierten und NGOs unterstützten, die deutsch-amerikanische Austauschprogramme organisierten. Hughes warb öffentlichkeitswirksam bei Fernsehauftritten und anderen öffentlichen Foren für den *American way of life* und reagierte damit auf die verschlechterten Umfragewerte der USA.¹⁹

In Deutschland gibt es seit 1981 die Position des Koordinators für deutsch-amerikanische Beziehungen beim AA. Aufgabe des Koordinators ist es, die transatlantischen Beziehungen zu stärken und Wege der engeren Kooperation zu identifizieren. Von 1999 bis 2009 übte der ehemalige außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Karsten Voigt, diese Funktion aus. Auf Grund seiner exzellenten Kontakte in die Politik gelang es ihm, der Position des Koordinators besondere Relevanz zu verleihen. Maßgeblich für den Erfolg seiner Arbeit war die Vertrauensbasis, die er sich über viele Jahre bei seinen amerikanischen Partnern erarbeitet hatte und von der diese Position in den schwierigen Umständen der Krise 2003 profitierte. Seit Juli 2011 bekleidet der FDP-Bundestagsabgeordnete Harald Leibrecht das Amt.

Die Position ist nicht deckungsgleich mit der des Under Secretary for Public Diplomacy: Die Rolle des Koordinators für deutsch-amerikanische Beziehungen ist geprägt von einem kritischen Blick auf das eigene Land und soll nicht nur die Wissensdefizite über die USA und Deutschland beheben helfen, sie sieht zudem eine zentrale Vermittlerrolle vor, womit sie weit über *public diplomacy* hinausgeht. Mit der Schaffung der Positionen der Sonderbeauftragten wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass der gesellschaftspolitische Dialog immer entscheidender für die Gestaltung von bilatera-

len Beziehungen geworden ist. Die Komplexität der Themen hat deutlich zugenommen, was gerade unter schwierigen Rahmenbedingungen der Kommunikation auf gesellschaftspolitischer Ebene besondere Bedeutung verleiht.

Neue Herausforderungen ...

Auch nach der Krise 2003 sind Deutschland und die USA füreinander wichtige Handelspartner und durch ihre jeweiligen Demokratie-Modelle, die freie Marktwirtschaft, starke Zivilgesellschaften und persönliche Freiheiten eng miteinander verbunden. Doch mit dem Ende des Kalten Krieges ist die geostrategische Klammer, die das transatlantische Verhältnis lange prägte, entfallen und durch neue Interessen ersetzt worden.²⁰ Die USA sind in internationalen Krisen engagiert, müssen sich aber verstärkt dringender innenpolitischer Themen annehmen (Reformen des Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesens, Schwächen der Infrastruktur, Auswirkungen von Migration und Integration). Zudem haben auch die USA mit den Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise zu kämpfen.

Die großen Hoffnungen, die seit 2008 in Barack Obama gesetzt wurden, lassen sich nur teilweise oder gar nicht erfüllen. Die USA stehen vor Problemen, die zu tiefgreifend sind, als dass sie in einer Legislaturperiode gelöst werden könnten. Zudem sind Einschnitte erforderlich, welche die amerikanische Gesellschaft derzeit kaum zu leisten bereit ist. Die USA müssen sich notgedrungen aus einigen Bereichen zurückziehen und streben daher international Entlastung an. Hier fordern sie ein höheres Engagement von ihren Partnern. In Europa besteht die Gefahr, dass sich die EU an ihrer Schuldenkrise, aber auch an der Finalität des Erweiterungsprozesses oder an außen- und sicherheitspolitischen Themen entzweit. Ferner offenbaren sich die Folgen des demografischen Wandels bereits in einem Fachkräftemangel. Die Angst vor unkontrollierter Migration lähmt jedoch die Politik, hier Zeichen zu setzen. Viele dieser Herausforderungen sind nicht mehr nationalstaatlich zu lösen, doch es mangelt vielen Regierungschefs an ei-

¹⁸ Vgl. Thomas Jäger, Die amerikanische Regierung gegen die Weltöffentlichkeit? Theoretische und empirische Analysen der Public Diplomacy zum Irakkrieg, Wiesbaden 2008, S. 15–38.

¹⁹ Vgl. Umfrage des Pew Research Center, 23. 6. 2005, online: www.pewglobal.org/2005/06/23/us-image-up-slightly-but-still-negative (23. 11. 2011).

²⁰ Vgl. Peter Rudolf, Von Clinton zu Bush: amerikanische Außenpolitik und die Folgen für die transatlantischen Beziehungen, in: Hans-Jürgen Puhle (Hrsg.), Supermacht im Wandel, Frankfurt/M. 2004, S. 263–295.

nem klaren Bekenntnis zu mehr Zusammenarbeit. Dabei ist es notwendig, eine kluge Balance zwischen innenpolitischem Engagement und internationaler Verantwortung zu finden.

Doch Unstimmigkeiten sind Begleiterscheinungen einer neuen Weltsicherheits- und Wirtschaftslage, und dies ist auch in den transatlantischen Beziehungen zu spüren, in der die Veränderungen zunächst nur sehr allmählich wahrgenommen wurden. Seit Mitte der 1990er Jahre wurden Spannungen und Unterschiede in Sachfragen offenkundiger.²¹ Neben inhaltlichen Auseinandersetzungen veränderten sich die Art des Umgangs und die Sprache. Die unterschiedlichen Gewichtungen und traditionell abweichenden Ansichts- und Vorgehensweisen, etwa in der Handelspolitik, in der Debatte um die Legitimität und Anerkennung internationaler Gremien wie dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) oder zum Thema Klimaschutz, erfordern inzwischen stärkere Abstimmung, offenbaren aber auch Bereiche, in denen es kurzfristig zu keiner Einigung kommen wird. Bleiben die Beziehungen zwischen den Partnern aber gelähmt und die Handlungsfähigkeit gehemmt, bedeutet dies angesichts wachsender sicherheits- und wirtschaftspolitischer Problemfelder eine Schwächung aller Akteure.

... und neue Chancen

Gegenüber der offiziellen Regierungspolitik verfügen die zahlreichen Mittler, aber auch die Sonderbeauftragten im transatlantischen Austausch über den Vorteil, dass ihnen auch bei einer Veränderung der politischen Rahmenbedingungen, von kooperativ auf krisenhaft, viele Türen offen stehen. Ihre Tätigkeit und Präsenz vor Ort sind von Kontinuität geprägt und beruhen auf einer soliden Vertrauensbasis. Dies erlaubt es ihnen, ihren Handlungsspielraum beizubehalten oder sogar zu erweitern. Sie können den wissenschaftlichen und kulturellen Austausch weiterführen oder sogar – wie die politischen Stiftungen – dem Koordinator für deutsch-amerikanische Beziehungen eine Plattform bieten, Kontroversen offen zu diskutieren. Sie verfügen über wichtige Frühwarnkapazitäten und können neue Schlüsselakteure und Themen identifi-

²¹ Vgl. Stephen Szabo, *Parting ways. The Crisis in deutsch-amerikanische Beziehungen*, Washington, DC 2004.

zieren, die entscheidend für den transatlantischen Dialog sind.

Diese Instrumente der deutschen Außenpolitik sollten in ihrer Wirksamkeit nicht unterschätzt werden. Denn auch wenn viele den Konflikt 2003 und seine Folgen auf die Mesalliance der Regierung Schröder und der Bush-Administration reduziert sehen wollen, war die Auseinandersetzung Teil einer Entwicklung, die sich weiter fortsetzt. Eine Rückkehr zu einer transatlantischen Selbstverständlichkeit wird es nicht mehr geben. Zwar stand Obama für einen Neuanfang, aber auch seine Administration ist von einem notwendigen Pragmatismus geleitet und beobachtet sehr genau, wie verlässlich und berechenbar die Partner sind. Es sind strukturelle Unterschiede, die das Verhältnis zu den USA weiter begleiten werden und Kontroversen auch künftig unvermeidbar machen. Die besondere Herausforderung liegt zum einen in der nach wie vor nicht behobenen Schwäche Europas, in außen- und sicherheitspolitischen Fragen geeint zu handeln, zum anderen aber auch an der zögerlichen Haltung Deutschlands, eine wirkliche Führungsrolle einnehmen zu wollen.

Deutschland hat seine traditionelle Stärke – im transatlantischen Dialog mit *soft skills* als Vermittler und Brückenbauer erfolgreich zu sein – nicht genug gepflegt, hält sich stattdessen in entscheidenden Fragen zurück, wie beim NATO-Einsatz in Libyen. Dabei hat es gerade bei außenpolitischen Themen viel anzubieten und verfügt über Mittler, die dieses auch kommunizieren und auf die notwendigen Netzwerke zurückgreifen können. Sie müssen allerdings personell und finanziell so ausgestattet werden, dass sie auch zukünftig im internationalen Wettbewerb bestehen können, besonders in Bildung, Forschung und Entwicklung. Die Politik sollte die Frühwarnkapazitäten dieser Akteure intensiv nutzen und den Mehrwert, den diese darstellen, deutlicher anerkennen. Neue Wege der Kooperation sind notwendig, aber auch der Mut, außenpolitisch Akzente zu setzen, Themen vorzugeben und so den Rahmen für eine erfolgreiche Außenkulturpolitik als Teil der deutschen Außenpolitik zu setzen. Nur im konzertierten Zusammenspiel von offizieller Politik und begleitenden Programmen durch die Mittlerorganisationen wird aus Deutschlands *soft power* dann tatsächlich auch *smart power*.

Michael Hochgeschwender

Der Amerikanische Bürgerkrieg in der öffentlichen Erinnerung – ein nationales Trauma?

Any conservative Southerner who has read much about Reconstruction and post-Reconstruction is acutely aware that during those misery-encrusted

Michael Hochgeschwender

Dr. phil., geb. 1961; Professor für Nordamerikanische Kulturgeschichte am Amerika-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München, Schellingstraße 3 VG, 80799 München. michael.hochgeschwender@lrz.uni-muenchen.de

32 years, the Yankees did everything in their considerable power to break the spirit of the Southerners. They deliberately held the devastated South on the knife-edge of mass starvation, and continually waved the bloody

*shirt to fan the nation's hatred of the South. The North sought to crush the Southerners' Christian-based independence of spirit and belief in decentralized government and coerce them into embracing the dominance of the national government and accepting meekly their new status as third-class citizens of the agricultural colonies of the industrialized North. (...) I was taught that slavery had been a longstanding lawful institution-in-being; that the Northern abolitionists had converted slavery into an emotionally-charged issue for condemning the South; that the Southern states began to secede in 1860–61 because the newly elected Republican party was going to use the power of the federal government to tax the Southern states outrageously; and that when the North then invaded the South, the Confederates fought valiantly to defend their nation, their homes, and their families. The Confederates had been heroic fighters defending their homeland. They had been defeated, but not dishonored.*¹

Das vorliegende Zitat ist aus vielerlei Gründen interessant. Neben der nonchalanten Art, historische Fakten im Sinne der untergegangenen Südstaaten-Konföderation umzudeuten,² und dem eher unterschweligen Versuch, die *Yankees* (Nordstaatler) zu gottlosen Antichristen und Unterdrückern freiheits-

liebender Südstaatler zu stilisieren, ist besonders das Datum der Rede interessant: Sie stammt nicht etwa aus den Jahrzehnten der Rassensegregation im Süden, aus dem Zeitraum zwischen 1880/90 und 1960/70, sondern aus dem Jahr 2006. Und sie steht mit ihrer prononciert neokonföderierten Ideologie keineswegs alleine da. Ein ganzes Bündel von konservativen Organisationen, angefangen von der League of the South bis hin zum Council of Conservative Citizens hat es sich seit Beginn der 1990er Jahre zur Aufgabe gemacht, die Ergebnisse einer als liberal denunzierten professionellen Historiographie zu verunglimpfen und konsequent im Sinne des Südens neu zu formulieren. Die meisten dieser Organisationen stehen dem Südstaatenflügel der Republikanischen Partei nahe. Die Mehrzahl dieser Neokonföderierten ist streng patriotisch im Sinne eines *100 percent Americanism* und übt sich in jener *double loyalty*, die seit etwa 1880 zur *raison d'être* konservativer Südstaatler geworden ist. Allein dieses Beispiel, bei dem es sich nicht um die ausschweifenden Verirrungen eines einzelnen Exzentrikers handelt, belegt, wie bedeutsam der Bürgerkrieg, dessen Beginn sich 2011 zum 150. Mal jährte, für viele Amerikaner immer noch ist.

Ein unvergessener Konflikt

Ein Blick in eine beliebige Buchhandlung in Washington, Chicago, New York oder Charleston bestätigt diesen Befund. Mehr noch als irgendeine andere Phase der eigenen Geschichte beschäftigt dieser blutige Konflikt die akademische und populärkulturelle Imagination des Landes. Nicht einmal die Amerikanische Revolution kann mit dem Bürgerkrieg mithalten, am ehesten noch der Vietnam-Krieg. Ob man aus der schiereren Menge der Erinnerungen qualitativ auf ein nationales Trauma zurückschließen

¹ Frank Conner, *Where We Stand Now: And How We Got There*, in: James W. Loewen/Edward H. Sebesta (eds.), *The Confederate and Neo-Confederate Reader*, Jackson 2010, 386 f.

² Zu Vorgeschichte und Verlauf des Bürgerkrieges vgl. Brian Holden Reid, *The Origins of the American Civil War*, Harlow 1996; James M. McPherson, *Für die Freiheit sterben*, München 1996. Zur konföderierten Perspektive vgl. William C. Davis, *Look Away! A History of the Confederate States of America*, New York 2002.

kann, darf jedoch bezweifelt werden. Zwar führten Sezession und Krieg der nordamerikanischen Union dramatisch ihr Scheitern vor Augen und ließ die Möglichkeit einer Wiederholung offen. Das Scheitern des Experimentes einer nach dem Willen der Gründerväter freien, großräumigen Republik, die sich anders und besser als einst die römische Republik vom Weg der Freiheit nicht würde abbringen lassen und der Welt als historisches Exempel eines Imperiums der Freiheit zu dienen vermochte, glich in diesem Verständnis nationaler Identität einem welthistorischen Versagen der gesamten Menschheit. Genau auf die, wenngleich eher vage Möglichkeit eines neuerlichen Scheiterns spielt James Davison Hunter in seiner umstrittenen Analyse der gegenwärtigen soziokulturellen und politischen Konfliktkonstellationen an, die er als „Kulturkriege“ fasst.[¶] Obendrein legt das Eingangszitat zumindest eine Mischung aus politisch instrumentalisierter, antiliberaler Dolchstoßlegende und tief verinnerlichter, durchaus traumatischen Niederlagen- und Demütigungserfahrungen nahe, die auf den Krieg, die anschließende Rekonstruktionsepoche[¶] und die Phase der sogenannten zweiten Rekonstruktion, die Bürgerrechtsbewegung der 1950er und 1960er Jahre, zurückzuführen sind.

Dies aber sind lediglich Traumata weißer Sezessionisten. Schwarze Amerikaner werden diese Geschichte aus ihrer Perspektive anders erzählen, ebenso Nordstaatler. Damit wird freilich bereits vorab eines deutlich: Die kollektive Erinnerung an den Bürgerkrieg ist in den USA nie vereinheitlicht worden. Zu viele divergierende Erinnerungen, die allesamt identitätsstiftend wirksam waren, rivalisierten um Hegemonie, gingen sachlich wie chronologisch nebeneinander her oder überformten und überlagerten einander. Wie im Krieg selbst waren auch in der Kriegserinnerung mannigfaltige, facettenreiche Faktoren für eine hochfragmentierte Form sedimentierter Kriegserfahrung verantwortlich.[¶] Es spielte durchaus eine Rol-

¶ James D. Hunter, *Culture Wars. The Struggle to Define America*, New York 1991.

¶ Immer noch maßgeblich ist hierzu Eric Foner, *Reconstruction. America's Unfinished Revolution, 1863–1877*, New York 1988.

¶ Der hier verwendete Begriff der Kriegserfahrung orientiert sich an Nikolaus Buschmann/Horst Carl (Hrsg.), *Die Erfahrung des Krieges*, Paderborn 2001.

le, ob Individuen, Milieus, Gruppen, Parteien oder soziale Formationen den Krieg und seine Folgen als Männer oder Frauen, Katholiken oder Protestanten, Angehöriger der Ober-, Mittel- oder Unterklassen, als Deutscher, Ire oder Angelsachse, Republikaner oder Demokrat erlebten. Weder im Bürgerkrieg noch danach war die bloße sektionale Zugehörigkeit entscheidend für die Stellungnahme zum Geschehen selbst. Vielfach, aber nicht ausschließlich, wurden dabei Vorkriegsentwicklungen fortgeschrieben und partiell radikalisiert.[¶] Der Historiker Stuart McConnell spricht in diesem Zusammenhang von einer regelrechten „Geografie der Erinnerungen“.[¶] Im Folgenden wird es darum gehen, diese Vielfalt historisch zumindest skizzenhaft auszuloten.

Voraussetzungen der Kriegserinnerung

Die Vielfalt der Erinnerungen an den Krieg entsprach der komplexen Interessen- und Ideenkonstellation, die zuvörderst in den Sezessionskrieg hineingeführt hatte. Keine der beiden Seiten war nämlich einheitlich strukturiert. Dabei teilte man ein umfangreiches Erbe. Der Norden hatte gewiss von jeher die Tendenz, sich als genuiner Ort der Freiheit, der nationalen Einheit, progressiver Urbanität und industriellen Wachstums zu definieren und damit den Süden als das Andere, Fremde, Exotische zu konstruieren.[¶] Und im Süden fanden sich genug Stimmen, die für die Sektion eine Art Sonderweg in der amerikanischen Union in Anspruch nahmen, in deren Mittelpunkt eine semif feudale, auf Sklaverei und Plantagenwirtschaft basierende Gesellschaft mitsamt entsprechendem kulturellen Eigensinn standen. Neben der Pflege der *peculiar institution*, der Sklaverei, stand das Beharren auf einem spezifisch aristokratischen Ehrbegriff im Vordergrund dieser südlichen

¶ Vgl. Elisabeth Fox-Genovese/Eugene D. Genovese, *The Mind of the Master Class*, New York 2005.

¶ Stuart McConnell, *The Geography of Memory*, in: Alice Fahs/Joan Waugh (eds.), *The Memory of the Civil War in American Culture*, Chapel Hill 2004, S. 258–266.

¶ Wirkmächtig wird diese Position immer noch vertreten von Carl Degler, *Out of Our Past. The Forces that Shaped Modern America*, New York 1986, S. 148–205. Vgl. auch James B. Cobb, *Away Down South: A History of Southern Identity*, New York 2005, S. 4.

Selbstperzeption.⁹ Aber diese Unterschiede konnten nicht überdecken, wie nahe man in vielen Dingen beieinander war. In beiden Sektionen drehten sich die politisch-gesellschaftlichen Diskurse darum, das Erbe der – meist aus dem Süden stammenden – Gründerväter in rechter Weise zu wahren, insbesondere die Verfassung und die Union sowie, in allererster Linie, die Idee der Freiheit zumindest für weiße Männer.

Nicht die Ideale unterschieden sich, sondern die Modi ihrer Auslegung – und dies nicht nur zwischen den Sektionen Norden, Süden und Westen, sondern jeweils auch intern. So durchzog den Süden beispielsweise eine tiefe sozioökonomische und kulturelle Kluft zwischen den großagrarischen Sklavenhaltern an den Küstenstreifen und den überwiegend nicht auf Sklaverei angewiesenen Kleinbauern in den gebirgigen Piedmontregionen des Hinterlandes. Dem entsprachen im Norden ausgeprägte konfessionelle Gegensätze, Klassendifferenzen in den Städten und eine Rivalität zwischen Stadt und Land, die im Süden eher selten war. Idealtypisch gesprochen lehnten weiße urbane Radikale aus den unteren Mittelschichten, dem Kleinbürgertum, die Sklaverei ebenso ab wie viele Kleinbauern; aber sie alle teilten rassistische Vorbehalte gegenüber den Schwarzen. Katholiken waren eher antiabolitionistisch (gegen die Abschaffung der Sklaverei), aber nicht notwendig für die Sklaverei,¹⁰ und viele Kaufleute in New York, Boston und Philadelphia sympathisierten offen mit dem Süden. Selbst in den Kriegszielen war man sich nicht einig. Viele Südstaatler wollten nicht aus der Union austreten. Das bergige West-Virginia etwa verließ 1863 Virginia und schloss sich in einer eigenen Sezession der Union an. Im Norden wiederum lehnten die Friedensdemokraten den Bürgerkrieg grundsätzlich ab, während ihre kriegsdemokratischen Parteifreunde zwar für den Erhalt von Union und Konstitution, keinesfalls aber gegen die Sklaverei kämpfen wollten. Mit derartigen Vor-

stellungen rivalisierten wiederum höchst unterschiedliche Kriegsziele von freien und versklavten Schwarzen sowie der ethnischen Minderheiten, unter denen zum Beispiel die irischen Katholiken gleichermaßen ihre Loyalität gegenüber Union oder Konföderation beweisen und ihre militärische Tauglichkeit für den Freiheitskampf gegen die britische Kolonialmacht verbessern wollten.

Mit dem Ende des Bürgerkrieges 1865 kam Bewegung in diese Konstellationen. Einerseits war der Kriegsverlauf selbst für sämtliche Beteiligten ein Schock gewesen. Nicht eine heroische Schlacht hatte die Entscheidung gebracht, sondern ein blutiger, grausamer, hinhaltender Abnutzungskrieg, in dem sich die industrielle Überlegenheit des Nordens voll entfaltet hatte. Über 630 000 Menschen starben, ein unerwartet hoher Blutzoll für ein vormodernes Staatswesen. Dadurch bekam die Frage nach dem Sinn des massenhaften Sterbens für die Teilnehmer und Nachgeborenen eine besondere und anhaltende Relevanz.

Gleichzeitig aber – und für die unmittelbare Nachkriegszeit wie für die folgenden Jahrzehnte kaum weniger wichtig – endete die Sklaverei. Insbesondere südstaatliche Sklavenhalter hatten es tatsächlich als kollektives Trauma erlebt. Sie waren mindestens bis zur Emanzipationserklärung im Januar 1863, meist aber weit darüber hinaus davon überzeugt gewesen, eine besonders humane, paternalistische Form der Sklaverei zu praktizieren und glaubten, die Schwarzen würden ihnen dafür Dankbarkeit und Loyalität schulden. Es existierten wohl Ängste vor einem großen Aufstand, wie er etwa auf Santo Domingo 1791 stattgefunden hatte, aber es wäre falsch anzunehmen, die Sklavenhalter hätten vor dem Krieg in permanenter Angst gelebt. Umso größer war 1864/65 ihre Überraschung, als bei den ersten Nachrichten vom Nahen der Unionstruppen gerade viele Haussklaven, die als besonders treu galten und oft mit ihren Herrschaften in einem vertrauten Verhältnis gelebt hatten, nunmehr Flucht und Freiheit dem Sklavendasein vorzogen. Die weißen Herren reagierten mit Hass und Bitterkeit. Obwohl die ehemaligen Sklaven sich zu keinerlei umfänglichen Gewaltakten hinreißen ließen, sondern eher darauf bedacht waren, ihre Familien zu sammeln, Bildung

⁹ Vgl. John Beck/Wendy Frandsen/Aaron Randall (eds.), *Southern Culture*, Durham 2007; Waldemar Zacharasiewicz (ed.), *The Many Souths*, Tübingen 2003; Bertram Wyatt-Brown, *The Shaping of Southern Culture*, Chapel Hill 2001.

¹⁰ Vgl. Michael Hochgeschwender, *Wahrheit, Einheit, Ordnung. Die Sklavenfrage und der amerikanische Katholizismus, 1835–1870*, Paderborn 2006.

zu erwerben und am politischen Geschehen der Nachkriegszeit zu partizipieren, wurde das stereotype Bild vom „schwarzen Monster“, dem Mörder und Vergewaltiger weißer Frauen, zu einem der klassischen politischen Instrumente des Kampfes um weiße Vorherrschaft im Süden.¹¹

Mit der Übernahme politischer Macht auch durch Schwarze in der Rekonstruktions- und Fusionsära zwischen 1865 und 1877 beziehungsweise 1902, steigerte sich der Hass der Weißen bis hin zu terroristischer Gewalt. Allein im Jahr 1868 brachte der Ku-Klux-Klan über 1200 Menschen um, zwischen 1890 und 1920 folgten über 3200 öffentlich und rituell zelebrierte Lynchings an Schwarzen.¹² Kaum etwas wurde als derart demütigend empfunden wie die Herrschaft einstiger Sklaven über ihre Herren. Obendrein erlaubte es der neue Rassenhass, den es in dieser Form zu Zeiten sozialer Stabilität entlang der Rassenlinie in der Sklaverei nicht gegeben hatte, eine Koalition zwischen Großgrundbesitzern, urbanen Mittelklassen und weißer Unterklasse im Süden zu formen, die, analog zur Vorkriegssklaverei, die Gleichheit weißer Männer vor allem über ihre Superiorität gegenüber der Masse der Schwarzen definierte.¹³ Insofern brachte das Ende der Sklaverei eine über das Kriegsende hinausgehende Traumatisierung der weißen Sklavhalter, die freilich binnen zweier Jahrzehnte dialektisch in ein neuerliches Trauma der schwarzen Minderheit umschlug: Diese büßte zwischen 1877 und 1902 praktisch all ihre eben erst gewonnenen Rechte ein und musste dabei erleben, selbst von treuen politischen Verbündeten wie den Republikanern oder den nordstaatlichen Veteranenverbänden im Stich gelassen zu werden. Diese wechselseitige Erinnerung an echten oder imaginierten Verrat blieb für den Süden bis weit in die 1960er Jahre konstitutiv und konnte gerade von Weißen in den Auseinandersetzungen um die Bürgerrechtsbewegung der 1950er und 1960er Jahre problemlos abgerufen werden.

¹¹ Vgl. Steven Hahn, *A Nation Under Our Feet*, Cambridge, MA 2003.

¹² Vgl. James G. Hollandsworth, *An Absolute Massacre*, Baton Rouge 2001; Grace Elisabeth Hale, *Making Whiteness*, New York 1998.

¹³ Vgl. J. William Harris (ed.), *The New South*, New York 2008; John David Smith, *An Old Creed for the New South*, Athens 1991.

So entwickelten sich gerade in der Erinnerung an den Bürgerkrieg rivalisierende nationale Paradigmen.¹⁴ Das Sterben bekam in der Retrospektive eine nationale Sinngebung, die allerdings pluralistisch genug blieb, um sämtliche Differenzen in sich aufzuheben. In immer neuen Anläufen wurden die medialen und politisch-gesellschaftlichen Bedeutungen der verschiedenen Narrative ausgehandelt, was einem beständigen Ringen um die Deutungshoheit über den Bürgerkrieg gleichkam. Der amerikanische Historiker Gary W. Gallagher hat ein vereinfachtes, aber hinreichend komplexes Modell dieser rivalisierenden Deutungsdisurse vorgelegt, das auch hier Anwendung finden soll.¹⁵ Er unterscheidet vier Erzählungen beziehungsweise *Causes*: die *Lost Cause*, den *Union Cause*, den *Emancipation Cause* und den *Reconciliation Cause*, die allesamt aus dem Krieg heraus bereits 1865 präsent waren und im Kern heute noch maßgebend sind, deren Bedeutung aber im Laufe der Zeit stark variiert hat, wie überhaupt das kollektive Gedenken an den Krieg Zyklen unterlag.

Erinnerung und Lost Cause

Die wohl bekannteste Meistererzählung über den Bürgerkrieg firmiert unter dem Namen des *Lost Cause*. Ihre sozialen Träger waren vor allem im Süden, dem Gebiet der Konföderation, lange Zeit breit gestreut, nicht zuletzt aufgrund ihres hohen Organisationsgrades. Veteranenverbände, wie die *United Confederate Veterans (UCV)*, die *Sons of Confederate Veterans (SCV)* und seit dem Ende des 19. Jahrhunderts vorrangig die *United Daughters of the Confederacy (UDC)*¹⁶ wachten eifersüchtig über das ideelle Erbe des untergegangenen Staatswesens. Hinzu kamen südstaatliche Studentenverbindungen, etwa *Kappa Alpha*, die ne-

¹⁴ Vgl. David W. Blight, *Beyond the Battlefield*, Amherst 2002; Melinda Lawson, *Patriot Fires*, Lawrence 2002.

¹⁵ Vgl. Gary W. Gallagher, *Causes Won, Lost, and Forgotten*, Chapel Hill 2008, S. 2.

¹⁶ Vgl. Karen L. Cox, *Dixie's Daughters*, Gainesville 2003; Caroline E. Janney, *Burying the Dead But Not the Past*, Chapel Hill 2008. Eine humorvolle Darstellung der konföderierten Gedenkkultur findet sich bei Tony Horwitz, *Confederates in the Attic*, New York 1998.

ben den UDC maßgeblich am Kult um die Kriegsfahne der Konföderation beteiligt waren. All diese Organisationen waren seit den 1890er Jahren daran beteiligt, einen konföderierten *Memorial Day* durchzusetzen,¹⁷ sie waren die Träger des Personenkultes um den Südstaaten-General Robert E. Lee und bemühten sich darum, ihre militärischen Helden durch Denkmäler sichtbar im öffentlichen Raum zu verankern.¹⁸ Bis hin in die Diskussion um die Benennung des Bürgerkrieges übten die *Lost-Cause*-Organisationen Einfluss aus. So war bis weit in die 1980er Jahre in weiten Teilen der USA nicht vom *Civil War* die Rede, sondern vom *War Between the States*. Interessanterweise wurde dieses Narrativ im ausgehenden 19. Jahrhundert, im Zuge der Annäherung zwischen Nord und Süd, allmählich auch für *Yankees* aus dem Norden interessant – ein Trend, der sich mit der zunehmend rassistischen Aufladung des *Lost Cause* um 1910 und dann seit 1940 weiter verstärkte.

Dank dieser anhaltend starken Stellung hat der *Lost Cause* bis weit in die 1930er Jahre die mediale Darstellung des Bürgerkrieges wohl nicht beherrscht, aber aktiv mitgestaltet. Ein Film wie „*Birth of a Nation*“ (1915) war ganz eindeutig vom *Lost-Cause*-Gedankengut durchzogen.¹⁹ Dies aber hob vor allem auf einen zentralen Punkt ab: Der Süden habe tapfer für eine gerechte Sache – die Freiheit und die überlieferte Verfassungstradition – gekämpft und sei dann einer Übermacht aus dem Norden unterlegen. Niemand müsse sich für seinen Einsatz im Krieg schämen; es sei wichtig, sich des Krieges und der braven konföderierten Soldaten stets in Würde zu erinnern. Demgegenüber trat die Sklaverei als Thema im Laufe des frühen 20. Jahrhunderts deutlich zurück, obwohl die frühen *Lost-Cause*-Propagandisten ihre zentrale Bedeutung für den Kriegausbruch durchaus noch offen wür-

digten.²⁰ An die Stelle der Sklaverei trat, angesichts der veränderten sozialen Position der Schwarzen, ein Loblied auf die *white supremacy*. Vor allem am äußersten rechten Rand, dem Umfeld des Ku-Klux-Klan und anderer Geheimgesellschaften, war dieses klar rassistische Motiv gewalttätig aufgeladen. Im Zentrum jedoch standen die Betonung weißer, ritterlicher Männlichkeit und Ehre sowie – nicht frei von inneren Widersprüchen – die Vorstellung, der besiegte Süden gliche einer schutzlosen Frau und bedürfe der Rettung vor den bedrohlichen, barbarischen Horden freier Schwarzer und Ausbeuter aus dem Norden.²¹

Bei allem Rassismus und der Larmoyanz, die der *Lost-Cause*-Erzählung innewohnten, war sie weniger von Traumata geprägt, sondern eher elegisch-gemütvoll ausgerichtet. In ihrer offiziösen, moderaten Variante war sie zudem für Nordstaatler anschlussfähig, die sich damit bestätigen konnten, gegen einen tapferen und ehrenhaften Feind gewonnen zu haben, wie es Ulysses S. Grant, der Oberbefehlshaber der Nordstaaten, und Robert E. Lee bereits bei der Kapitulation von Appomattox Court House festgehalten hatten.²² Damit konnte sie rekonziliatorische, sektionsübergreifende Züge annehmen und auf der nationalen Ebene populärkulturell stilbildend wirken. National blieb das *Lost-Cause*-Narrativ bis weit in die 1960er/70er Jahre im Süden dominant und im Norden akzeptabel, ehe es von anderen Meistererzählungen verdrängt wurde.

Allerdings war der *Lost Cause* auch im Süden nie konkurrenzlos. Bereits in den 1880er Jahren kam mit der Idee des *New South* ein rekonziliatorisches Narrativ auf, das primär von urbanen Geschäftsleuten und Journalisten getragen wurde. Diese verlangten eine Abkehr von der selbstgerechten Statik und

¹⁷ Vgl. William Blair, *Cities of the Dead. Contesting the Memory of the Civil War in the South, 1865–1914*, Chapel Hill 2004.

¹⁸ Zur Denkmalkultur des 19. Jahrhunderts vgl. Kirk Savage, *Standing Soldiers, Kneeling Slaves*, Princeton 1997.

¹⁹ Zur populärkulturellen Deutung des Bürgerkrieges vgl. David B. Sachsman et al. (eds.), *Memory and Myth. The Civil War in Fiction and Film from Uncle Tom's Cabin to Cold Mountain*, West Lafayette 2007.

²⁰ Zu den Debatten über Sklaverei vgl. Robert Louis Paquette/Louis A. Ferleger (eds.), *Slavery, Secession, and Southern History*, Charlottesville 2000.

²¹ Zu den Gender-Aspekten der Kriegerinnerung vgl. Tara McPherson, *Reconstructing Dixie. Race, Gender, and Nostalgia in the Imagined South*, Durham 2003.

²² Vgl. Michael Hochgeschwender, *Ehre und Geschlecht. Strategien bei der Konstruktion nationaler Einheit nach dem Bürgerkrieg*, in: Hort Carl et al. (Hrsg.), *Kriegsniederlagen. Erfahrungen und Erinnerungen*, Berlin 2004, S. 313–327.

Weinerlichkeit des beständigen Erinnerns an die Helden vergangener Tage, um dem Süden eine neue, dynamische, fortschrittlich-industrielle Identität zu verpassen, ohne gleichzeitig die weiße Vorherrschaft anzutasten.¹²³ Allerdings fehlte es dem Ideal des *New South* vor dem Zweiten Weltkrieg schlicht an einer soliden soziokulturellen Grundlage, weswegen es durchweg minoritär und randständig blieb. Vergleichbare Gedanken kamen erst mit dem wirtschaftlichen Aufschwung des Südens im Zuge der keynesianischen Strukturmaßnahmen des *New Deal* wieder auf, vor allem aber auch seit den 1970er Jahren. Dagegen hatten sich bereits in den 1920er Jahren konservative Kritiker zu Wort gemeldet, die Nashville Agrarians, deren Weltanschauung dann in der Auseinandersetzung mit der schwarzen Bürgerrechtsbewegung¹²⁴ von den eingangs erwähnten Neokonföderierten aufgenommen wurde.¹²⁵

Mit dem ökonomischen Aufschwung des Südens am Ende des 20. Jahrhunderts,¹²⁶ der sogenannten *southernization* der USA,¹²⁷ gewannen die Neokonföderierten in republikanischen, konservativen und libertären Kreisen an Bedeutung. Die konservative Wende in den 1980er Jahren unter Ronald Reagan trug zu ihrem Siegeszug bei. Vom *Lost Cause* unterschieden sie sich durch ihr akademisches Gepräge (fast sämtliche Vordenker waren Universitätsprofessoren), durch die Radikalität des Affektes gegen den Zentralstaat und

¹²³ Vgl. C. Vann Woodward, *Origins of the New South*, Baton Rouge 1967; Edward L. Ayers, *The Promise of the New South. Life after Reconstruction*, New York 1992; Dewey W. Graham, *The South in Modern America*, New York 1994.

¹²⁴ Vgl. Pete Daniel, *Lost Revolutions. The South in the 1950s*, Chapel Hill 2000.

¹²⁵ Zum Kontext vgl. Eugene D. Genovese, *The Southern Front. History and Politics in the Cultural War*, Columbia 1995.

¹²⁶ Vgl. Bethany Moreton, *To Serve God and Wal-Mart. The Making of Christian Free Enterprise*, Cambridge, MA 2009; Bruce J. Schulman, *From Cotton Belt to Sunbelt. Federal Projects, Economic Development, and the Transformation of the South, 1938–1980*, Durham 2007; Numan V. Bartley, *The New South. 1945–1980, The Story of the South's Modernization*, Baton Rouge 1995.

¹²⁷ Vgl. Peter Applebome, *Dixie Rising. How the South is Shaping American Values, Politics, and Culture*, San Diego 1997; John Egerton, *The Americanization of Dixie. The Southernization of America*, New York 1974.

vor allem durch die totale Leugnung jeglicher Relevanz der Sklavenfrage für den Bürgerkrieg, der unversehens zu einem Konflikt über unterschiedliche ökonomische Prioritäten und Einzelstaatenrechte mutierte. Der Bürgerkrieg war in diesem Verständnis ein *War of Northern Aggression* oder, analog zur Revolution von 1776, ein gerechtfertigter *War of Southern Independence* freiheitlich-konservativer Südstaatler gegen zentralistisch-liberal-säkulare *Yankee*-Tyranen, was den Beitrag evangelikal Erweckter zur Sache des Nordens schlicht unterschlug. Auf diese Weise entwickelten sich manche Neokonföderierte zu Stichwortgebern einer nationalen, konservativen Bewegung gegen den starken Staat, das heißt, sie blieben, wie die *Lost-Cause*-Anhänger, amerikanische Nationalisten mit einer doppelten Loyalität. Nur eine Minderheit plädiert heute noch für einen neuerlichen Austritt aus der Union. Im Kern aber handelt es sich um eine intellektuelle Bewegung, die insbesondere populärkulturell bislang über wenig Einfluss verfügt.

Erinnerung und Union Cause

Das Gegenstück zum *Lost Cause* war der *Union Cause*.¹²⁸ Anfänglich war er die bevorzugte Position der Kriegsdemokraten, der moderaten Republikaner und vieler Katholiken. Heute kann man wohl davon ausgehen, dass er immer noch von vielen weißen Amerikanern eher unbewusst geteilt wird. Demnach galt der Bürgerkrieg als gerechter Kampf gegen secessionistische Rebellen, die zusätzlich durch die Sklaverei diskreditiert waren, ohne dies jedoch in den Vordergrund zu rücken. Viel wichtiger waren der Rekurs auf die Verfassung und die Unteilbarkeit der Union. Nun, nach dem Krieg, gelte es die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stärke des wiedervereinigten Landes voranzutreiben und zum Wohle aller freiheitsliebenden Menschen einzusetzen. Amerika sei *der* Ort der großen Menschheitshoffnungen. Insofern hatte der *Union Cause* einen stark patriotischen Zug, der nicht zuletzt im Kampf gegen den Nationalsozialismus, den Faschismus und den Bolschewismus antitotalitär instrumentalisierbar war. Im Kern handelte es sich um einen universalistischen, liberaldemokratischen Na-

¹²⁸ Vgl. G. W. Gallagher (Anm. 15), S. 25–29.

tionalismus²⁹ mit unspezifischen Opferzuschreibungen und einem ganz der Zukunft zugewandten Blick, der jegliche Form traumatischer Kriegserinnerung ausblendete.

Aufgrund dieser mangelnden Spezifik war diese Form des Kriegsdiskurses populärkulturell-medial weniger einsetzbar, schwang aber in sämtlichen Varianten der Kriegspropaganda (auch der des Kalten Krieges) mindestens unterschwellig mit. Vor allem aber brachte er den nationalen Kult um den 1865 ermordeten Präsidenten Abraham Lincoln als Märtyrer der Union mit sich. In zahllosen Monumenten, Bildern, Devotionalien, in Fernsehproduktionen und Spielfilmen³⁰ spielte „Honest Abe“ ebenso eine zentrale Rolle wie in der historischen Forschung, die inzwischen Tausende von Monographien zu Lincoln hervorgebracht hat.³¹ Außerdem diente er als rasseübergreifende, seit dem 20. Jahrhundert auch übersektionale Identifikationsfigur.³² Vielen Schwarzen aus dem Umfeld der *black churches* galt er sogar als neuer Moses, der die befreiten Sklaven als neues Volk Israel ins gelobte Land der Freiheit geführt habe.³³ In dieser Gestalt war Lincoln auch für den *Emancipation Cause* instrumentalisierbar. Gleichzeitig konnte er wegen seiner moderaten Pläne für die Reintegration des Südens in der Nachkriegszeit rekonziliatorischen Interessen dienen, da nur die Neokonföderierten an der alten Sicht von Lincoln als Feind der Freiheit festhielten. Die Polyvalenz des Lincoln-Gedenkens erschwert freilich eine eindeutige Zuordnung. So bleibt unklar, ob die Enthüllung eines Lincoln-Denkmal 2003 ausgerechnet in Richmond, der einstigen

Hauptstadt der Konföderation, eher rekonziliatorisch, unionistisch oder als emanzipatorischer Triumphalismus gelesen werden soll.

Erinnerung und Emancipation Cause

Wesentlich radikaler war eine andere Form nordstaatlicher Kriegserinnerung, die emanzipatorische Meistererzählung.³⁴ Sie wurde bis zum Ende der Fusionsära im Süden (1895/1902) mehrheitlich von den radikalen Republikanern und den Veteranenverbänden der Unionstruppen, allen voran der den Republikanern nahestehenden Grand Army of the Republic (GAR)³⁵ und schwarzen beziehungsweise liberalen Bürgerrechtsverbänden, etwa der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP), getragen. Wie die radikalen Formen der *Lost-Cause*-Ideologie arbeitete der *Emancipation Cause* mit starken moralischen Werturteilen und klaren Schuldzuschreibungen. In dieser Version war die Kriegsschuldfrage klar; der Süden wurde als eindeutiger Aggressor angesehen, die Sklaverei habe zum verräterischen Treubruch an der unteilbaren Union geführt.

Tatsächlich kam der Sklaverei einzig im emanzipatorisch-abolitionistischen Denken eine zentrale Funktion in der Kriegserinnerung zu. Dies war freilich zugleich die Krux dieses Ansatzes, da mit dem Ende der Rekonstruktionsära und der republikanischen *Southern Strategy*,³⁶ also der Herrschaft nordstaatlich-republikanischer und schwarzer Politiker über den Süden in den 1870er Jahren, das Interesse selbst der nordstaatlichen Öffentlichkeit am Schicksal der ehemaligen Sklaven rapide zugunsten eines rekonziliatorischen Rassismus und einer imperial-militaristischen weißen Männlichkeit nachließ. Dieser Primat sieghafter Männlichkeit erlaubte es obendrein nicht, die dem emanzipatorischen Diskurs innewohnenden Formen des Umgangs mit Traumata weiter zu verfolgen, da sie nicht in das neue Schema kriegerischer Tapferkeit passten. Erst nach dem

²⁹ Vgl. Cecilia Elisabeth O’Leary, *To Die For. The Paradox of American Patriotism*, Princeton 1999.

³⁰ Vgl. Hans-Jürgen Grabbe (ed.), *Lincoln’s Legacy. Nation Building, Democracy, and the Question of Race and Civil Rights, History and Literature in Film*, Halle/S. 2010.

³¹ Für eine gute Aufarbeitung des Forschungsstandes vgl. Jörg Nagler, *Abraham Lincoln. Amerikas großer Präsident*, München 2009; Michael Burlingame, *Abraham Lincoln. A Life*, Baltimore 2008.

³² Vgl. Barry Schwartz, *Abraham Lincoln and the Forge of National Memory*, Chicago 2000; ders., *Abraham Lincoln in the Post-Heroic Era. History and Memory in Late Twentieth-Century America*, Chicago 2008; Merrill D. Peterson, *Lincoln in American Memory*, New York 1994.

³³ Vgl. Curtis J. Evans, *The Burden of Black Religion*, New York 2008.

³⁴ Vgl. G. W. Gallagher (Anm. 15), S. 29–33.

³⁵ Vgl. Mary R. Dearing, *Veterans in Politics. The Story of the GAR*, Westport 1974.

³⁶ Vgl. Richard H. Abbott, *The Republican Party and the South, 1855–1877*, Chapel Hill 1986, S. 239.

Zweiten Weltkrieg mit dem Aufkommen der schwarzen Bürgerrechtsbewegung und ab den 1960er Jahren mit den neuen Diskussionen um Opfer tyrannischer Gewalt im Kontext des Holocaust konnte sich ein pointiert auf der Wertschätzung traumatisierter Opfer beruhender Diskurs,¹⁷ in diesem Fall der Schwarzen während der Sklaverei und nach der Rekonstruktion, wieder breit durchsetzen.

Zumindest für die amerikanische Linke, aber auch in liberalen Kreisen, bei der Mehrheit der Schwarzen, bei vielen Historikern und in der medialen Inszenierung von Kriegserinnerungen wurde der *Emancipation Cause* in den 1980er Jahren hegemonial. Durch die nahehe 125. Wiederkehr des Kriegsausbruchs von 1861 im Jahr 1986 wurde die wissenschaftliche und politische Auseinandersetzung neu beflügelt. Einfluss entfaltete insbesondere das neoabolitionistische Meisterwerk „Battle Cry of Freedom“ (1988) des Historikers James McPherson, aber auch Spielfilme wie „Glory“ (1989), der das Schicksal einer schwarzen Einheit in der Unionsarmee thematisiert, oder die TV-Serie „Roots“ (1977) über eine Sklavenfamilie spielten eine Rolle.

Erinnerung und Reconciliation Cause

Damit wurde der bis dahin dominante *Reconciliation Cause* abgelöst.¹⁸ Der ging zwar nicht ganz unter, da er etwa in den Medien prominent vertreten blieb, man denke an Ken Burns umfangreiches Dokumentar-epos über den Bürgerkrieg, an die populäre TV-Serie „North and South“ (1985/86) oder an den monumentalen Spielfilm „Gettysburg“ (1993), aber er verlor erkennbar an integrativer Dynamik. Zuvor aber hatte dieser *Cause* das Gedenken an den Bürgerkrieg in markanter Weise fast schon total beherrscht, zumindest in den Kreisen weißer Amerikaner. Entstanden war er unmittelbar nach dem Bürgerkrieg, um dann in der radikalen Rekonstruktion an Dynamik einzubüßen. Erst

¹⁷ Eine gute Diskussion dieser Problematik findet sich bei Peter Novick, *Nach dem Holocaust. Der Umgang mit dem Massenmord*, München 2001.

¹⁸ Vgl. das Standardwerk von David W. Blight, *Race and Reunion. The Civil War in American Memory*, Cambridge, MA 2001.

in den 1880er Jahren nahm er dann – vor dem Hintergrund des allmählichen Verblässens direkter Kriegserinnerungen und der Hilfe des Nordens für den Süden im Verlauf der großen Choleraepidemie 1884/85 – wieder an Fahrt auf. Mit der nationalistischen und imperialistischen Welle der 1890er Jahre, vor allem mit dem Krieg von 1898 gegen Spanien, wurde die nationale Wiederversöhnung der weißen Amerikaner zum primären Ziel aller Kriegserinnerungen.

Auf symbolischer Ebene erreichte die Rekonkiliation dann 1913, beim 50. Jahrestag der Schlacht von Gettysburg, ihren Höhepunkt, als die weißen Veteranen in Grau und Blau sich über den Schützengräben die Hände reichten und konföderierte wie Unionsfahnen einträchtig zur Schau gestellt wurden. Die schwarzen Veteranen der Union mussten indes abseits feiern. Zu diesem Zeitpunkt waren selbst die hartnäckigsten weißen Verfechter des *Emancipation Cause*, die Mitglieder der GAR, auf den rekonziliatorischen Gedenkkurs umgeschwenkt, was mit den unbestreitbaren Vorteilen dieser Form von Erinnerungskultur zusammenhing. Der rekonziliatorische Diskurs spiegelte zum einen den Rassismus der Gesamtgesellschaft wider, indem er die Schwarzen mehr oder minder aus der Geschichte des Bürgerkrieges und seiner Ursachen ausschrieb. Die USA seien, so die Verfechter, ein Land mit gleichen Idealen gewesen, freilich in unterschiedlicher Auslegung. Beide Seiten hätten einen noblen, tapferen Kampf ausgefochten und könnten über den Ausgang des Krieges eigentlich froh sein, da man sich nun den wichtigen Aufgaben der Gegenwart im Konsens stellen könne. In Zeiten großer Bedrohung durch Weltkriege, Totalitarismen und die weltweite Depression der 1930er Jahre sorgte die Dominanz des Rekonkiliationsdiskurses zumindest an der Front der Kriegserinnerung für Ruhe. Nicht zuletzt erlaubte dieser Diskurs eine Integration nahezu sämtlicher symbolischer, ritueller und semantischer Formen der divergierenden Kriegserinnerungen: *Stars and Stripes* standen neben *Stars and Bars*, der *Civil War* neben dem *War Between the States*, der *Memorial Day* der Union neben dem der Konföderation, die GAR neben UDC und SCV, *Lost Cause* neben *Union Cause*. Und das kollektive Gedächtnis der Nation, mitsamt allen denkbaren Möglichkeiten doppelter Loyalität, wur-

de nicht mit „unzeitgemäßen“ Erinnerungen an die Sklaverei belastet.

Seit den 1950er Jahren wurde der Versöhnungskonsens dann von der schwarzen Bürgerrechtsbewegung und liberalen Historikern gleichermaßen in Frage gestellt. Nach den Erfahrungen mit dem Holocaust beschäftigte man sich intensiver mit der Sklaverei und kam dazu, ihre Rolle in der Vorgeschichte des Bürgerkrieges neu zu bewerten, was wiederum bis 1990 zu einem dramatischen Bedeutungsverlust des *Reconciliation Cause* führte.

Trauma bis heute?

Mit den 1980er Jahren setzten jene sozioökonomischen Prozesse ein, die zur gegenwärtigen und beständig wachsenden ideologischen Kluft zwischen dem roten, republikanisch-konservativ-suburbanen, weißen Mittelklasseamerika auf der einen und dem blauen, liberal-urbanen, ethnisch und sozial diversen Amerika auf der anderen Seite führten. Die marktradikalen Deregulierungsmaßnahmen der Reagan-Administration sorgten zusätzlich für weitere gesellschaftliche Fragmentierungen, die sich in einer tieferen weltanschaulichen Kluft als im vorangegangenen Konsenszeitalter niederschlugen. Zusätzlich verloren die USA mit dem Zusammenbruch der UdSSR ihren Hauptfeind aus dem Kalten Krieg, der bis dahin durch seinen Außendruck, seine schiere Existenz die gesellschaftliche Kohäsion maßgeblich beeinflusst hatte.

Die daraus resultierenden weltanschaulichen Grabenkämpfe wirkten sich notwendig auch auf die kollektive Erinnerung an den Bürgerkrieg aus, die zunehmend gespalten war. Was den Liberalen der *Emancipation Cause*, war den Konservativen die Sache der Neokonföderierten, insofern sie nicht weiterhin den Idealen der Rekonziliation anhingen. Das Gedenken an den Bürgerkrieg wurde zum Schlachtfeld nationalidentitärer Weltanschauungskonflikte. Doch nicht der Bürgerkrieg ist heute das Trauma der USA, sondern die sozialen und kulturellen Fragmentierungen der Gegenwart.

Bernd Greiner

Antikommunismus, Angst und Kalter Krieg. Versuch einer erneuten Annäherung

Essay

W Weil Antikommunismus so alt wie der Kommunismus ist, mutet sein Auftreten im Kalten Krieg auf den ersten Blick wie ein Déjà-vu an. Im Grunde sind die einschlägigen Parolen noch älteren Datums. Ob Deutschland zur Zeit der Sozialistengesetze oder die USA während der Anarchistenbewegung der 1880er Jahre, die Stereotype sind austauschbar, sieht man von wenigen landestypischen Einsprengseln ab. Erst recht trifft diese Beobachtung auf die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zu, als der sogenannte *red scare* – die Furcht vor der „Roten Flut“ – diesseits wie jenseits des Atlantiks den öffentlichen Raum überschwemmte. Angst-Machen und Angst-Haben, Selbsthysterisierung und Selbstmobilisierung treten an unterschiedlichen Orten und zu verschiedenen Zeiten als Signatur verstörter Seelenlandschaften auf.

Bernd Greiner

Dr. phil., geb. 1952;
Historiker und Politologe,
Leiter des Arbeitsbereichs
„Theorie und Geschichte
der Gewalt“ am Hamburger
Institut für Sozialforschung,
Mittelweg 36, 20148 Hamburg.
bernd.greiner@his-online.de

Stets ist dabei zu beobachten, wie die öffentliche Kommunikation das subjektive oder kollektive Empfinden von Angst verändern und am Ende Ängste ganz neuer Art oder anderen Umfangs generieren kann. Scheinbar nichtige Anlässe wie Gerüchte reichen mitunter aus, um unspezifische Befürchtungen in angsterfüllte Hysterie und Wut gegen deutlich identifizierbare Sündenböcke zu verwandeln. Sozialpsychologen sprechen von „sozialen Kaskaden“ und „Gruppenpolarisierung“, von einer infektiösen Dynamik, die durch soziale Interaktion befördert wird. In den Worten des Rechtsphilosophen Cass Sunstein: „Es ist gut belegt, dass Mitglieder von Grup-

pen, in denen ein Austausch über ein Problem stattfindet, verglichen mit ihren vorherigen Neigungen letztlich oft eine extremere Position einnehmen. Gruppen sind deshalb unter Umständen weitaus ängstlicher, als ihre Mitglieder es vor der Beratschlagung waren.“ Die Rede ist also von „moralischer Panik“ und ihren weithin geläufigen Synonymen: Denunziation, Nachbarschaftskontrolle, Bespitzelung oder Hexenjagd. Ob Feinde real präsent sind oder letztlich nur imaginiert werden, ist im Grunde von nachrangiger Bedeutung. Der wehrhafte Ausnahmezustand ist – wie am Beispiel des Antisemitismus, der Lynchjustiz oder eben des Antikommunismus unschwer zu erkennen – auf vielfältige und im Zweifel auch konträre Weise begründbar. Seine eigentliche Pointe aber liegt in der Kraft des Rituals: Sich als Einzelnr an der Selbstreinigung zu beteiligen, heißt, auf demonstrative Art und Weise der Verantwortung für das Gemeinwohl gerecht zu werden. In diesem Sinne lenkte der irische Staatsphilosoph Edmund Burke bereits Ende des 18. Jahrhunderts den Blick auf Angst als emotionale Ressource von Politik: „Es ist nicht so sehr das tatsächliche Vorhandensein einer Bedrohung als vielmehr die Vorstellung dieser Bedrohung, die der Erneuerung oder Restauration dient.“ Womit im Vorbeigehen gesagt ist, wovon Ängste zu guter Letzt auch handeln – von Erweckungserlebnissen und Erlösungsphantasien.

Wann aber, so ließe sich mit gutem Grund einwenden, hat es je angstfreie Epochen in der Menschheitsgeschichte gegeben, Zeiten ohne Angst vor Schmerz, Sterben und Tod, vor Gott, der Hölle und dem Teufel, vor natürlichen oder vom Menschen gemachten Katastrophen, ohne Angst vor Krankheit, Verbrechen, Verarmung, vor einer ungewissen Zukunft, vor Neuem und Unbekanntem? Angst ist bekanntlich das ursprünglichste, in der Bibel vor allen anderen Emotionen genannte Gefühl. Und Angst ist, wie die Historikerin Joanna Bourke bemerkt, eine in Zeit und Raum vagabundierende Emotion, weitläufiger und intensiver als andere Emotionen. „Angst würfelt Individuen auf ganz unterschiedliche Weise zusammen. Es ist die demokratischste aller Emotionen und betrifft jeden, der über das Risiko seines eigenen Todes nachdenkt.“ Was wäre, so gesehen, an der Geschichte des Antikommunismus erstaunlich, aufregend und bedenkenswert? Fügen sich die in dieser Zeit aktivierten Emotionen nicht nahtlos in eine universelle

Geschichte der Angst? Oder, um die Frage zuzuspitzen: Erscheint vor diesem Hintergrund eine Beschäftigung mit dem Antikommunismus überhaupt sinnvoll? Kann man sich Einsichten jenseits des Erwartbaren erhoffen?

Bekanntlich ist es methodisch nicht nur zulässig, sondern bisweilen geradezu zwingend, nach der Normalität im Extrem zu fragen. In anderen Worten: Aus der Analyse des Außeralltäglichen Hinweise auf die Funktionsweisen des Alltags zu gewinnen. Dass der amerikanische Antikommunismus zur Zeit des Kalten Krieges als besonders extreme Variante eines internationalen Phänomens aus dem Rahmen fällt, liegt auf der Hand. Mit dem McCarthyismus wurde nicht nur die längste Phase politischer Repression in den USA eingeleitet, sondern auch ein emotionaler Ausnahmezustand inszeniert, dessen Schleifspuren auch nach Jahrzehnten noch deutlich erkennbar sind. Die Rede ist von einer ideologischen Totalmobilmachung, deren absurde Verstiegtheit für sich selbst spricht. Beispielsweise mussten Hobbyangler, die Mitte der 1950er Jahre im Staat New York ihre Lizenz zum Fischen in regionalen Gewässern beantragten, eine Treueerklärung auf die Verfassung unterschreiben – und damit vermeintlich dokumentieren, dass sie nicht vorhatten, die Brunnen zum Zweck des gesellschaftlichen Umsturzes zu vergiften. Dergleichen Beispiele sind Legion. Sie fügen sich zum Signum eines nervösen Zeitalters, in dem Angst weit mehr war als ein steinerner Gast. Angst und die Suche nach Mitteln zu ihrer Einhegung okkupierten die politische Vorstellungswelt. Kurz: „There was more of it during the Cold War.“

Wie aber dechiffriert man als Historiker eine Emotion, wie kommt man den Ängsten von Individuen, Gruppen oder gar Kollektiven auf die Spur? Wie erklären wir uns die besondere Verkoppelung von Angst und Antikommunismus im Kalten Krieg? Und was sagt uns das amerikanische Extrem über die vergleichsweise normalen Erscheinungsweisen des Antikommunismus andernorts?

Angst und Freiheitsversprechen

Zunächst verweist das Beispiel des amerikanischen Antikommunismus auf eine für die Geschichte und Historiographie von Emotionen grundsätzliche Überlegung. Was immer

Angst im Einzelnen sein mag, sie handelt stets von der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen. So sehr ihre raumgreifende Dynamik mit den Umständen ihrer Zeit verkoppelt ist, so wenig ist sie allein aus den Umständen dieser Zeit heraus erklärbar: Angst ist – wie andere Gefühle auch – in unterschiedlichen Zeithorizonten verortet, sie verbindet die Gegenwart sowohl mit der Vergangenheit als auch mit der Zukunft. Gespeist von unheilvollen Erinnerungen an zurückliegende Ereignisse, steht Angst für die Erwartung, dass sich ähnliches Unheil unweigerlich wiederholen wird.

Im amerikanischen Fall ist die Uragst des 20. Jahrhunderts mit einem auch in der klinischen Psychologie gebräuchlichen Begriff belegt: „Große Depression“. Aus gutem Grund. Die seit 1929 ein Jahrzehnt währende Wirtschaftskrise bricht bis heute alle Negativrekorde. Jede zweite Maschine in der Automobilindustrie, dem Stolz der amerikanischen Industriekultur, musste abgeschaltet werden, zeitweise war die Hälfte aller Amerikaner im arbeitsfähigen Alter un- oder unterbeschäftigt. Die psychischen und moralischen Verwüstungen, die sich hinter diesen und ungezählten anderen Daten verbergen, sind – zumal aus einer europäischen Perspektive – kaum zu ermessen. Bis 1929 hatte das Wort „Krise“ oder „Scheitern“ keinen Platz in der kulturellen Folklore des Landes. Man kann sich kaum eine Gesellschaft vorstellen, die für einen Rückschlag in der Art der Großen Depression psychisch schlechter hätte vorbereitet sein können – eine Gesellschaft, in der selbst die tiefen Spaltungen zwischen Klassen, „Rassen“ und Geschlechtern noch als Potenzial einer gewinnträchtigen Zukunft gedeutet wurden. Nun aber, gleichsam über Nacht, schien der Traum vom ewig währenden Fortschritt und garantierten sozialen Aufstieg an ein unwiderrufliches Ende gekommen zu sein. Die Krise der Wirtschaft wurde als Scheitern einer gesellschaftlichen Utopie gedeutet – als Scheitern der Vision, an die Stelle einer Gesellschaft von *haves and have nots* eine Gemeinschaft von *haves and will haves* zu setzen.

Egal, ob man sich aus freien Stücken und scheinbar grundlos ängstigt oder Angstmachen auf den Leim geht, auf Dauer sind dergleichen Ängste weder Einzelnen noch Kollektiven zuträglich. Erstere drohen an ihrer Psyche Schaden zu nehmen, Letztere stoßen an die Grenzen politischer Integration und

Kohäsion, wenn der Staat sein ureigenstes Anliegen – nämlich Sicherheit und Freiheit von Angst zu gewährleisten – nicht mehr zu bedienen weiß. Kaum einer hatte diesen Zusammenhang besser verstanden als der damalige Präsident Franklin D. Roosevelt (1933–1945). Und niemand hatte einen griffigeren Gegenentwurf zur Hand als er: „All you have to fear is fear.“

„Sicherheit“ und „Freiheit vor Furcht“ bildeten die semantische Achse der Roosevelt'schen Krisenrhetorik. Sicherheit der Arbeitsplätze, der Märkte, der Finanzwelt, Sicherheit in der Lebensplanung – selbst der traditionelle Entwurf amerikanischer Freiheit, der bekanntlich die Bereitschaft zum Risiko höher als alles andere veranschlagt und im Grunde eine Ausöhnung mit fortwährender Unsicherheit reklamiert, wurde in diesem Sinne undefiniert. Amerika bietet Sicherheit, so die Rede, weil es frei ist, und diese Freiheit verlangt nach uneingeschränkter Sicherheit. Der besondere Akzent lag auf „uneingeschränkt“ – ein Adjektiv mit weit reichenden Implikationen. Denn wie kein anderer vor ihm verklammerte Roosevelt die innen- und außenpolitischen Dimensionen von Sicherheit. Man könnte auch von einer Verflüssigung traditionell scharf gezogener Grenzlinien sprechen. Innenpolitik wird zu einem integralen Bestandteil der Außenpolitik und umgekehrt, Militärstrategie ist von Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht mehr zu trennen, kulturelle Identität wird an eine auch jenseits der eigenen Grenzen zu wahrende Sicherheit gekoppelt. Kurz: die Logik des einen definiert die Agenda des anderen, Sicherheit ist nur als unteilbare vorstellbar.

Die ironische Pointe dieser Vision von „universeller Sicherheit“ und „totaler Politik“ trat erst im Laufe der folgenden Jahrzehnte ins Bewusstsein. So sehr Roosevelt es darauf angelegt hatte, Angst im Begriff der „Sicherheit“ ruhig zu stellen, wenn nicht unsichtbar zu machen, so wenig blieb er Herr über die von ihm angestoßene Entwicklung. Im Gegenteil: Trotz des überragenden Sieges im Zweiten Weltkrieg schärfte ausgerechnet die Sensibilität für reale und imaginierte Unsicherheiten und wurde folglich zum Nährboden neuer und im Wortsinne entgrenzter, maßloser Ängste.

Die Karriere des Begriffs „nationale Sicherheit“ illustriert diesen Zusammenhang auf eine bis heute gültige Weise. Im Grunde blieb

kein Bereich des politischen und gesellschaftlichen Lebens, keine private oder öffentliche Aktivität ausgespart: Schlechterdings alles war ein Problem „nationaler Sicherheit“. Weil Streiks die Rüstungs- und Verteidigungsanstrengungen unterlaufen konnten, bürgerte sich der Begriff der *industrial security* ein. Weil politische Arbeit mit oder für Minderheiten – beispielsweise zur Rekrutierung schwarzer Wähler – das Bild einer gespaltenen, uneinigen Nation transportierte, trat die Kategorie der „sozialen Sicherheit“ in ihrer disziplinierenden Variante in Erscheinung.

Weitere Beispiele erübrigen sich, denn sie illustrieren nur Grundsätzliches – dass „nationale Sicherheit“ mittels Prävention und allumfassender Vorsorge zu gewährleisten ist. Diesem Verständnis zufolge müssen Gefahren bekämpft werden, bevor sie konkret geworden sind, muss selbst dann gehandelt werden, wenn es weder schlüssige Vermutungen noch hinreichende Beweise für eine Bedrohung gibt. In anderen Worten: Die Frage ist nicht, ob oder wie wahrscheinlich ein Szenario ist; dass es potenziell vorstellbar ist, gibt den Ausschlag. Folglich scheinen die Risiken des Nichthandelns allemal größer als die Risiken des Handelns. Um noch einmal Cass Sunstein zu zitieren: „Nur oder vor allem dem schlimmstmöglichen Fall wird Beachtung geschenkt, selbst wenn dieser höchst unwahrscheinlich ist.“

Seither tritt der Antikommunismus in veränderter Gestalt in Erscheinung – in radikalierter und substantialisierter Form. „Sie sind überall, in Fabriken, Büros, Metzgereien, an den Straßenecken, in privaten Firmen“, meinte der amerikanische Justizminister Tom Clark Ende der 1940er Jahre über kommunistische Schläferzellen. „Und jeder trägt den Keim für den Untergang der Gesellschaft mit sich.“ „Den Keim für den Untergang der Gesellschaft“: Obwohl die Kommunistische Partei der USA zu diesem Zeitpunkt nicht mehr, sondern im Vergleich zu ihrer Hochphase zehn Jahre früher weniger Mitglieder hatte, galt sie nicht mehr wie ehemals als Störfaktor, wurde sie nicht länger als zwar lästiges, aber im Grunde tolerables Problem behandelt – sondern wie eine unmittelbare und tödliche Bedrohung der Nation. Nicht zufällig war der Alarmismus jener Tage eingewoben in eine nicht enden wollende Litanei über die politische Immunschwäche der liberalen Demokratie und ihre vermeintliche Unfähigkeit, die richtigen Leh-

ren aus den zurückliegenden Katastrophen zu ziehen. Deutlicher hätte man die Selbstzweifel als Voraussetzung einer aggressiven Risikoprävention wohl kaum formulieren können.

Vermutlich wäre diese auf die Spitze getriebene Variante des Antikommunismus ohne den Kalten Krieg eine kurze Episode geblieben und würde aus heutiger Sicht wie eine jener Verirrungen gewertet, die in der Geschichte der USA fast regelmäßig zu Tage treten. Dass dem nicht so war, lag offenkundig an der politischen Konstellation der Zeit. Wer das Prinzip aggressiver Vorsorge als Leitfaden jedweder Politik definierte, musste auf die potenzielle Gefahr einer Kommunistischen Partei hinweisen, die seit 1945 mit einer Weltmacht im Bunde war. Oder kam nicht umhin, die Präsenz sowjetischer Truppen in Osteuropa als Ouvertüre für den Fall Westeuropas und einen Zangengriff auf die USA zu sehen. Dass aber nicht nur ein neues, sondern ein beispielloses Kapitel der Angst aufgeschlagen wurde, hing hauptsächlich mit der Bedrohung durch beispiellose Waffen zusammen – mit Nuklearwaffen, die seit August 1949 bekanntlich auch in der Hand der Sowjetunion waren.

Angst und nukleare Abschreckung

Das Dilemma des Nuklearzeitalters ist oft und hinreichend beschrieben worden: Ausgerechnet von jenen Mitteln, die für die Gewährleistung größtmöglicher Sicherheit aufgeboden wurden, ging die größtmögliche Gefahr aus – die Selbstvernichtung im Falle eines Versagens der Abschreckung. Wirksame Abschreckung aber setzte voraus, dass die Angst vor der Bombe nicht als Verängstigung in Erscheinung trat. Wer glaubwürdig abschrecken wollte, musste den Gegner einschüchtern, verunsichern und ihm dauerhaft Rätsel aufgeben: Nie sollte er ein klares Bild von den eigenen Kapazitäten und Absichten gewinnen, nie gewiss sein, wie weit die Berechenbarkeit seines Gegenübers reichte. So wollte US-Außenminister John Foster Dulles (1953–1959) sein viel zitiertes Diktum über Staatskunst im Nuklearzeitalter verstanden wissen: Wenn nötig, sich dem Abgrund nähern, ohne zum Äußersten entschlossen zu sein, aber die andere Seite rätseln lassen, wo die Grenze zwischen Bluff und Vabanque verlief. Selbst zu Zeiten der Entspannung hatte das Kalkül mit dem Unkalkulierbaren, die Rationalisierung des Irrationalen, einen festen Platz

im Inventar der Außenpolitik. Es ging nämlich um den Kern des Politischen: nicht sich selbst, sondern andere abzuschrecken.

An dieser Stelle und mit Blick auf die zeitgleiche Virulenz des Antikommunismus drängt sich das Werk des Sozialphilosophen Günther Anders auf. In seinen Abhandlungen zum Atomzeitalter weist er darauf hin, dass nicht „die gespannte politische Lage den Aufbau der atomaren Apparatur nach sich zieht, sondern umgekehrt, dass der Aufbau der atomaren Apparatur die gespannte politische Lage benötigt und deshalb herstellt“. Und dass zweitens die atomare Bedrohung „überschwellig“ ist – zu groß, um wahrgenommen oder vorgestellt werden zu können, zu diffus, um greifbar zu sein. Von einer „entmachtenden Übermacht“ spricht Anders und meint nicht zuletzt die verwirrende Ortlosigkeit der atomaren Bedrohung: Sie ist universal, kann buchstäblich jeden treffen, überall und jederzeit. Ortlos aber ist das Gegenteil von politisch, es verträgt sich nicht mit dem jedweder Politik eigenen Anliegen – nämlich Problemen einen Ort und eine Adresse zu geben, sie durchschaubar und damit lösbar zu machen und im Zweifel die Welt trennscharf in Freund und Feind zu scheiden. Stattdessen stiftet die atomare Welt eine nicht auflösbare Verwirrung: Gegen wen soll sich Kritik richten, wer ist als verantwortlich zu identifizieren, wenn ausnahmslos alle potenzielle Opfer der absoluten Waffe sind, jener Waffe, die Schuldige wie Unschuldige unterschiedslos in den Abgrund reißt und mithin bei der Verteilung des Risikos keinen Unterschied kennt?

Wer die Frage so stellt, wird im Extrem des amerikanischen Antikommunismus den Versuch erkennen, zur Normalität zurückzukehren. Genauer gesagt das Bemühen, dem Unverstandenen und Unverstehbaren eine klare Kontur zu geben. Die Hysterie der Zeit konnte alle möglichen Schurken: Kommunisten, die angeblich das Außenministerium infiltriert hatten, Agenten im Pentagon und bei den Streitkräften, Aktivisten der „fünften Kolonne“, die das öffentliche Leben vergifteten. Im Zentrum aber stand der „Atomspion“. Sein geheimes Wirken gab die Antwort auf alle offenen Fragen: Warum die rückständigen Russen auf wundersame Weise in den Besitz der Atom-bombe gelangt waren, weshalb die Frucht des Sieges im Zweiten Weltkrieg für die USA zum bitteren Lorbeer wurde oder wer Schuld am Ausbruch des Korea-Krieges hatte. Letzteres

führte 1951 der Richter im Prozess gegen die Atomspione Ethel und Julius Rosenberg übrigens zur Begründung des Todesurteils an. So skandalös dieses Urteil auch war, es kündet auch von einer bemerkenswerten und dem Geist der Zeit entsprechenden Konsequenz. Im Bild des kommunistischen Spions konnte man dem Un-greifbaren wieder Kontur geben, dem Flüchtigen eine Adresse zuschreiben und das Ortlose endlich wieder verorten. Vielleicht nährte das Todesurteil sogar die Illusion, das verdinglichte Böse buchstäblich aus der Welt schaffen zu können. Sollte dem so gewesen sein, so war die Beruhigung nur von kurzer Dauer. Denn der überhitzte Antikommunismus gab der Politik weiterhin ihren Takt vor – als könnte der ideologische Lärmteppich ein Sedativum gegen tief sitzende und mit anderen Mitteln schwerlich zu beruhigende Ängste sein.

Reales wird fiktiv, Fiktion wird real

In dieser Spielart des Antikommunismus spiegelt sich ein verstörender Wandel in der Wahrnehmung von Welt und Politik. Sie gründet in der Erwartung, dass jederzeit alles möglich ist, dass es in der Phantasie nichts gibt, was die Wirklichkeit nicht einholen oder gar überbieten könnte. So mögen die Physikstudenten an der Universität von Chicago gedacht haben, die sich Mitte der 1950er Jahre weigerten, eine Petition gegen die Aufstellung eines Cola-Automaten in ihrem Fachbereich zu unterschreiben – aus Angst, den Eintrag auf einer Liste mit dem Ausschluss aus der politischen und beruflichen Gemeinschaft bezahlen zu müssen und die Karriere einem Softdrink zu opfern. Das Reale wird fiktiv, die Fiktion findet in der Realität zu ihrer wahren Gestalt – in diesem Sinne bearbeiteten auch Journalisten und Schriftsteller ihre Stoffe.

Von der auflagenstarken Zeitschrift „Collier's“ mit dem Leitartikel für ein Sonderheft über den Dritten Weltkrieg gebeten, bestätigte der Drehbuchautor Robert E. Sherwood den Auftrag mit den Worten: „Der Leser sollte erst gar nicht auf die Idee kommen, wieder einmal irgendeine konstruierte Sensationsgeschichte vor sich zu haben, sondern sollte denken: Mein Gott, darum geht es tatsächlich! Genau das kann passieren.“ Und zwar, wie die Herausgeber in ihrem Editorial ergänzten, „schon morgen.“ Mittlerweile geeicht auf das Prinzip der kompromisslosen

Vorsorge und bewandert in der Phantasie, das zu einem Prozent Mögliche für das hundert Prozent Reale zu halten, sorgten sich Amerikaner am meisten vor einem russischen Überfall, als „der Russe“ noch gar nicht über die Mittel zu einem solchen Angriff verfügte.

Zu fragen wäre, ob der Antikommunismus des Kalten Krieges diesen wirklichkeitsfremden und seiner Zeit zugleich nahen Denkstil – den permanenten Rollenwechsel von Fiktion und Realität – nicht über das Ende des Kommunismus hinaus befördert hat. Ob sich die Energien dieser Zeit also mitnichten erschöpft haben, sondern auf neuen Feldern unvermindert weiterwirken. Angesichts der Konjunktur von Verschwörungstheorien scheint die Frage mehr als berechtigt, beziehen diese Theorien ihre suggestive Kraft doch schlicht aus einem Austausch der Vorzeichen: Nicht dem Feind im Äußeren, sondern der Regierung im Inneren ist jederzeit alles zuzutrauen – dass sie den Überfall auf Pearl Harbour provoziert hat, dass sie mit John F. Kennedy einen ihrer beliebtesten Präsidenten ermorden ließ, dass sie zum Zweck einer rassistisch aufgeladenen Bevölkerungskontrolle das AIDS-Virus in Umlauf brachte oder einen Grund zum Krieg gegen die muslimische Welt suchte und durch die Sprengung der „Twin Towers“ am 11. September 2001 selbst herbeiführte.

Man mag dergleichen für den Ausdruck politischer Fieberträume halten. Wenn aber nicht mehr nur ein *lunatic fringe*, sondern ausweislich diverser Meinungsumfragen in den USA wie in Europa bis zu 30 Prozent der Wahlbürger sich in diesen Fieberträumen einrichten, stehen demokratische Prinzipien auf dem Spiel – vorab der Grundsatz, dass Demokratien nicht allein auf Partizipation, sondern zu gleichen Teilen auf Vertrauen beruhen. Sollte es zwischen gestrigem Antikommunismus und heutigem Verschwörungdenken eine Geistesverwandtschaft geben, dann fände sich ein Gedanke von vielen Anti-Antikommunisten aufs Neue bestätigt: dass auch bei der berechtigten Bekämpfung von Gegnern und Feinden der Zweck nicht jedes Mittel heiligt. Es sei denn, man nimmt die Beschädigung der eigenen Sache sehenden Auges in Kauf. Genau davon aber handelt die Geschichte des Antikommunismus zur Zeit des Kalten Krieges – diesseits wie jenseits des Atlantiks.

Alex Gertschen

Das bessere Leben, erträumt und erlitten*

Reportage

Javier Gómez wird am Flughafen von San Francisco seine Papiere vorweisen, die Sicherheitskontrolle passieren und das Flugzeug nach Mexiko-Stadt besteigen, aufrechten Ganges und ohne Angst. Nicht so wie in der Vergangenheit, in der er fast Jahr für Jahr die Vereinigten Staaten heimlich betrat und verließ, erstmals im Februar 1984 und zuletzt im März 2009, als er sich mit zwölf anderen „illegalen Migranten“ auf das Fahrgestell eines Lieferwagens legte, dicht gedrängt und die Schuhe eines Mitpassagiers im Gesicht, und sich während 15 Stunden unter der schweren Teppichmatte nicht rühren durfte, um weder an der Grenze noch bei den häufigen Kontrollen im Hinterland die Aufmerksamkeit der US-amerikanischen Behörden zu erregen.

Alex Gertschen

Lic. phil., geb. 1979; Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ in Mexiko-Stadt. alex.gertschen@gmx.ch

„Sie haben mir eine Arbeitserlaubnis gegeben“, sagt der 52-Jährige in seinem Wohnwagen, der schon einige Jahrzehnte unter den Rädern haben dürfte, und nimmt einen Schluck aus der Bierflasche. Die Stille des Moments wird vom Horn eines Güterzugs durchbrochen, der einige hundert Meter die verlassene Wilson Landing Road hinunter durch die Dunkelheit der Nacht rattert. Danach legt sich wieder Lautlosigkeit über die schier endlosen Baumreihen der Plantagen, welche die Umgebung des nordkalifornischen Städtchens Chico durchziehen. Javier hat die Worte bedächtig und nur mit dem Hauch eines Lächelns gesprochen. Eine

* Zweiter Teil; der erste Teil der Reportage ist im Themenheft „Mexiko“ erschienen: APuZ, (2011) 40–42, S. 42–46, online: www.bpb.de/CD1T3B.

Woche, nachdem er die Nachricht vom Migrationsamt in der Hauptstadt Sacramento im Briefkasten liegen sah, scheint ihm der Vorgang noch immer ungeheuerlich, fast unfassbar zu sein. Lange ist er ein „Illegaler“ gewesen.

Seine Familie, die in der Gemeinde Tláhuac im Süden von Mexiko-Stadt wohnt, lässt er noch im Ungewissen. „Ich will meine Frau und die anderen überraschen“, erklärt Javier. In knapp zwei Monaten wird seine älteste Enkelin 15 Jahre alt. Die rauschende *fiesta de quinceañera* markiert in Mexiko und anderen lateinamerikanischen Ländern den Übergang vom Mädchen zur jungen Frau. Spätestens dann will Javier zuhause sein. Zuvor müssen noch die Nussernte eingefahren und der ersehnte Ausweis in San Francisco abgeholt werden. Die mit Holztapete verkleideten kleinen Schränke über der braun-grauen Sitzcouch quellen bereits über mit Weihnachtsgeschenken.

Dank der harten Dollars, die Javier seit 1984 in die Heimat schickt, hat seine Familie in Tláhuac ein kleines Grundstück kaufen und darauf ein Haus bauen können. Die drei Kinder verließen die Schule nicht wie er nach sechs Jahren, sondern mit dem Abitur in der Hand. Seine Ehefrau Rosa María Villanueva hat die Geldsendungen verlässlich verwaltet und Javier über die Jahre und Distanzen hinweg die Treue gehalten. Wie sie betont auch er, das strenge Regime der meist alleinerziehenden Mutter habe verhindert, dass die Familie wie jene anderer Arbeitswanderer an der zermürbenden Trennung zerbrochen sei. Das Visum erscheint wie die Krönung dieser Aufstiegs Geschichte. Doch lassen weder das zurückhaltende Naturell Javiers noch die Enge und Einsamkeit im Wohnwagen die Freude überschäumen. Hier koche er alleine, schlafe er alleine, rauche er alleine, hat er beim Vorstellen seines abgelegenen Heimes gesagt.

Gewohnheiten aus dem pueblo

Bis vor vier Jahren hatte Javier im nahen Städtchen Hamilton mit mexikanischen Arbeitskollegen eine Wohnung geteilt. Doch hätten diese oft übermäßig getrunken und Marihuana geraucht. Obwohl ihm viel an Geselligkeit und Freundschaften liege, sei ihm dies gegen den Strich gegangen. Viele

Landsleute, die wie er meist ländlichen und einfachen Verhältnissen entstammen, führten sich wie in ihrem *pueblo*, ihrem Heimatdorf, auf. Sie setzten sich betrunken ans Steuer, verursachten Unfälle und meinten, alles mit Geld regeln zu können. „Aber hier müssen die Gesetze eingehalten werden“, meint Javier. Deshalb nehme er immer eine Decke mit, um nach einem Fest im Auto zu schlafen. Deshalb achte er peinlich darauf, dass die Verkehrspolizei an seinem alten Buick nichts zu beanstanden habe. Und deshalb bezahle er stets pünktlich Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Bei seinem Visumantrag sei ausschlaggebend gewesen, dass er sich nie etwas zuschulden habe kommen lassen, berichtet Javier nicht ohne Stolz. Die illegale Überquerung der Grenze ist für ihn kein moralisches, schuldbehaftetes Problem. Er muss arbeiten, Geld verdienen.

Am folgenden Tag arbeitet Javier nicht, wie während der Ernte von Montag bis Samstag üblich, von 7 bis 19 Uhr. Es ist Sonntag. Darum kann er mich bereits am frühen Nachmittag durch die Baumplantagen der McGowans fahren. Seitdem ihm sein jüngerer Bruder Francisco 1986 Arbeit bei dieser Farmerfamilie besorgt hat, schuftet Javier in ihren Diensten. Damals pflanzten die McGowans im südlich von Chico gelegenen Gemeindehauptort Butte City Reis an. Dieser wurde an die Brauerei Anheuser Busch geliefert, weshalb Budweiser noch heute Javiers bevorzugtes Feierabendbier ist. Erst putzte er die Geräte, dann brachte ihm Francisco die Bedienung der Maschinen bei. Als sich die McGowans auf den Anbau von Pflaumen, Mandeln und Nüssen in Chico beschränkten, musste Javier erneut angelernt werden. Mittlerweile fest etabliert, verdient er 12,50 Dollar pro Stunde. Ein Anfänger erhält acht Dollar. „Ich könnte wie andere Kollegen bis zu 20 verdienen. Dazu müsste ich jedoch Englisch sprechen“, fügt Javier hinzu. Sein Patron Richard McGowan habe ihm angeboten, den Unterricht und gar den Lohnausfall zu bezahlen. Aber mit dieser Sprache stehe er auf Kriegsfuß.

Weil Richard McGowans Betrieb am Sonntagnachmittag ruht, suchen wir die nahe gelegene Anlage von dessen Bruder Henry auf. Zwei Mexikaner lenken die Baumnüsse von großen Containern auf ein Förderband, an dem vier Mexikanerinnen stehen, um die

minderwertigen Stücke auszusortieren. Danach werden die Nüsse maschinell gewaschen, getrocknet und auf einen Lastwagen verladen. Henry McGowan gräbt mit einem Traktor das Wasser ab, das aus der Waschanlage sickert. In Butte City war er Javiers Arbeitgeber gewesen. Als er ihn sieht, steigt er unverzüglich herunter und kommt zu uns herüber. „Ohne die Mexikaner funktionierte die kalifornische Landwirtschaft nicht“, sagt er, ein kleiner, kräftiger und sympathischer Mittfünfziger. Seit 20 Jahren habe er keinen weißen Amerikaner mehr beschäftigt. „Die suchen spätestens nach zwei Tagen das Weite. Sie halten die Hitze und die Härte der Arbeit einfach nicht aus.“

Hat sich Javier nie ausgebeutet gefühlt? Er verneint entschieden. Die McGowans hätten ihn immer gut behandelt. Sie seien harte Arbeiter, die selber Hand anlegten. Deshalb verzichteten sie auf fremde Gutsverwalter. Solche *mayordomos* seien oft selbst mexikanischer Abstammung, die ihre Stellung ihrer Zweisprachigkeit verdankten. Obwohl ihre Vorfahren ebenfalls illegal eingewandert seien, fühlten sie sich den einfachen Landarbeitern, den *campesinos*, überlegen. Meistens seien sie es, welche die Arbeiter rücksichtslos behandelten. Weil in Chico kleine Familienbetriebe überwogen, seien die Arbeitsbedingungen relativ gut. Selbstredend denkt Javier dabei an sein kurzes Erwerbsleben in Mexiko, nicht an die Verdienstmöglichkeiten und Annehmlichkeiten im drei Fahrstunden entfernten Silicon Valley.

Die Zufriedenheit hängt eben vom Maßstab ab. Javiers Bruder Francisco, den wir im Südwesten Chicos besuchen, sagt, er habe den amerikanischen Traum verwirklicht. Da er als damals Lediger nicht wie Javier alljährlich nach Mexiko zurückkehrte, erfüllte er 1986 die Bedingungen, um von einer Amnestie der Regierung Ronald Reagans zu profitieren und seinen Aufenthaltsstatus zu legalisieren. Ein zinsloses Darlehen des Staates erlaubte ihm vor elf Jahren, ein kleines Reihenhäuser zu erstehen. Doch seinen drei Kindern, hier geboren und somit US-amerikanische Staatsbürger, solle es später noch besser gehen: „Mit ihrer Ausbildung können sie etwas anderes anstreben, eine Anstellung in einem Büro, mit Klimaanlage“, erzählt er in seinem Wohnzimmer, mit den Füßen in Filzpantoffeln und dem Blick auf den Fernseher



Javier Gómez vor der kalifornischen Mandelbaumplantage, auf der er arbeitet

© Alex Gertschen

gerichtet. Es läuft der lauthals kommentierte *clásico* der mexikanischen Fußballmeisterschaft zwischen Club América aus der Hauptstadt und Chivas aus Guadalajara.

Während Javier in Gedanken dauernd in Mexiko weilt, hat Francisco in Chico Wurzeln geschlagen. Ansprüche und Lebensweise der Nordamerikaner sind ihm wegen der Kinder weit weniger fremd. Aber sehen er oder seine Ehefrau fern, dann nur auf mexikanischen oder spanischsprachigen US-Kanälen. Wie sehr die rund 49 Millionen in den USA lebenden Latinos ihrer Herkunftskultur und -sprache verbunden bleiben, hat sich zwei Tage zuvor bei der Vergabe der Übertragungsrechte für die nächsten Fußballweltmeisterschaften gezeigt. Während der englischsprachige Sender Fox News 400 Millionen US-Dollar bezahlte, waren sie Telemundo, der ganz auf die fußballverrückten *hispanics* ausgerichtet ist, 600 Millionen wert. Francisco hat draußen an der Eingangstüre einen Anschlag angebracht, auf dem geschrieben steht: „Dies ist

ein katholisches Haus. Es lebe die Jungfrau von Guadalupe!“ Er hofft, die mexikanische Nationalheilige verschueche die hartnäckigen Hausmissionare der Mormonen, Evangelikalen und Zeugen Jehovas.

Dem Krebsseimer entkommen

Die United Farm Workers of America (UFWA) sind die wichtigste Landarbeitergewerkschaft in Kalifornien. Haben sich die Gebrüder Gómez ihr angeschlossen? Sie haben nicht einmal von ihr gehört. Die relativ guten Arbeitsbeziehungen in den Kleinbetrieben Nordkaliforniens seien ein Grund für die fehlende Präsenz der UFWA in dieser Gegend, sagt Juan-Miguel Rubio, ein Gewerkschaftsfunktionär, der vor 15 Jahren illegal eingewandert ist. Wir sitzen in einem mexikanischen Restaurant in Santa Rosa, eine knappe Autostunde nördlich von San Francisco. Die UFWA seien im Weinanbau des nahen Napa Valley und im Gemüseanbau des Central Valley zwischen San Francisco und Los Angeles stark engagiert, fährt Rubio fort. „Dort sind riesige Unternehmen tätig, bei denen die Arbeitsbedingungen tendenziell schlecht sind und es am meisten zu verteilen gibt.“ Doch die Gewerkschaft ist schwach. Von den gut 400000 Agrararbeitern in Kalifornien gehören ihr bloß 5000 an. Dass 80 Prozent der Arbeiter „illegale Einwanderer“ seien, bringe sie in eine noch schwächere Position, sagt Rubio. Natürlich komme es so zu Ausbeutung. Laut den UFWA sind auf den Feldern des *Sun State* seit 2005 mindestens 16 Personen allein an den Folgen der Hitze gestorben.

Javier Gómez verknüpft sein Schicksal nicht mit jenem eines Kollektivs. Er schreibt es seinen individuellen Anstrengungen zu, dass ihn das Glück, die McGowans als Arbeitgeber zu haben, nicht verlassen habe. Als Mitglied einer benachteiligten Klasse sieht er sich nicht. Das Kollektiv, dem er sich am meisten verbunden fühlt, ist seine Nation. Auch in Mexiko hat der Nationalismus über alle andere Großideologien und -identitäten gesiegt. Angesichts seiner Landsleute kann seine erklärte Liebe zum Vaterland aber schon leiden. Davon zeugen die Bemerkungen über seine ehemaligen Mitbewohner in Hamilton. Dafür sprechen seine Erfahrungen, die er auf seinen Wanderungen durch

Südkalifornien gemacht hat. „In Los Angeles fühlt man sich wie in Mexiko. Überall sind Bettler und Betrunkene zu sehen“, sagt er nachdenklich.

In Mexiko kennt jedes Kind die *teoría del cangrejo*, nach der sich die Menschen wie die Krebse in einem Eimer verhalten: Ist einer drauf und dran, über den Rand in die Freiheit zu gelangen, ziehen ihn die anderen wieder hinunter. Die Metapher verweist darauf, dass sich mexikanische Auswanderer im Gegensatz etwa zu kubanischen oder chinesischen viel seltener organisieren, gegenseitig unterstützen und so rasch sozial aufsteigen. Dass die Mexikaner in den USA und insbesondere in Kalifornien dennoch Ängste hervorrufen, hat mit ihrer Zahl und der Vergangenheit zu tun. 32 Millionen Einwohner gaben beim US-Zensus 2010 an, mexikanischer Herkunft zu sein. In Kalifornien machen die *hispanics*, die fast ausschließlich aus dem südlichen Nachbarland stammen, 38 Prozent der Bevölkerung aus, im Süden des Gliedstaates gar die Hälfte. Die politische Sprengkraft dieser demografischen Fakten wird durch einen Umstand erhöht, den Javier bei der Fahrt durch die fruchtbare Landschaft etwas nostalgisch und eher beiläufig erwähnt: „Das alles gehörte einmal zu Mexiko.“

California is different

Die irischen Vorfahren der McGowans errichteten 1835 ihre erste Ranch in Kalifornien tatsächlich auf mexikanischem Boden – in *Alta California* (Oberkalifornien). Während die Halbinsel *Baja California* (Niederkalifornien) vom Dominikanerorden christianisiert worden war, hatte der spanische Vizekönig in Mexiko-Stadt das Gebiet nördlich davon den Franziskanern zugeschlagen. Dem Heiligen Franz von Assisi zu Ehren errichteten die Mönche 1776 die Mission San Francisco, der Keim der heutigen Weltstadt. Als Mexiko 1821 von den spanischen Kolonialherren die Unabhängigkeit erlangte, wurde Oberkalifornien Teil eines riesigen und kaum bevölkerten Landes mit einem fragilen Staat. Der geografischen Expansion der vor Energie strotzenden und von missionarischem Sendungsbewusstsein berauschten USA hatte Mexiko nichts entgegenzusetzen. Erst verlor es das Gebiet des heutigen Texas, das sich 1836 mit Unterstützung Washingtons für



Javier Gómez' Besitz in Chico: ein gemieteter Wohnwagen und ein alter Buick

© Alex Gertschen

unabhängig erklärte, und nach dem Krieg von 1846/1847 musste es auch die nachmaligen US-Gliedstaaten Arizona, New Mexico und Kalifornien an die USA abtreten.

Der Lateinamerikanist Barry Carr erzählt in seinem Büro an der University of California in Berkeley, Kalifornien habe seine spanisch-mexikanische Vergangenheit ab den 1920er Jahren wiederentdeckt – als Mittel der Reisewerbung. „California is different“, habe das Motto gelautet. Versprochen wurde die sichere und bequeme Erkundung einer fremdländisch anmutenden, weil nicht angelsächsisch geprägten Gegend Amerikas. Mit Blick auf den verstärkten Autotourismus wurden die verfallenen Missionen renoviert und mit Straßen erschlossen. „Es war ein sehr oberflächlicher Gebrauch der Geschichte“, befindet Carr. Der Enthusiasmus, mit dem das kulturelle Erbe für die Touristen aufgefrischt wurde, kontrastierte mit dem Argwohn gegenüber den mexikanischen Arbeitern, die von der Landwirtschaft seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert in immer größerer Zahl angeheuert wurden.

Erst vor wenigen Wochen hat der kalifornische Gouverneur Jerry Brown mehrere Gesetzesreformen zugunsten von illegalen Immigranten und deren Kindern unterzeichnet. College-Studenten ohne gültige Papiere dürfen fortan private und staatliche Stipendien beantragen. Lokalbehörden ist künftig untersagt, Arbeitgeber zur Benutzung von „E-Verify“ zu zwingen, einer Datenbank der Bundesregierung zur Überprüfung des Aufenthaltsstatus von Arbeitnehmern. Die Rechte von Landarbeitern und ihren Gewerkschaften, allen voran der UFWA, werden gestärkt. Browns demokratische Parteikollegen loben, leistungsstarke und dringend benötigte Studenten und Arbeiter würden endlich belohnt. Die republikanische Opposition dagegen grollt, alle ehrlichen Einwanderer müssten sich wie Idioten vorkommen. Der Politologe Dan Schnur von der University of Southern California bemerkt in einer Zeitung, die Gesetzesänderungen hätten erstaunlich wenig Staub aufgewirbelt: „Vor fünf Jahren wären sie riskant und vor 15 oder 20 Jahren glatter politischer Selbstmord gewesen.“

Mit den Reformen grenzt sich Kalifornien eben nicht nur gegen den rechtskonservativen Furor ab, der seit dem vergangenen Jahr Bundesstaaten wie Alabama, Arizona, Georgia oder South Carolina laut der „New York Times“ in einem Wettbewerb um die restriktivsten Einwanderungsgesetze hat „Amok“ laufen lassen. Die politische Geste bedeutet auch eine Abkehr von der eigenen Vergangenheit. Die 1990er Jahre waren in Kalifornien ein Jahrzehnt offen ausgetragener ethnischer Spannungen. Am berühmtesten und berüchtigtsten war der Fall des Schwarzen Rodney King, der 1991 von weißen Streifenpolizisten grundlos geprügelt wurde, was wochenlange Unruhen in Los Angeles auslöste. Im selben Jahr erschossen zwei asiatische Ladenbetreiber vermeintliche schwarze Diebe und kamen praktisch straflos davon. Diese Dynamik erfasste auch die Mexikaner – und wurde von ihnen angetrieben.

Am 8. November 1994 stimmten 59 Prozent der kalifornischen Wähler für die Annahme der „Save Our State“ genannten Initiative, die die Abschaffung zahlreicher Rechte von „illegalen Einwanderern“ verlangte, aber letztlich auf juristischem Wege an ihrer teilweisen Verfassungswidrigkeit scheitern sollte. Dass am Vorabend in Los Angeles 700 000 Menschen gegen sie protestiert und etliche von ihnen die mexikanische Fahne geschwenkt hatten, vertiefte bei vielen die Angst vor einem Identitätswandel Kaliforniens. Das Gespenst der *reconquista* ging um, lange bevor 2004 der Politologe Samuel Huntington in seinem kontrovers diskutierten Buch „Who are we?“ vor ihr warnen sollte. Als am 15. Februar 1998 die Fußballnationalteams der USA und Mexikos im Los Angeles Coliseum aufeinandertrafen, wurden Hymne und Mannschaft der Gastgeber mit Schmähungen überzogen. Die weißen Amerikaner waren unter den 91 000 Zuschauern eine Minderheit. Am folgenden 2. Juni befürworteten 61 Prozent der Kalifornier eine Volksinitiative, mit der bilinguale Programme an öffentlichen Schulen de facto beendet und durch Intensivunterricht in Englisch ersetzt wurden. Beobachter werteten dies auch als ein Ausrufezeichen gegen die Verbreitung der spanischen Sprache.

Zahlreiche Weiße zogen in diesen Jahren vom Süden in den Norden Kaliforniens, wo noch heute die angelsächsischen Protestanten die Norm sind. Mit 14 Prozent ist der hispa-

nische Bevölkerungsanteil in Butte County, in dem Chico liegt, recht gering. Ob dies ein Grund ist, weshalb sich Javier nie vor Anfeindungen oder gar Razzien gefürchtet hat? Die Tatsache, dass Alabama, wo Latinos bloß vier Prozent der Einwohner ausmachen, das bisher strengste Gesetz gegen illegale Einwanderer verabschiedet hat, lässt Zweifel an diesem Zusammenhang aufkommen. Wieso also erscheint der weiße Nachbar, der sich vor einigen Jahren fürchterlich daran störte, dass Francisco mexikanische Musik hörte und deshalb wegzog, nicht als Beleg von verbreiteter Fremdenfeindlichkeit, sondern höchstens von einem nicht gänzlich ungetriebenen Zusammenleben?

„Die meisten Kalifornier leben erst seit wenigen Generationen hier. Das Bewusstsein, dass letztlich alle Einwanderer sind, ist dadurch noch ausgeprägter als anderswo“, begründet der Historiker Barry Carr. Zudem seien die Demokraten in Kalifornien – in wachsendem Maße dank der hispanischen Wählerschaft – traditionell stark. Farmer Henry McGowan, der von den veritablen Hetzjagden gegen Latinos in anderen Bundesstaaten noch nie gehört haben will, reibt sich den Schweiß von der hohen Stirn und sagt mit einem Grinsen: „In Alabama ist doch völlig egal, ob die Migranten fliehen! Was geht dort deshalb schon kaputt? Wenn die Politiker aber uns die Mexikaner vertreiben, kriegen sie mit der Agrarlobby ein echtes Problem. Nein, mit der wollen sie sich nicht anlegen.“ Er selber beschäftige ohnehin nur Arbeiter mit gültigen Papieren, sagt er. Die fällige Buße von 10 000 Dollar pro „Illegalem“ wolle er nicht riskieren.

Eine Frage, die ich mir schon im Sommer beim Besuch der Familie Gómez Villanueva im Süden von Mexiko-Stadt gestellt habe,¹ war, wie lange wohl Javier noch die Daseins härten eines Wanderarbeiters würde aushalten wollen. Wäre es nicht an der Zeit, den kleinen Wohlstand im Kreise der Familie zu genießen? „Ich kann doch nicht jetzt aufhören, wenn sie mir ein Arbeitsvisum für zehn Jahre geben werden!“, antwortet er beim Abschied in Chico recht verständnislos.

¹ Vgl. den ersten Teil der Reportage in: APuZ, (2011) 40–42, S. 42–46.

„APuZ aktuell“, der Newsletter von

Aus Politik und Zeitgeschichte

Wir informieren Sie regelmäßig und kostenlos per E-Mail über die neuen Ausgaben.

Online anmelden unter: www.bpb.de/apuz-aktuell

APuZ

Zeitgeschichtsschreibung

Axel Schildt

Zeitgeschichte der „Berliner Republik“

Andreas Wirsching

Weimarer Republik und Nationalsozialismus

Thomas Großbölting

Geteilter Himmel: Wahrnehmungsgeschichte der Zweistaatlichkeit

Andreas Eckert

Neue Wege der Globalgeschichte

Thomas Lindenberger · Muriel Blaive

Zeitgeschichte der europäischen Erinnerung

Simone Lässig

Zeitgeschichte im Schulbuch

Alexander Gallus

Über das Verhältnis von Geschichts- und Politikwissenschaft

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz
Dr. Asiye Öztürk
Johannes Piepenbrink
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne Seibring (Volontärin)
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
9. Dezember 2011

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurahessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißenfelsstraße 84
04229 Leipzig

Abonnementservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird
mit der Wochenzeitung **Das Parlament**
ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schüle-
rinnen und Schüler, Studierende, Auszubil-
dende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fs-medien.de

Nachbestellungen

IBRo
Kastanienweg 1
18184 Roggentin
Telefax (038204) 66 273
bpb@ibro.de
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit
4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen
in **Aus Politik und Zeitgeschichte**
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

- Reymer Klüver*
 3–7 **Changed? Obama 2012**
 Drei Jahre nach seinem Wahlsieg, ein Jahr vor der nächsten Präsidentschaftswahl steht es nicht gut um Obamas Chancen, im Amt bestätigt zu werden. Auf die Verweigerungsstrategie der Republikaner hat er bisher keine wirksame Antwort gefunden.
- Andrew B. Denison*
 7–12 **Zwischen Wyoming und Washington: Die Republikaner 2012**
 Bei den Wahlen 2012 werden sich nicht nur Barack Obama und die Demokraten für ihre Politik zu verantworten haben, sondern auch die Republikaner, die viele Reformen blockiert haben. Noch ist offen, wer für sie gegen den Amtsinhaber antritt.
- Henrik Gast · Alexander Kühne*
 12–18 **Die Tea Party und ihre Anhänger**
 Kaum eine Bewegung hat die Politik der USA in den vergangenen zwei Jahren so beeinflusst wie die Tea Party. Ihre inhaltlich heterogenen, lose miteinander verbundenen Gruppen eint vor allem die leidenschaftliche Ablehnung der Obama-Administration.
- Andreas Falke*
 18–24 **Die große Ernüchterung: Zur amerikanischen Weltmachtrolle**
 Unter anderem drei Faktoren sprechen für eine reduzierte Weltmachtrolle der USA: die schwindende ökonomische Basis, die Dysfunktionalität des politischen Systems und die starken isolationistischen Strömungen in der amerikanischen Bevölkerung.
- Dennis Tänzler*
 25–29 **USA im Klimawandel: Zwischen Führungsanspruch und Blockaden**
 Mit der Ablehnung eines umfassenden Gesetzespakets 2010 hat der Kongress Obamas klimapolitische Ambitionen schon früh eingegrenzt. Es bedarf neuer gesellschaftlicher Allianzen, um in den USA und international grundlegende Änderungen zu erreichen.
- Nicole Renvert*
 30–35 **Zur Rolle der Mittler in den transatlantischen Beziehungen**
 Die transatlantischen Beziehungen werden nicht nur auf Regierungsebene gestaltet, sondern auch durch zahlreiche andere Akteure wie die deutschen politischen Stiftungen. Durch ihre *soft power* entfalten diese in Krisenzeiten besondere Wirksamkeit.
- Michael Hochgeschwender*
 36–44 **Der Amerikanische Bürgerkrieg in der öffentlichen Erinnerung**
 Das Gedenken an den Bürgerkrieg wurde in den USA zum Schlachtfeld nationalidentitärer Weltanschauungskonflikte. Doch nicht der Bürgerkrieg ist das Trauma der USA, sondern die sozialen und kulturellen Fragmentierungen der Gegenwart.
- Bernd Greiner*
 44–49 **Antikommunismus, Angst und Kalter Krieg**
 Mit dem McCarthyismus wurde nicht nur die längste Phase politischer Repression in den USA eingeleitet, sondern auch ein emotionaler Ausnahmezustand inszeniert, dessen Schleifspuren auch nach Jahrzehnten noch deutlich erkennbar sind.
- Alex Gertschen*
 49–54 **Das bessere Leben, erträumt und erlitten**
 Nach 27 Jahren illegalen Arbeitens in Kalifornien hat der Mexikaner Javier Gómez endlich eine Arbeitserlaubnis erhalten. Er freut sich, dass seine Tüchtigkeit belohnt wurde. In anderen Bundesstaaten der USA wäre es ihm womöglich anders ergangen.